

DIE VERNUNFT MUSS SIEGEN!

Die heutige Weltlage ist alarmierend: Das lebensgefährliche Wettrüsten geht weiter, die Gefahr eines Nuklearkrieges wächst. Das sehen und wissen die Menschen überall auf der Welt. Sie verstehen, daß die Weltsituation in vielem von der Politik der UdSSR und der USA abhängt. Gerade an die Führer beider Länder, an Leonid Breschnew und Ronald Reagan, wandten sich australische Teilnehmer der Friedensbewegung und eine große Gruppe japanischer Schriftsteller, die für die Beendigung des Wettüstens und die Beseitigung der Nuklearwaffen eintreten. In Botschaften wird dazu appelliert, das nukleare Wettrüsten zu stoppen und alles zu tun, was zur Schaffung einer Atmosphäre der Zusammenarbeit und des Vertrauens beitragen würde.

In den kürzlich veröffentlichten Antworten Leonid Breschnews ist die Haltung der Sowjetunion zu den wichtigsten menscheitsbewegenden Problemen klar dargelegt.

Die Partei- und Staatsführung der UdSSR, das Sowjetvolk gehen davon aus, daß die Entfesselung eines Nuklearkrieges ein Verbrechen wäre, eine Katastrophe für alles Leben auf Erden. Die Sowjetunion hat bereits erklärt, sie werde nie Nuklearwaffen gegen jene Staaten einsetzen, die auf die Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben. Moskau ist bereit, auch vertraglich jedem dieser Nichtnuklearländer die entsprechenden Garantien zu geben, und ruft alle anderen Nuklearmächte zur Übernahme der gleichen Verpflichtungen auf. Gerade die UdSSR brachte auf der 36. UNO-Vollversammlung den Entwurf einer Deklaration ein, die feierlich verkündet: Staaten, die als erste Nuklearwaffen einsetzen, würden das schwerste Verbrechen an der Menschheit begehen. Allein die USA und deren nächste Verbündete haben den von der UNO auf der Grundlage der sowjetischen Initiative gefaßten Beschluß nicht unterstützt.

Die UdSSR ist, wie Leonid Breschnew betonte, bereit:

- sofort Maßnahmen zur Drosselung des nuklearen Wettüstens zu ergreifen sowie vor allem ein schnelles und konstruktives Ergebnis bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa zu erzielen;

- jederzeit die Verhandlungen mit den USA über die Begrenzung und Reduzierung der stra-

tegischen Nuklearrüstungen sowie über einen Verbot der chemischen Waffen wiederaufzunehmen — der Dialog war bekanntlich von amerikanischer Seite unterbrochen worden;

- jederzeit die Verhandlungen mit den USA über eine Begrenzung der militärischen Aktivitäten im Raum des Indiks, Verhandlungen, die gleichfalls von Washington unterbrochen wurden, fortzusetzen;

- entsprechende Maßnahmen auf den Pazifik auszuweiten, wobei das Problem unter den Bedingungen der Gleichheit und gleichen Sicherheit gelöst wird;

- jederzeit den Vertrag von 1974 über die Begrenzung der unterirdischen Atomwaffentests zu ratifizieren, was von den USA verzögert wird;

- in kürzester Zeit ein Abkommen über ein allgemeines und vollständiges Verbot der Nuklearwaffentests zu unterzeichnen — gerade die UdSSR war der Initiator diesbezüglicher Verhandlungen;

- unverzüglich Verhandlungen unter Teilnahme aller Nuklearwaffenstaaten und anderer interessierter Länder aufzunehmen, um die Einstellung der Produktion aller Arten von Nuklearwaffen, deren Reduzierung und dann vollständige Beseitigung zu vereinbaren;

- vorurteilslos und sorgfältig alle Abrüstungsvorschläge der anderen Seite unter dem einen Gesichtspunkt zu prüfen, inwieweit sie der Aufgabe der Kriegsverhütung und der Festigung des Friedens sowie dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit gerecht werden.

Das militärisch-strategische Gleichgewicht, das die sozialistischen Länder mit der kapitalistischen Welt erreicht haben, ist ein Faktor, der die Aggressionskräfte zügelt. Leonid Breschnew betonte: „Kalkulationen, dieses Gleichgewicht zu erschüttern, sind zum Scheitern verurteilt. Das militärische Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Rüstungsstand — das ist unsere konstruktive Haltung zur nuklearen Abrüstung im Interesse aller Völker.“

In unserer komplizierten und verantwortungsvollen Zeit erlangt die Aktivierung der Aktionen der Weltfriedenskräfte besondere große Bedeutung. Pflicht eines jeden, der sich um die Zukunft des Lebens auf unserem Planeten sorgt, ist es, seinen Beitrag dazu zu leisten, die Gefahr eines Nuklearkrieges abzuwenden und nach Wegen zur Festigung des Friedens zu suchen. Die UdSSR ist davon überzeugt, daß die Vernunft triumphieren wird und letztlich eine Nuklearkatastrophe vermieden werden kann — doch läßt sich das nicht mit Anstrengungen nur der einen Seite erreichen.

Was werden die USA sagen? Hat Präsident Reagan irgendein konstruktives Programm? Oder zumindest einen sachlichen Vorschlag, der nicht auf einen billigen Propagandaeffekt angelegt ist, sondern auf ein positives Ergebnis zielt?

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 10 MÄRZ 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Vernunft muß siegen!	1
L. Samljannikowa — Fleiß, Güte, Talent unserer Frauen	5
N. Schischlin — Im Interesse von Sozialismus und Frieden	6
G. Jewgenjew, I. Melnikow — Wichtige Initiative in der Hofburg	8
W. Shitomirski — Irland. Zwei unwirksame Arzneien	10
F. Gorjunow — Privilegierte Beziehungen	10
D. Wolski — Gefährlicher Sprengsatz	11
W. Dolgow — Mittelamerika, Washingtons Muskelspiel	12
J. Kusmitschow — Nutzlose Lektion	13
S. Kulik — Ghana. 25 Jahre mit 2 Monaten	14
L. Skuratow — Afrikas Kurs	15
Notizen ♦ Glossen	16
Zur Haltung der IKP-Führung	18
K. Andrejew — USA—Marokko. Nistende „Falken“	22
L. Shegalow — Das Süd-Süd-Treffen	24
Kein Robin Hood	24
V. Wassiljew — USA—China. Eine gefährliche und unsichere Plattform	26
Biographisches: Kalevi Sorsa, Per Stenbäck	27, 29
N. Gorbunow — Präzedenzfall Grönland	28
L. Charkow — „Fest-82“ in Belgrad	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder vereint die Mütter aller Länder im Friedenskampf. Ebendeshalb rief der Weltfrauenkongreß [Oktober 1981, Prag] dazu auf, den 8. März d. J. unter die Losung des Kampfes der Frauen der ganzen Welt gegen eine nukleare Katastrophe zu stellen.

Titelbild: V. Rosanzew

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 25. Februar wurde Leonid Breshnews Antwort auf den Brief einer australischen Organisation, die für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung auftritt, in der sowjetischen Presse veröffentlicht. Diesen Offenen Brief hatten die australischen Friedenskämpfer gleichfalls an US-Präsident Ronald Reagan gerichtet.

Am 1. März wurde Leonid Breshnews Antwort an die japanischen Schriftsteller, die einen Appell gegen den Nuklearkrieg verfaßt hatten, in der sowjetischen Presse veröffentlicht.

Vom 22. bis 28. Februar weilte eine Delegation der Großen Nationalversammlung Rumäniens unter Nicolae Giosan, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Vorsitzender der Großen Nationalversammlung, zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Die Delegation wurde von Wassili Kusnezow empfangen. In dem Gespräch wurde konstatiert, daß die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit beider Länder im ureigenen Interesse von deren Völkern, des Friedens und des Fortschritts liegen.

Am 26. Februar fand in Moskau die konstituierende Konferenz der Freundschaftsgesellschaft „Sowjetunion—Jemenitische Arabische Republik“ statt. Ein Vorstand der Gesellschaft unter dem Vorstandsvorsitzenden des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften der UdSSR, Alexej Smirnow, wurde gewählt.

Am 28. Februar gingen die Tage Moskaus in Budapest (Eröffnung 23. Februar) zu Ende. Dieses Fest der Freundschaft fand in vielen Fabriken, Schulen Hochschulen und Institutionen der ungarischen Metropole statt. Großen Erfolg hatten sowjetische Filme und die Ausstellung „Moskau — Hauptstadt der UdSSR“. Eine sowjetische Delegation unter Viktor Grischin besuchte Budapest und wurde am 25. Februar von János Kádár, dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, empfangen.

Am 24/25. Februar tagte das 7. Plenum des ZK der PVAP. Fragen der Festigung der Einheit der Partei sowie die Aufgaben der PVAP im Kampf für die Konsolidierung der Volksmacht und der Positionen des Sozialismus im Lande wurden erörtert. Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Wojciech Jaruzelski, erstattete den Bericht des Politbüros des ZK. Am 26. und 27. Februar trat der Sejm zusammen, um sich mit Fragen der Verwirklichung der Wirtschaftsreform zu befassen. Mehrere Gesetze zur sozialökonomischen Planung, zur Finanztätigkeit der Staatsbetriebe, zur Preisbildung,

„NEUE ZEIT“ 10.82



Am 1. und 2. März hielt sich eine Partei- und Staatsdelegation der VR Polen unter Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrats, zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf. Im Kreml fanden Gespräche zwischen Leonid Breschnew und der Delegation statt. Am 2. März trafen Leonid Breschnew und Wojciech Jaruzelski zusammen. Unser Bild: Während der Begegnung

Foto: S. Smirnow

zum Bankwesen und zu den Außenhandelsoperationen wurden angenommen.

Am 28. Februar wurde in Vientiane die Bodenstation des kosmischen Nachrichtensystems Intersputnik — Lotos 2, ein Geschenk der UdSSR, in Betrieb genommen. Von nun an werden eine stabile Telefon- und Telegraphenverbindung sowie der Empfang von Fernsehsendungen aus der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft in Laos gewährleistet sein.

Am 27. und 28. Februar fand in Athen eine erweiterte Sitzung des Abrüstungsausschusses des Weltfriedensrates statt. Die Vertreter von 37 Ländern sowie der UNO erörterten den Appell „An alle Völker der Welt“ und verabschiedeten ihn. Ferner wurde eine Erklärung des Weltfriedensrates zu Abrüstungsfragen angenommen, die der zweiten Abrüstungs Sondertagung der UNO-Vollversammlung zugeleitet werden soll.

Am 24. Februar ging in Neu-Delhi eine Konferenz der Entwicklungsländer zu Fragen der Zusammenarbeit, die Süd-Süd-Konferenz, zu Ende. Die Konferenzteilnehmer betonten, daß die Süd-Süd-Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor bei der Stärkung der Selbstversorgung der Entwicklungsländer und der Stärkung ihrer internationalen Positionen ist (s. S. 24).

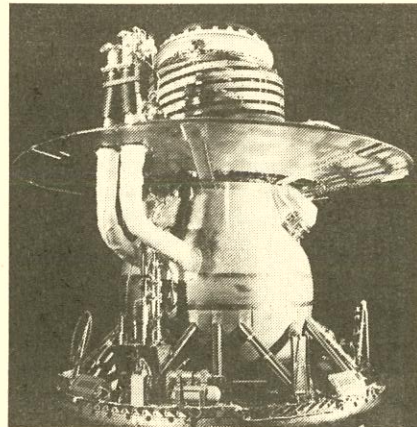
Am 25. Februar trat der UNO-Sicherheitsrat auf Ersuchen Libanons zusammen, um eine Verstärkung der zeitweiligen UNO-Truppen in diesem Land (UNIFIL) zu erörtern. Der Rat bekundete erneut seine Besorgnis über die Lage im Nahen Osten und rief zur strikten Achtung der territorialen Integrität, der Souveränität und der politischen Unabhängigkeit Libanons auf. Es wurde beschlossen, die UNIFIL um 1000 Mann, d. h. auf 7000 zu verstärken. Am 26. Februar nahm die israelische Soldateska in Verletzung des Waffenstillstandes südlibanesisches Gebiet am Al-Hasbani-Fluß, insbesondere die Stadt Hasbaya, unter Raketen- und Artilleriebeschuß. Schnellboote der israelischen Kriegsmarine versuchten nachts, sich im Raum von Dammur der libanesischen Küste zu nähern (s. S. 11).

Am 25. und 26. Februar wurden in Pakistan einige Tausend Menschen verhaftet. Allein in den Provinzen Panjab und Sind wurden bei den Massenverhaftungen über 3000 Menschen unter der Beschuldigung der „regierungsfeindlichen Verschwörung“ festgenommen, darunter Mitglieder einer Oppositionsgruppe, die vor allem Anhänger des nach dem Militärputsch von 1977 hingerichteten Ex-Präsidenten Bhutto vereinigt.

Am 28. Februar ging in Addis Abeba die 38. Tagung des Ministerrats der Or-

ganisation für Afrikanische Einheit zu Ende. Hauptfrage war die Lage in Namibia (s. S. 15).

Am 24. Februar hielt Präsident Ronald Reagan im Washingtoner Hauptquartier der Organisation Amerikanischer Staaten eine Rede zur Lage in der Karibik. Dieser Auftritt, der von der Administration großspurig als „programmatische Darlegung“ der Politik der USA gegenüber deren südlichen Nachbarn bezeichnet wurde, war im Grunde nichts weiter



Am 1. März erreichte die automatische sowjetische Interplanetarstation Wenera 13 nach über 300 Mio km die Umgebung der Venus. Die Landekapsel setzte weich in ebener Gegend auf. Wissenschaftliche Informationen von der Venusoberfläche wurden 127 Minuten lang übertragen. Die automatische Station Wenera 13 flog in einer Entfernung von 36 000 km an der Venus vorbei und setzt den Flug auf einer heliozentrischen Bahn fort. Die Station Wenera 13 startete am 30. Oktober 1981. Bei dem Flug wurden verschiedene Forschungen und Experimente durchgeführt, insbesondere im Rahmen des sowjetisch-französischen Programms. Ferner kam ein Magnetometer österreichischer Produktion zum Einsatz.

TASS-Foto

als eine Wiederholung der berüchtigten „Monroe-Doktrin“, die die Ansprüche des US-Imperialismus auf die „Führung in der westlichen Hemisphäre“ zum Ausdruck bringt.

■ Mexikos Präsident José López Portillo unterbreitete auf einer Massenkundgebung in Nikaraguas Hauptstadt Managua eine Reihe von Vorschlägen, die, wie er sagte, „zur Herstellung eines Klimas der Entspannung, des Friedens, der Demokratie und der Stabilität“ in Mittelamerika und in der Karibik „führen könnten“ (s. S. 12).

■ Das Oberkommando der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ (FMLN) befahl ihren Kräften, Offensivhandlungen im ganzen Land zu entfalten, und rief die Salvadorianer auf, sich auf „näherückende entscheidende Schlachten“ vorzubereiten. In dem Befehl, der von Cayetano Carpio, dem Koordinator der vereinigten revolutionären FMLN-Führung, im Rundfunk verlesen wurde, heißt es, es sei kurz vor den von Washington und der Junta organisierten „Wahlen“ notwendig, die von den Aufständischen kontrollierten Zonen auszuweiten.

■ Die Behörden Boliviens verstärken die Repressalien gegen die demokratischen, dem Militärregime oppositionell gesinnten Kräfte. Die Sicherheitsorgane nehmen Massenverhaftungen von Politikern und Gewerkschaftsfunktionären vor.

■ Am 24. und 25. Februar fand in Paris ein französisch-bundesdeutsches Gipfeltreffen statt. Frankreichs Präsident, François Mitterrand, und BRD-Bundeskanzler, Helmut Schmidt, erörterten einen weiten Fragenkreis, insbesondere die Differenzen zwischen Ländern Westeuropas und den USA, die Ost-West-Beziehungen, die bilaterale Zusammenarbeit und die Gegensätze zwischen den EG-Ländern. Am 26. Februar führte François Mitterrand in Rom Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ministerrats Italiens Giovanni Spadolini (s. S. 10).

■ Der Verfassungsrat Frankreichs erkannte am 26. Februar entgegen der Meinung der Rechtsopposition das auf einer außerordentlichen Parlaments-tagung angenommene Gesetz über den Sonderstatus Korsikas als verfassungsgemäß an. Ein halbes Jahr nach seinem Inkrafttreten werden dort die ersten Direktwahlen zur korsikanischen Regionalversammlung stattfinden.

■ In Grönland, das im Rahmen des Königreiches Dänemark Teilautonomie besitzt, fand am 23. Februar ein Referendum über die EG-Mitgliedschaft statt. 52% der Referendumsteilnehmer sprachen

sich für einen Austritt Grönlands aus Dänemarks Ministerpräsident Anker Jorgensen erklärte, die dänische Regierung werde Grönland bei den Verhandlungen mit der EG über die Beendigung der Mitgliedschaft der Insel unterstützen (s. S. 28).

■ Am 27. Februar beendete Olof Palme, Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs, seine Sondierungsreise in Teheran. Er war vom Präsidenten des Iran Ali Hosseini-Khamenei empfangen worden und hatte mit ihm Fragen des iranisch-irakischen Konflikts erörtert. Zuvor hatte Olof Palme Bagdad besucht, wo er mit der irakischen Führung zusammentraf.

■ In der Türkei erfolgte eine neue Serie von Verhaftungen. Orhan Apaydin, Vorsitzender der Istanbul Rechtsanwaltskammer, Hauptverteidiger bei dem Prozeß gegen die 52 Gewerkschaftsführer und Aktivist der Friedensbewegung, sowie 16 andere progressive Politiker wurden festgenommen.

■ In Somalia weiten sich die Protestaktionen der Bevölkerung gegen die Regierung aus. In Hargeisa kam es zu Zusammenstößen von Demonstranten mit Armee-Einheiten. Dabei wurden 10 Personen getötet und mehr als 40 verletzt.



Eines der akutesten Probleme der USA ist die Jugendarbeitslosigkeit, die offiziellen Angaben zufolge 20% erreicht hat. In einer besonders schweren Lage sind die jungen Afroamerikaner. Nach Angaben der Nationalen Städteliga sind 57% der Afroamerikaner unter 25 arbeitslos, und in den Afrikanerghettos der größten Städte sind 7 von 10 Personen ohne Broterwerb. Unser Bild: Arbeitslose Afroamerikaner

Foto: „Baltimore Sun“ (USA)

NZ

POST

US-Präsident Reagan und westliche Massenmedien sind voller Wut darüber, daß die Versuche der KSS-KOR- und „Solidarność“-Führer, in Polen wieder den Kapitalismus einzuführen, gescheitert sind. Die „Solidarność“-Führung verfolgte offensichtlich nicht ökonomische, sondern vor allem politische Ziele, was schon von ihren ersten Erklärungen an klar war. Als aber die polnische Regierung Maßnahmen zum Schutz des Sozialismus ergriff, schlugen die bürgerlichen Massenmedien Alarm. Ihnen schlossen sich auch einige westliche „Führer“ der Arbeiterbewegung an. Ihre Auslassungen zeigen ideologische Schwäche, die im Einfluß des Reformismus wurzelt.

Harry BRADFELD
Leeds, Großbritannien

Ich bin um die weitere Entwicklung in Nordirland sehr besorgt. Bobby Sands und seine Kameraden haben mich durch ihren Mut erschüttert. Ich würde gern in ihrer Zeitschrift einen ausführlichen Bericht über die heutige Lage in Nordirland lesen.

Ludmila MARTSCHENKO
Moskau

In unserem Heft 24 81 veröffentlichten wir einen großen Artikel von J. Ustimenko, der eine Analyse der Lage in Nordirland enthält. Der Artikel ist auch heute aktuell. Die Red.

Der Artikel von W. Nisski „Baby Doc, Uncle Sam und Haitis Volk“ (Heft 6 82) kann niemanden den Leiden dieses Volkes gegenüber gleichgültig lassen. Der Zynismus der US-Administration, die die Diktaturen in Haiti, El Salvador, Guatemala, Chile, Südkorea und der RSA unterstützt, ist unerhört. Diese Regimes plündern ihre eigenen Völker aus und lassen Uncle Sam sie ausplündern. Deshalb lassen diese „Freunde“ himmelschreiende Verletzungen der Menschenrechte unbeachtet.

A. PAWLENKO
Ismail, Ukrainische SSR

FLEISS, GÜTE, TALENT UNSERER FRAUEN

Ludmila SEMLJANNIKOWA,
Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR

Den diesjährigen 8. März begehen wir kurz vor dem 60jährigen Jubiläum der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Entstehung der UdSSR als Fortführung der Sache der Oktoberrevolution ist das größte Verdienst der KPdSU, die lebendige Verkörperung der Ideen Lenins. Über die Resultate der ersten Monate nach der Oktoberrevolution sagte Lenin u. a., daß sie von den Gesetzen, die die Frau erniedrigten, keinen Stein auf dem anderen gelassen hatte. Was die Sowjetgesellschaft für die Frauen der mehr als 100 Nationalitäten und Völkerschaften, die unser Land vom Nordpolarmeer bis zu den südlichen Steppen und von der Ostsee bis zum Pazifik bewohnen, geleistet hat, kennt die Geschichte nicht seinesgleichen.

Die Frauen des Sowjetstaates sind gleichberechtigte Erbauerinnen des entwickelten Sozialismus. Sie geben jeder neuen Generation das Leben, tragen die Verantwortung für deren Erziehung im Geiste der kommunistischen Ideale und bauen dank ihrem Fleiß, ihrer Herzensgüte und ihren Talenten an der Gesellschaft der Gleichberechtigung, sozialen Gerechtigkeit und des allgemeinen Wohlergehens mit.

487 Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR (32,5%) sind Frauen. Sie machen 34,6% der Mitglieder des Zentralrats unserer Gewerkschaften aus. Die KPdSU zählt 4,6 Millionen Frauen in ihren Reihen; das sind über 25% aller Kommunisten des Landes. Ein herrlicher Beweis für die sozialpolitische Aktivität der sowjetischen Frauen!

Als der Große Vaterländische Krieg 1941 begann, arbeiteten Russinnen, Ukrainerinnen, Belorussin, Georgierinnen, Usbekinnen, Vertreterinnen unserer gesamten multinationalen Familie selbstlos Tag und Nacht an Werkzeugmaschinen, auf den Feldern, pflegten Verwundete in Lazaretten, erzogen ihre eigenen und verwaisten Kinder, schrieben Gedichte und redigierten Zeitungen. Mehr als 1,5 Millionen Frauen halfen in den Reihen der Sowjetarmee den Sieg erringen. Als es galt, die Volkswirtschaft wiederherzustellen, verbargen die sowjetischen Frauen den Schmerz um die gefallenen Ehemänner, Väter, Brüder und Söhne in der Tiefe ihres Herzens und packten mit an. Später schalteten sie sich in den entfalteten kommunistischen Aufbau ein. Bis heute machen sie über die Hälfte der Ge-

samtzahl der Arbeiter und Angestellten aus. Im Bildungs- und Gesundheitswesen sind die Frauen führend. Ihr Anteil an der Zahl der Fachkräfte mit Hoch- bzw. Fachschulbildung, die in der Volkswirtschaft beschäftigt sind, beträgt 59%. Aber mit welchen Zahlen läßt sich der Beitrag der sowjetischen Frauen zu den Errungenschaften unseres Staates, zu unseren heutigen materiellen, geistigen und moralischen Werten ermesen?

Vor kurzem war ich in Kirgisien, der Republik am Tienschan-Gebirge. Dort nahm ich an einem Gewerkschaftskongreß teil. Die Delegierten des Kongresses erfreuten Herz und Auge: der Inbegriff von Frische, Schönheit, Gesundheit. Sie treten sicher auf, weil sie ihres Morgens sicher sind. Ich will nur zwei Namen nennen, damit der Leser sich vergegenwärtigt, wie viel die Sowjetmacht für die Frauen dieser relativ unlängst noch zurückgebliebenen Unionsrepublik, die praktisch aus dem Feudalismus zum Sozialismus übergang, getan hat.

Gulsina Duischenalijewa, verdiente Mechanisatorin des Sowchos „Tendik“ (Rayon Kotschkorka), Mutter von sieben Kindern. Es war bewundernswert, wie sachkundig und kritisch sie von der Erfüllung der sozialistischen Verpflichtungen sprach und Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufwarf. Aissada Dawletalijewa, Oberhirtin im staatlichen Zuchtbetrieb „Lustschichin“ (Rayon Kirowskoje), sagte über sich selbst bescheiden: „Nach dem Schulabschluß 1975 wählte ich den Hirtenberuf und bereue es nicht. Es gab Schwierigkeiten, ich habe erst viel lernen müssen. Heute lerne ich die Nachwuchskräfte an und studiere im dritten Jahr an der Landwirtschaftlichen Hochschule.“ Diese junge Frau ist Deputierte des Obersten Sowjets der Kirgisischen SSR und Kandidat des ZK der KP Kirgisiens.

Die Frauen Kirgisiens sind nur ein Beispiel von vielen. Das Wichtigste, was jeder unvoreingenommene Besucher unseres großen Landes überall beobachten kann, ist die Würde der sowjetischen Frauen.

Gewiß haben wir noch Schwierigkeiten, und es wäre falsch, das Leben der sowjetischen Frauen und des ganzen Sowjetvolkes nur als eitel Glück und Sonnenschein zu malen. Die Gesellschaft hat ihnen alles gegeben, damit sie sich schöpferisch

entfalten können. Der Sozialismus befreite die Frau sozial, politisch und wirtschaftlich, kann ihr jedoch nicht über Nacht alle tagtäglichen Sorgen abnehmen. Man weiß ja, daß die berufstätige Frau häufig sozusagen eine zweite Schicht im Haushalt absolvieren muß. Das wissen wir, und wir tun alles, um diese Belastungen zu vermindern und sozusagen zu humanisieren. Die Pflege der Mutterschaft ist Anliegen des ganzen Staates. Die kommunalen Dienstleistungen für die Bevölkerung verbessern sich unablässig. Der Wohnungsbau weist nach wie vor ein hohes Tempo auf.

Nach dem 11. Fünfjahrplan arbeiten wir nun schon ein Jahr, um das vom XXVI. Parteitag der KPdSU verkündete grandiose Programm zu realisieren. In diesem Planjahrfünft geht es um wirklich gewaltige Aufgaben in Industrie, Landwirtschaft und Kultur. In dem Jahr seit dem Parteitag haben rd. 10 Millionen Bürger ihre Wohnverhältnisse verbessert, wurden allgemeinbildende Schulen für 1,1 Millionen und Vorschuleinrichtungen für mehr als 550 000 Kinder, Krankenhäuser mit 61 000 Betten sowie Ambulatorien und Polikliniken für 120 000 Patienten in einem Durchgang ihrer Bestimmung übergeben. Die Schulen und Schulhorte erfassen gegenwärtig 11,3 Millionen Kinder, 5% mehr als im vorigen Jahr. Die stationären Vorschuleinrichtungen bieten 15 Millionen Kindern Platz, und die Zeit ist nicht mehr fern, da diese Frage in der UdSSR endgültig gelöst sein wird. Allein die Gewerkschaften organisierten die Sommerferien von fast 14 Millionen Kindern. Das äußerst wichtige und aktuelle Nahrungsmittelp Problem wird gelöst. In jedem dieser Bereiche arbeiten die Frauen aktiv, mehr noch, sie sind ausgezeichnete Organisatoren, Aktivistinnen des sozialistischen Wettbewerbs und erreichen eine sehr hohe Produktivität und Effektivität der Arbeit.

Der gegenwärtige Fünfjahrplan sieht auch Maßnahmen vor, die in jeder Familie erwartet werden und die besonders die Interessen der Frauen berücksichtigen. So sollen weitere Schritte unternommen werden, um das Leben der Mütter und der heranwachsenden Generation noch besser zu gestalten. Die staatliche Hilfe für Familien mit Kindern und für junge Ehepaare wird erhöht. Seit 1981 besteht für berufstä-

tige Mütter, die mindestens ein Jahr beschäftigt sind, sowie für Frauen, die unter Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit studieren, im Fernen Osten, in Sibirien, im hohen Norden und in einigen zentralen Gebieten der UdSSR ein zum Teil bezahlter Urlaub zur Pflege eines Kindes bis zur Vollendung seines 1. Lebensjahres. Bei der Geburt jedes Kindes wird eine Beihilfe geleistet. Im laufenden Jahr werden diese Beihilfen auf alle Gebiete der Russischen Föderation, auf die Ukraine, Belorussland, Moldawien, Lettland, Litauen und Estland ausgedehnt.

Die Beihilfe für alleinstehende Mütter wurde erhöht. Jetzt wird sie bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres des Kindes bzw., wenn es lernt und kein Stipendium bezieht, des 18. Lebensjahres gezahlt. Seit 1981 haben berufstätige Mütter, die zwei und mehr Kinder im Alter bis zu 12 Jahren haben, Anrecht auf bezahlten Zusatzurlaub.

Um den Frauen die Verbindung ihrer Pflichten als Mutter mit der Berufstätigkeit zu erleichtern, bestätigte das Sekretariat des Zentralrates unserer Gewerkschaften zusammen mit dem Staatlichen Komitee für Arbeit und soziale Fragen eine Bestimmung über die Bedingungen des Einsatzes berufstätiger Mütter, die halbtags arbeiten.

Wir sowjetischen Frauen freuen uns darüber, daß Millionen Frauen der Erde nunmehr ebenso frei wie wir über ihr Schicksal entscheiden können. Wir arbeiten eng mit unseren Kolleginnen in den anderen sozialistischen Ländern zusammen. Auch sie haben ihre Probleme. Aber die Erfolge des sozialistischen Aufbaus berechtigen sie und ihre Angehörigen dazu, kühn in die Zukunft zu blicken und überzeugt zu sein, daß sie und ihre Kinder ein Leben in Würde leben werden.

Wir wissen, daß die Frauen in verschiedenen Ländern verschiedene Probleme haben. Bei den einen ist es heute die Arbeitslosigkeit und Inflation, und so kämpfen sie dagegen und um gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Andere ringen vor allem um die nationale Unabhängigkeit und die Beseitigung der Rassendiskriminierung. In vielen Ländern kämpfen die Frauen gegen Kindersterblichkeit, Seuchen, unhygienische Verhältnisse, Analphabetentum, Unwissen und Elend. Doch haben wir alle — jene, die in den sozialistischen Ländern leben, jene, die gegen das kapitalistische Joch kämpfen, und jene, die ihre jungen Nationalstaaten festigen — das alles andere überragende und verdrängende Ziel vor Augen: ein Leben ohne Kriege, streben wir alle nach Einstellung des Wettrüstens und einem klaren Himmel über den Köpfen der Kinder.

In Anerkennung der Verdienste der Frauen um die gesellschaftliche Entwicklung und von dem Wunsch ausgehend, ihre Rechte in der ganzen Welt durchzusetzen, erklärte die UNO die Zeit 1976 bis 1985 zur Dekade der Frau unter der Losung „Gleichheit — Entwicklung — Frieden“. Diese drei Begriffe hängen eng zusammen. Der Kampf gegen die Militarisierung der Wirtschaft und die Kriegsvorbereitung ist zugleich Kampf für die Verwirklichung von Sozialprogrammen, gegen die Wirtschaftsschwierigkeiten, die auf den Menschen schwer lasten. Die Umstellung der Industrie auf friedliches Geleise bedeutet zugleich Möglichkeiten für die Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Schulen statt Kasernen, Kinderkrankenhäuser statt Pisten und Bomber, klares und gesundes Trinkwasser statt C-Waffen-Depots, kurzum: blühendes Leben statt der heraufziehenden Gefahr des Massenuntergangs.

In diesem Jahr begehen die Frauen den 8. März in den Reihen der wachsenden Antikriegsbewegung. An Manifestationen und Kundgebungen, internationalen Treffen und Symposien beteiligen sich immer mehr Frauen. Es ist meiner Meinung nach kein Zufall, daß der Friedensmarsch 81, der ein so starkes Echo fand, von drei Frauen aus Skandinavien organisiert wurde. Eine von ihnen sah ich auf dem Weltfrauenkongreß in Prag im Herbst 1981. Sie ist für mich Repräsentantin der Hoffnungen der meisten Frauen der Welt.

Alle Frauen der UdSSR unterstützen die friedensdienliche, höchst humane Politik der KPdSU. Deren aufrichtige Sorge für die Erhaltung des Friedens und die Verhütung eines nuklearen Infernos sprach aus den Erklärungen Leonid Breschnews bei seinem Treffen mit Politikern der Sozialistischen Internationale. Das Thema Weltfrieden dominierte auch auf dem unlängst in Havanna abgehaltenen X. Weltgewerkschaftskongreß.

Mitte März wird der XVII. Gewerkschaftskongreß der UdSSR zusammentreten. Von den 130 Millionen unserer Gewerkschaftsmitglieder sind mehr als die Hälfte Frauen. Der Kongreß wird Fragen der weiteren sozialen Entwicklung unserer Gesellschaft erörtern, darunter sich mit Problemen der sowjetischen Frauen befassen. Am Internationalen Frauentag 1982 sind wir mit Recht stolz auf das Erreichte und voller Zukunftsgewißheit. Wir wünschen unseren Freundinnen und Kolleginnen in der ganzen Welt Glück und Erfolg und gratulieren ihnen zu diesem Feiertag.

Der Sowjetunion-Besuch der Partei- und Staatsdelegation Polens unter Leitung Wojciech Jaruzelskis, des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP und Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen, war in vieler Hinsicht bedeutsam.

Wie auch das kürzliche 7. Plenum des ZK der PVAP wirft dieser Besuch zusätzliches Licht auf die Entwicklung in der VR Polen. Deutlicher wurden die Nah- und Fernziele, nach denen die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, alle patriotischen Kräfte des Landes streben.

Zugleich wurden die Gespräche in Moskau, und das sei unterstrichen, zu einer erneuten Bekräftigung des engen sowjetisch-polnischen Bündnisses. Die Behauptungen, die im Westen bezüglich der sowjetischen Position gegenüber Polen aufgestellt wurden und werden, erweisen sich als haltlos, während die Wahrheit über die sowjetisch-polnische brüderliche Zusammenarbeit sichtbar und überzeugend hervortritt.

Noch etwas über den reichen Inhalt des Moskau-Besuchs unserer polnischen Freunde. Der Besuch beschränkte sich nicht auf die bilateralen Beziehungen unserer Parteien und Staaten, sondern wurde ein Ereignis gesamteuropäischer und darüber hinaus weltweiter Bedeutung.

Natürlich wird man sich noch wiederholt den Erschütterungen in Polen vom August 1980 und danach zuwenden müssen, doch gegenwärtig ist es wichtiger, die Entwicklung der Ereignisse einzuschätzen, sich vorzustellen, wohin die Kräfte der Konterrevolution, die in den Jahren 1980—1981 offen auf die politische Bühne traten, Volkspolen zogen. Die polnische Wirklichkeit selbst gab die Antwort darauf. Wellen von Chaos und Anarchie überrollten das Land, mit der Wirtschaft Polens ging es unaufhaltsam bergab, die Alltagsprobleme nahmen zu, und eine direkte Bedrohung für die Grundlagen des sozialistischen polnischen Staats entstand. Mit intensiver Unterstützung der imperialistischen Zentren setzten die Feinde des Sozialismus auf die Stunde X. Sie steuerten direkt die Machtergreifung, die Beseitigung der sozialistischen Ordnung im Lande an.

In jener auf das äußerste angespannten und gefährlichen Lage, die im Dezember v. J. entstanden war, wurde in Polen der Militärrat für die Nationale Rettung geschaffen und beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen.

Wie Wojciech Jaruzelski in seiner Rede in Moskau betonte, „waren das für uns schwierige Entschlüsse. Wir haben sie selbständig und sou-

IM INTERESSE VON SOZIALISMUS UND FRIEDEN

Zu den Ergebnissen des UdSSR-Besuchs der Partei- und Staatsdelegation der VR Polen

Nikolai SCHISCHLIN

verän gefaßt, in der tiefen Überzeugung, daß sie den Interessen des sozialistischen Polen entsprechen und dem Frieden in Europa dienen. Die Zeit bestätigt ihre Richtigkeit.“ Offenbar gehören die schweren Tage Polens noch nicht der Vergangenheit an. Nicht so einfach läßt sich der riesige Schaden wiedergutmachen, den die 16 Monate Diversion der antisozialistischen Kräfte angerichtet haben. Nicht so einfach ist es, die Folgen schwerwiegender politischer und wirtschaftlicher Fehler der früheren polnischen Führung zu überwinden. All das wird dadurch verschärft, daß die imperialistischen Kreise der USA und einiger anderer NATO-Länder den Druck auf Polen zu verstärken suchen. Sie wollen offenbar das Gestern zurückholen, das, wie sie gehofft hatten, unumkehrbare Veränderungen zum Schlechteren in der VR Polen hätte bringen können und sollen.

Diese Kalkulationen werden jetzt von den polnischen Kommunisten, den polnischen Patrioten durchkreuzt. In Polen hat der Prozeß der Stabilisierung begonnen: Der Arbeitsrhythmus der Industrie normalisiert sich, eine gesunde Wirtschaftspolitik formiert sich und entschieden werden antisoziale Erscheinungen durchkreuzt.

Doch zweifelsohne ist die Aktivierung der Tätigkeit der PVAP von besonderer Bedeutung. In der Hauptfrage haben die polnischen Kommunisten mit den Fehlern der Vergangenheit abgerechnet. Sie stellen den Leninschen Arbeitsstil wieder her, aktivieren die Arbeit in den Betrieben und gehen in die Massen. Im Blickpunkt der Partei stehen alle Schlüsselfragen des Lebens des Landes. Sie strebt danach, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz im Interesse der Festigung und Mehrung der sozialistischen Werte zusammenzuschließen. Die PVAP orientiert sich in Zusammenarbeit mit den verbündeten Parteien — der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei —, mit allen patriotischen Kräften des Volkes auf die Erringung der nationalen

Eintracht auf dem Boden der Verfassung.

Man kann es so sagen: Das sozialistische Polen schaut wieder nach vorn. Natürlich wird das Land noch enorme Anstrengungen unternehmen müssen, um eine vollständige Normalisierung zu erreichen. Doch ist es ja wichtig, den richtigen Weg zu wählen, und das haben die polnischen Kommunisten getan.

Leonid Breschnew sagte auf dem Empfang für die Partei- und Staatsdelegation der VR Polen: „Die bitteren Lehren des Geschehenen — das ist eine Wissenschaft. Kommunisten aber verstehen zu lernen.“

Zur heutigen Lage in Polen und den Besuchsergebnissen sind zwei sehr wichtige Umstände zu erwähnen, die mit der Haltung der Sowjetunion zu den polnischen Angelegenheiten zusammenhängen.

Erstens wurde in der Sowjetunion, und darauf verwies Leonid Breschnew, die Information über die nationale Lösung, die unsere polnischen Freunde verwirklicht haben, um die Volksmacht zu verteidigen, die Leidenschaften abzukühlen und das Land aus der anhaltenden schweren Krise herauszuführen, mit vollem Verständnis aufgenommen.

Und zweitens muß in aller Klarheit gesagt werden, daß die KPdSU nicht den geringsten Zweifel daran hat und hatte, daß die PVAP und die mit ihr verbündeten Parteien zu Recht die Praxis des sozialistischen Aufbaus von allem Fremden, dem Sozialismus uneigenen, säubern wollen. Leonid Breschnew betonte gegenüber den polnischen Genossen: „Gesetzmäßig ist eure Sorge um die Wiederherstellung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, eure langfristige, feste Orientierung auf die Hebung der politischen Aktivität der Werktätigen, auf den Zusammenschluß der Volksmassen. Die Entwicklung wahrer Demokratie schwächt nicht den Sozialismus, sondern vermehrt dessen Kraft grenzenlos.“ So sieht die sowjetische Haltung gegenüber den polnischen Ereignissen aus, so die wahre Respektierung des souveränen Rechts der Polen und

Polens, selbst die eigenen Angelegenheiten ohne irgendwelche Einmischung von außen zu lösen.

Das Gesagte bedeutet natürlich nicht, daß die Sowjetunion sich von den polnischen Ereignissen abgrenzen wollte. Nein, das ist nicht so. Für die sowjetischen Menschen ist Polen nicht nur ein naher Freund und Nachbar, sondern auch ein Land, mit dem die Sowjetunion sowohl die Jahre des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus als auch die Jahrzehnte des gemeinsamen sozialistischen Aufbaus wie das gemeinsame Interesse an der Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt verbinden.

Als Freund, Nachbar und Verbündeter will die UdSSR nach wie vor Volkspolen alle nur mögliche Unterstützung geben. Das findet seinen Ausdruck in der Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Krise hat zu einer bedeutenden Verringerung der polnischen Warenlieferungen an die Sowjetunion geführt. Doch auch unter diesen Bedingungen hat die UdSSR peinlich genau ihre Lieferverpflichtungen erfüllt und überdies zusätzliche Wünsche der polnischen Genossen auf das Wohlwollendste geprüft. Wojciech Jaruzelski sprach während seines Moskau-Besuchs mit aller Bestimmtheit von der klaren, enormen Bedeutung der unersetzlichen internationalistischen Hilfe der UdSSR für Polen. Er betonte: „Ohne diese Hilfe, ohne die bedeutende Ausweitung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW wäre ein Ausweg aus der Krise unmöglich.“

Bei den Gesprächen nahmen die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine hervorragende Stelle ein. Durch die vorgesehenen Maßnahmen dürfte sich die Perspektive einer Belebung aller Glieder der polnischen Wirtschaft abzeichnen. Es ist zu erwarten, daß die sowjetischen Lieferungen wertvoller Rohstoffe, die Erweiterung der Zusammenarbeit der VR Polen mit der UdSSR und den anderen RGW-Mitgliedsländern es ermöglichen werden, die polnischen Produktionskapazitäten vollständiger auszulasten, was sich natürlich sowohl in der Steigerung der Produktion als auch in einer Verbesserung des Wohlstands der Werktätigen auswirken würde.

Doch wird Polen keineswegs zu einem Kostgänger der anderen sozialistischen Staaten. Sein wissenschaftlich-technisches Produktionspotential, die qualifizierte Arbeiterklasse Polens, seine geschickten Ingenieure und Techniker geben Anlaß zu meinen, daß das Land durchaus mit den

heutigen schweren Sorgen fertig werden und ein konstantes Wachstum der Volkswirtschaft gewährleisten kann. Davon spechen auch die polnischen Genossen selbst, die sich mit der schweren und komplizierten, doch dankbaren Arbeit zur Überwindung der anhaltenden Krise befassen. Sie konstatieren zu Recht, daß ihre Wirtschaft einen starken zusätzlichen Impuls braucht, damit sie schneller das Gleichgewicht wiederherstellen und die Krankheit überwinden kann. Die sowjetische Hilfe ist eben ein solcher Impuls.

In Europa, und nicht nur dort, wurden die polnisch-sowjetischen Gespräche auf das aufmerksamste verfolgt. Polen ist entschlossen, seinen würdigen Platz im sozialistischen System, auf allen Gebieten unserer Zusammenarbeit im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich — sowie seinen Platz unter den anderen Völkern Europas zu festigen. Die Entstehung eines starken, unabhängigen sozialistischen Polen war in der gesamten Nachkriegszeit einer der wichtigsten Stabilitätsfaktoren in Europa. Polens Stimme war eine Stimme der Vernunft und des Friedens, und wird es auch in Zukunft sein.

In diesem Zusammenhang sei auf das Schlußkommuniqué verwiesen. Dort kommt der Wille der Sowjetunion und Polens klar zum Ausdruck, in der heutigen unruhigen internationalen Lage fest eine Politik des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit zu verfolgen, ohne sich auf Provokationen einzulassen.

Die Haltung der Sowjetunion und Polens buchstäblich zu allen europäischen und globalen internationalen Fragen ist vom Geist der Konstruktivität und vom Streben danach durchdrungen, die Spannungen zu überwinden und die Entspannung zu festigen.

Das gilt für die heutige Kardinalfrage — die Abrüstung. Die UdSSR und Polen treten für die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, für die Erreichung praktischer Beschlüsse bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen sowie für einen realen Fortschritt bei den Wiener Truppenabbaugesprächen ein. Ebenso wie die Sowjetunion ist Polen für eine wahre Null-Lösung bei den Nuklearwaffen in Europa, d. h. für die Befreiung Europas von allen strategischen oder taktischen Nuklearwaffen.

Die Sowjetunion und Polen streben beharrlich eine Fortführung des KSZE-Prozesses an. Das kommt voll auch in ihrer Haltung zum Madrider Treffen zum Ausdruck. Und wenn

dieses Treffen stagniert, dann ist der Grund dafür natürlich nicht die Haltung der sozialistischen Länder. Die Umriss einer akzeptablen Lösung in Madrid zeichneten sich bereits ab, doch wird ein Beschluß immer wieder wegen der Haltung der westlichen Länder, vor allem der USA, verschoben. Die Vereinigten Staaten weichen auf jegliche Art allgemein annehmbaren Vereinbarungen aus, wobei sie Vorwände ersinnen, um ihre destruktive Haltung irgendwie zu motivieren.

In Madrid und nicht nur dort suchen die herrschenden Kreise der USA ihre Taubheit gegenüber den akuten Problemen einer Gesundung der internationalen Lage durch die ... polnischen Ereignisse zu erklären. Ein, gelinde gesagt, unsinniger Versuch. Das sozialistische Polen hätte bereits eine bedeutend größere Wegstrecke zur vollen Normalisierung zurückgelegt, wenn da nicht die feindselige Politik der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, wäre.

Trotzdem scheint es um die Aussichten Washingtons nicht zum besten bestellt zu sein, wenn es als Argument für seinen entspannungsfeindlichen Kurs die eigenen verlogenen Propagandakampagnen und die Folgen der eigenen Subversionsakte gegen andere Staaten wählt.

Doch die USA haben kein Veto-recht gegen eine Verbesserung der internationalen Atmosphäre. Dieser Prozeß hängt von vielen Faktoren ab, vor allem von der Haltung der Sowjetunion, Volkspolens und der anderen sozialistischen Länder, der verantwortlichen politischen Kreise vieler Staaten.

Die sowjetisch-polnischen Gespräche zeigen, daß die UdSSR wie die VR Polen den Weg des Friedenskampfes gehen. „Wir sind für die Fortsetzung und Bereicherung des Ost-West-Dialogs“, betonte Leonid Breschnew, „dafür, die unzähligen Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen beiseite zu schieben und die Lösung der vordringlichen Probleme, vor allem der Abrüstung, anzugehen. Wir sind also gegen eine Konfrontation, für Einvernehmen und sachliche Zusammenarbeit.“

Der UdSSR-Besuch der polnischen Partei- und Staatsdelegation wird — und das läßt sich schon jetzt sagen — den Interessen des sozialistischen Polen, der Entwicklung der traditionellen Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Polen dienen. Seine Ergebnisse sind zweifelsohne nützlich für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

Die Wiener Hofburg, die schon vieles erlebt hat, wurde am 18. Februar Ort eines wichtigen internationalen Ereignisses. Auf den Tisch der bereits achteinhalb Jahre laufenden Ost-West-Gespräche kam der Entwurf eines „Abkommens über die beiderseitige Reduzierung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa und damit verbundene Maßnahmen in der ersten Etappe“.

Der polnische Delegationsleiter Przygodzki, der den Entwurf namens der DDR, Polens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, der unmittelbaren Gesprächsteilnehmer, verlas, betonte, er widerspiegle das Bestreben der Länder des Warschauer Vertrags, dem Wiener Dialog einen wirklich sachbezogenen Charakter zu verleihen.

Das vom XXVI. Parteitag der KPdSU beschlossene Friedensprogramm für die 80er Jahre sieht den Abbau der militärischen Konfrontation im Zentrum des europäischen Kontinents vor, wo starke Truppengruppierungen konzentriert, große Mengen Waffen, darunter auch Kernwaffen, gelagert sind. Die Sowjetunion sucht in dem Bemühen, die Kriegsgefahr zu bannen sowie den Entspannungsprozeß aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, konsequent nach einem Ausweg aus der Konfliktsituation, nach Beilegung strittiger Fragen durch geduldige, konstruktive Verhandlungen.

Darauf zielt auch der Abkommensentwurf ab. Seine Urheber ließen sich davon leiten, daß sich das Problemknäuel nicht auf einen Schlag entwirren läßt, daß die Bemühungen der Diplomaten und Militärexperten aus 19 Staaten in Wien eben dieser Entwirrung gelten müssen.

Ist die Zeit für einen solchen Entwurf reif? Zweifellos. Die Gesprächsteilnehmer besitzen praktisch alles Notwendige für einen erfolgreichen Abschluß der Arbeit am Wortlaut des Abkommens in der ersten Etappe. Über die Prinzipien der Ausarbeitung des künftigen Dokuments herrscht Übereinstimmung. Es sieht vor allem vor, daß keine der Seiten in ihrer Sicherheit beeinträchtigt wird. Der Kreis der direkten Teilnehmerstaaten, die ihre Truppen und Rüstungen in einer genau abgestimmten Region — in der BRD, in Belgien, den Niederlanden, in Luxemburg sowie in der DDR, in Polen und der Tschechoslowakei — abbauen sollen, steht fest. Keiner der in der Hofburg vertretenen Delegierten leugnet, daß es während der Gespräche zu einer allmählichen, wenn auch

WICHTIGE INITIATIVE IN DER HOFBURG

Georgi JEWGENJEW, Igor MELNIKOW

komplizierten Annäherung der Standpunkte gekommen ist.

Das alles bildet ein gewichtiges Plus der Gespräche. Das Verdienst dafür gebührt den sozialistischen Ländern, die ihren westlichen Partnern auf mehr als halbem Weg entgegenkamen.

Im Herbst 1973, nur wenige Tage nach Aufnahme des Wiener Dialogs, legten die UdSSR, die DDR, die VR Polen und die CSSR einen Vertragsentwurf vor, der reale Möglichkeiten bot, in knapper Frist (vorgesehen waren die Jahre 1975—1977) eine wesentliche Reduzierung (17% waren im Gespräch) der Truppen und Rüstungen von 11 Staaten in einer bei vorbereitenden Konsultationen koordinierten Region abzubauen. Dadurch wäre die gefährliche Konfrontation NATO—Warschauer Vertrag merklich verringert worden.

Hätte der Westen seinerzeit realistisch und konstruktiv reagiert, hätte man schon damals den ersten, aber sehr wichtigen Schritt zum Rüstungsabbau in Mitteleuropa tun, die Kriegsgefahr mindern und das Vertrauen stärken können. Beide Seiten hätten die Mannschaftsstärke der Landstreitkräfte und der Luftwaffe, die Nuklearraketenwaffen sowie alle Arten von Rüstungen und Kampftechnik reduziert. Schon 1977 hätte die Anzahl der Streitkräfte um fast 300 000 Mann verringert werden können.

Mit dem beiderseitigen Abbau der Truppen und Rüstungen suchen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder — heute wie in Zukunft — keinerlei einseitige Vorteile zu erlangen. Sie sind aufrichtig an der Minderung der militärischen Konfrontation interessiert. Diesem Wunsch entsprangen auch alle weiteren Vorschläge und Initiativen — rund 20 —, in denen der Osten nicht wenige Forderungen des Westens berücksichtigte.

Was nun beinhaltet der am 18. Februar vorgelegte Abkommensentwurf? In ihm ist das Endziel des Dialogs klar formuliert, mit dem übrigens auch die westlichen Teilnehmer einverstanden sind: Im Ergebnis von zwei Etappen sollen die Streitkräfte jeder Seite (jedes

Bündnisses) auf den gleichen Kollektivstand von je 900 000 Mann gebracht werden, darunter die Landstreitkräfte auf je 700 000 und die Luftstreitkräfte auf je 200 000 Mann.

In der Anfangsetappe würden die Truppen und Rüstungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten reduziert und begrenzt werden, die aus ihrer jetzigen Stationierungsregion hinter die jeweiligen nationalen Grenzen zurückgezogen werden sollen. Dabei würde die UdSSR ihre Truppen in Mitteleuropa um 20 000 und die USA um 13 000 Mann abbauen. Die konkrete Stärke der abgezogenen Truppeneinheiten und Rüstungen würde in einem Sonderprotokoll fixiert werden, das dem Abkommen beigelegt wird.

Gleichzeitig sollen die Teilnehmer des Abkommens sowohl der einen wie der anderen Seite, einschließlich UdSSR und USA, laut Entwurf die Anzahl ihrer Truppen in Mitteleuropa auf kollektiver Grundlage „einfrieren“. Dieser Punkt gilt für die gesamte Wirkungskdauer des Abkommens.

Um eine Verbindung zwischen den Etappen sowie die Integrität des gesamten Prozesses der Reduzierung zu sichern, sollen die Verhandlungsteilnehmer ihre Landstreitkräfte in der zweiten Etappe ungefähr proportional verringern, die Rüstungen aber gemäß den Bedingungen, die während der Verhandlungen der zweiten Etappe ausgearbeitet werden. Das gleiche Ziel verfolgt auch der Vorschlag, nach Abschluß der beiden Etappen dürfe keiner der Abkommensteilnehmer in der bezeichneten Region eine Truppenstärke besitzen, die über der Hälfte des gleichen Kollektivstands von 900 000 Mann liegt, der für jedes Bündnis festgelegt wird.

Der Abkommensentwurf sieht Maßnahmen vor, die die Einhaltung der von allen Teilnehmern übernommenen Verpflichtungen gewährleistet. Dazu gehört die gegenseitige Benachrichtigung über Beginn und Abschluß praktischer Schritte zur Reduzierung von Truppen und Rüstungen, die Einrichtung zeitweiliger Punkte zur Kontrolle über den Abzug der Truppen und Rüstungen, der Einsatz nationaler

technischer Kontrollmittel, die Abhaltung entsprechender Konsultationen. Alle diese Maßnahmen wären auf dem Territorium der in der vereinbarten Region liegenden Staaten anzuwenden.

Das Abkommen für die erste Etappe ist, laut vorliegendem Dokument, auf drei Jahre berechnet. Diese Frist reicht — vorausgesetzt den politischen Willen der NATO-Länder — zur Erzielung einer Übereinkunft über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in der zweiten Etappe.

Ein anderes wichtiges Plus des Entwurfs ist seine Ausgewogenheit und die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen sowohl der unmittelbaren Gesprächsteilnehmer als auch der mit einem Sonderstatus teilnehmenden Staaten. Von deren Wünschen ausgehend, sieht das Abkommen für die Zukunft vor, daß die abgezogenen Truppen der UdSSR und der USA innerhalb der nationalen Grenzen in neuen Regionen so stationiert werden, daß sie die Sicherheit der sogenannten Flankenländer nicht beeinträchtigen.

Der Entwurf verlangt von den NATO-Ländern nicht, eine Verpflichtung einzugehen, die die Staaten des Warschauer Vertrags selbst nicht bereit wären, zu erfüllen.

Dieser Schritt der sozialistischen Staaten ist eine logische Weiterentwicklung ihres Vorschlags vom Dezember v. J., von der 26. Gesprächsrunde an zur praktischen Arbeit aller Delegationen am Abkommenstext der ersten Etappe überzugehen.

Die Initiative wurde von der Weltöffentlichkeit wie auch von den Gesprächsteilnehmern in der Hofburg mit Interesse aufgenommen, wie das übrigens ja auch in früheren Fällen schon war. Der Westen scheint Anfangs eine Initiative des Partners zu akzeptieren, kehrt dann aber gewöhnlich wieder zu seiner gewöhnlichen Verzögerungstaktik zurück.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob er auch weiterhin bei seiner obstruktionistischen Taktik bleibt, die zur Folge hat, daß die Kriegsvorbereitungen weitergehen, oder ob er den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten annimmt. Vieles hängt hier von Washington ab. Der Truppen- und Rüstungsabbau nimmt leider einen der letzten Plätze in den außenpolitischen Prioritäten der Reagan-Administration ein. Andererseits kann eine derartige Einstellung der USA zu diesen Fragen keineswegs eine Tatenlosigkeit der westeuropäischen Länder rechtfertigen.

ZWEI UNWIRKSAME ARZNEIEN

Wladimir SHITOMIRSKI

Das Leben unter dem Druck der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Republik Irland war ein Alptraum. Zu solcher Offenheit fühlte sich Garret Fitzgerald ein paar Stunden nach Aufgabe seines Postens als Ministerpräsident ermuntert. Er hatte ihn nur ganze sieben Monate innegehabt, seit seine bürgerliche Rechtspartei Fine Gael eine Koalitionsregierung mit den Labours zustande bringen konnte. Mit dem Alptraum sind, wie es der Dubliner Reuter-Korrespondent erläutert, Inflation, Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzdefizit und hohe Auslandsverschuldung gemeint.

Der flinke Wirtschaftsaufschwung, der manche Leute in Begeisterung versetzt hatte, war eine künstliche Angelegenheit. Nachdem Irland vor neun Jahren dem Gemeinsamen Markt beigetreten war, machten sich die Multis über die Insel her. Das Auslandskapital verfolgte seine Ziele und paßte die Wirtschaft eigenen Bedürfnissen an. Die langfristigen Interessen der Iren wurden dabei selbstverständlich nicht berücksichtigt.

Die faktisch unkontrollierte Betä-

tigung der Multis tat das Ihre. Das ökonomische Wachstum lag im vergangenen Jahr nicht über 1%. Die Inflation galoppierte auf 23% davon. 13% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind beschäftigungslos. „Irland steht kurz vor dem Bankrott“, meint AFP. Im laufenden Jahr werden sich die Abzahlungen der Auslandsschulden fast verdoppeln und 772 Mio Irische Pfund (über eine Milliarde Dollar) erreichen. Die Auslandsverschuldung des Landes mit 3,5 Millionen Einwohner macht insgesamt 3,7 Md. Pfund aus.

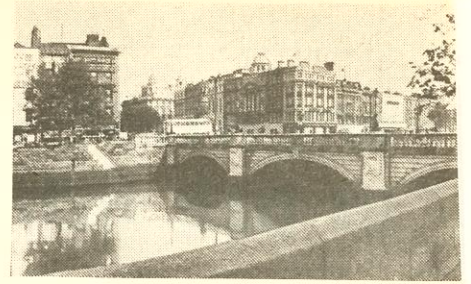
Man kann nicht behaupten, das Kabinett Fitzgerald habe nicht versucht, die Wirtschaft aus der Schlinge zu ziehen. Nehmen wir z. B. den von der Regierung im Januar vorgelegten Haushaltsentwurf für das kommende Finanzjahr. Um das Haushaltsdefizit zu senken, das im Vorjahr 800 Millionen Pfund überstieg, sollten die Mehrwertsteuer und die Preise für Kleidung und Schuhwerk erhöht, die Subventionen für verschiedene Industriewaren eingestellt sowie die Preise für Benzin und Zigaretten heraufgesetzt werden. Kurz, die Leute hätten die Riemen enger schnallen und für die

kurzsichtige Politik der Regierung zahlen müssen.

Das harte Sparbudget, das vor allem die Werktätigen belasten sollte, wurde zum Prüfstein für die relativ spärliche Mehrheit der Koalition Fine Gael und Labour im Unterhaus des Parlaments: 80 von 166 Sitzen. Die oppositionelle Fianna Fail, die Partei der nationalistisch gesonnenen Bourgeoisie, besaß 77 Mandate. Bei der Abstimmung wurde der Haushaltsentwurf mit 82 gegen 81 Stimmen abgelehnt, und die Regierung trat zurück. Damit wurden vorfristige Parlamentswahlen nötig.

Während der in der Landesgeschichte kürzesten dreiwöchigen Wahlkampagne mußten die beiden großen politischen Parteien laut AFP zugeben, daß sie „nichts, außer einer sehr bitteren Arznei, anzubieten hatten“. Die Fine Gael verteidigte ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ihren konzentrierten Ausdruck in dem gescheiterten Haushaltsentwurf gefunden hatte.

Im Gegensatz zu ihr bot die von Charles Haughey geführte Fianna Fail ein anderes Rezept an. Für den Fall ihres Amtsantritts verpflichtete sie sich, die Steuern für Kleidung und Schuhwerk nicht zu erhöhen,



PRIVILEGIERTE BEZIEHUNGEN

Drei Probleme dominierten auf dem 39. französisch-bundesdeutschen Gipfeltreffen (am 24. und 25. Februar in Paris). Erstens die Notwendigkeit, „das Gewicht Westeuropas in der Welt zu erhöhen“. Zweitens „die außerordentliche Besorgnis über die überaus hohen Diskonfsätze in den USA, was sich ernsthaft auf die wirtschaftliche Lage der europäischen Länder auswirkt“. Und drittens die Zuspitzung der Ost-West-Beziehungen. Die gemeinsame Haltung Helmut Schmidts und François Mitterrands gegenüber diesen drei Problemen wird es nach Meinung der westeuropäischen Presse erlauben, die „privilegierten Beziehungen“, die vor dem Machtantritt der sozialistischen Regierung in Frankreich zwischen Bonn und Paris bestanden, wiederherzustellen.

Die Presse konstatierte, daß einer-

seits die politischen Bestrebungen der beiden Staatsmänner kollidieren, andererseits aber sich der destruktiven Politik des amerikanischen Verbündeten anschließen. Bonn und Paris, die sich für eine Fortführung des Ost-West-DIALOGS aussprachen (und gerade durch einen Entspannungsbeitrag könnte Westeuropa wesentlich „sein Gewicht in der Welt erhöhen“), beteiligen sich nichtsdestoweniger an der von jenseits des Atlantiks geschürten antipolnischen und antisowjetischen Propagandakampagne. Die beiden führenden westeuropäischen Länder, die für ein „Kräftegleichgewicht“ eintreten, sind im Grunde bereit, es zu stören, indem sie eine US-„Nachrüstung“ in Westeuropa unterstützen. Und das sogar, obwohl Washingtons Politik neben der Gefahr für den Frieden auch negative wirtschaftliche

Folgen für die BRD und Frankreich hat.

Ihnen entgegenwirken wollen Bonn und Paris durch „gemeinsame Maßnahmen“, die es ermöglichen würden, die Zinsen zu senken. Diese Schritte würden, wie sie meinen, zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit in den EG-Ländern führen, ohne dabei einen Kapitalabfluß über den Atlantik zuzulassen. Die von Bonn und Paris geplanten Maßnahmen werden, wie Mitterrands Rom-Resuch zeigt, auch von Italien gebilligt.

Wie die führenden EG-Länder konkret auf den von den USA erklärten „Diskontkrieg“ antworten werden, ist noch unklar. Offenbar werden deshalb in Geschäftskreisen der westeuropäischen Länder die „gemeinsamen Maßnahmen“, wie der „Quotidien de Paris“ schreibt, einstweilen als „rein politische Operation“ zur Beruhigung der Öffentlichkeit beider Länder betrachtet.

F. GORJUNOW

die Subventionen für Milch und Butter beizubehalten. Der Senkung des Haushaltsdefizits hoffte sie durch eine bestimmte Heraufsetzung der Diskontsätze sowie durch die Einführung anderer Steuern zu erzielen, die die Interessen der Bevölkerung nicht berühren würden. Die Partei versprach, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Investitionen in die Wirtschaft zu verstärken.

Die Abstimmung am 18. Februar zog den Schlußstrich unter die Wahlkampagne. Keine der beiden großen bürgerlichen Parteien errang die Mehrheit. Während das Wirtschaftsprogramm der Fine Gael viele durch seine Härte abschreckte, flößten die von ihrer Konkurrentin vorgeschlagenen Maßnahmen den Leuten vermutlich nicht allzu viel Vertrauen ein. Nach Ansicht einiger Kommentatoren hat auch das Image der Kandidaten eine Rolle gespielt. Haughey bewegt sich z. B. angeblich ungezwungener vor den TV-Kameras. Fitzgerald jongliert freier mit Zahlen. Das Schlimme ist nur, daß diese Zahlen ein übriges Mal Zeugnis für die äußerst schwierige Situation des Landes ablegten.

Die Sinn Fein, die Arbeiterpartei, die die Linkskräfte repräsentiert, schlug ihren Ausweg aus der entstandenen Wirtschaftssackgasse vor, indem sie sich für radikale soziale und wirtschaftliche Reforme einsetzte. Ihr Wahlprogramm forderte, die faktisch in der Hand von US-Bergwerksgesellschaften befindlichen Naturschätze des Landes zu verstaatlichen. Diese Haltung ermöglichte es der Sinn-Fein-Arbeiterpartei ihre Abgeordnetensitze von einem auf drei zu erhöhen.

Die meisten Mandate jedoch teilten sich, wie erwartet, die Fianna Fail (81) und die Fine Gael mit ihrem bisherigen Koalitionspartner, den Labours, (78). Beide allerdings erhielten nicht die notwendige Sitzzahl, um eine Mehrheitsregierung zu bilden.

Sofort nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse nahmen die führenden Parteien Gespräche auf.

Welches Resultat die politischen Manöver aber auch bringen mögen, bereits heute steht fest, daß das Kabinett um die brennenden Probleme der Republik nicht herumkommt. Und zwar nicht nur wirtschaftliche, auf die die Parteien während der Wahlkampagne ihre Aufmerksamkeit konzentriert hatten. Zweifellos wird das Problem Ulster nicht auszuklammern sein. Und eine Regierung, die sich nicht auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann, wird es schwer haben, aus dem „Alptraum“ herauszukommen.

NZ

STANDPUNKT

GEFÄHRLICHER SPRENGSATZ

„Rechnen Sie mit einem neuen Nahostkrieg?“ fragte kürzlich ein „Quick“-Mitarbeiter den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky. „Ich fürchte, daß es in naher Zukunft tatsächlich zu einer kriegsähnlichen Situation kommen wird. Ich glaube, daß die israelische Regierung für keinen Zuspruch, nicht einmal aus Amerika, offen ist. In Israel sind Männer am Werk, die sich ausschließlich von ihren eigenen Gedanken leiten lassen“, lautete die Antwort.

Die „Zusprüche aus Amerika“ sind recht nebulös, die „eigenen Gedanken“ des Herrn Begin und vor allem des Verteidigungsministers Sharon dagegen recht durchsichtig. Letzterer verheimlicht nicht einmal seinen Wunsch, einen Schlag gegen die in Libanon stationierten palästinensischen Formationen zu führen und eventuell auch eine Provokation gegen Syrien zu unternehmen. Das ist obendrein auch noch als eine Art Test für den neuen ägyptischen Präsidenten Mubarak gedacht. Wird er, wie das Sadat getan hat, eine neue israelische Aggression durchgehen lassen?

Und schließlich noch ein „Gedanke“. In Tel Aviv kombiniert man etwa folgendermaßen: Washington wird eine israelische Operation unbedingt unterstützen, das aber muß in der arabischen Welt einen solchen Sturm auslösen, daß dort alle Hoffnungen auf eine Stärkung der US-Kontakte selbst zu deren erprobten Freunden zuschanden werden. Im Ergebnis könnten die israelischen Militaristen beweisen, was sie schon lange beweisen wollen: daß sie nicht nur die zuverlässigsten, sondern die einzigen und unersetzlichen Verbündeten Washingtons zwischen Indik und Atlantik sind.

In diesem Falle aber gingen auch die US-Pläne zur Errichtung einer weitreichenden Zone von Block- und Stützpunktsystemen im Nahen Osten zuschanden. Wegen dieser Pläne müßten die USA Tel Aviv tatsächlich veranlassen, jetzt keinen Krieg zu beginnen. Glaubt man der US-Presse sowie hochgestellten Washingtoner Emissären, die einander in Israel die Klinken in die Hand geben, sind sie eben mit solchen „Zusprüchen“ beschäftigt.

Wir können dazu nichts sagen, wir waren nicht dabei. Deshalb wollen wir nicht nach Worten, sondern nach Taten urteilen. Es ist bekannt, daß die riesigen amerikanischen Waffenlieferungen der Aggressivität Tel Avivs Nahrung geben. Weniger bekannt ist, daß es sich bereits nicht mehr nur um Waffen, sondern auch um Rüstungs-Know-how handelt. Ariel Sharon prahlt damit, Israel habe in dieser Beziehung „sogar die USA überholt“. Schenken wir ihm die Prahlerei, aber bedenken wir, daß die dort produzierten Waffen an Ort und Stelle der US-Eingreiftruppe übergeben werden sollen, die für den Nahen Osten bestimmt ist. Diese Interventionsstreitkräfte aber werden zum Unterpfand, das die Positionen der israelischen Armee für den Fall absichert, daß sie einen neuen Krieg gegen die Araber beginnt. Und es ist klar, daß ein solcher Krieg ohne „grünes Licht“ aus Washington äußerst unwahrscheinlich wäre.

Selbstverständlich ist das Tandem Washington—Tel Aviv wie jedes aggressive Bündnis nicht frei von Widersprüchen. Doch das verstärkt nur seine Gefährlichkeit. In Wahrheit ist die Reagan-Administration darauf bedacht, Israel fest in ihre Globalstrategie zu integrieren und es als Werkzeug zur Durchsetzung der imperialen Vorstellungen der USA zu benutzen. Tel Aviv gibt sich dazu her, fordert dafür aber die direkte amerikanische Unterstützung bei der Realisierung der eigenen expansionistischen Pläne. Da hätten wir den „Sprengsatz“ der aggressiven Bestrebungen, der die Detonation auslösen kann. Diese Detonation ist umso wahrscheinlicher, als der israelische Wunsch, sich den bereits okkupierten Boden endgültig anzueignen, die Lage um die Golan-Höhen und das Westjordanufer noch gespannter werden läßt, wo es immer wieder zu Volksaufständen kommt.

Nun ist es nicht die Hauptsache, ob Tel Aviv es sich leisten kann, die „Zusprüche“ der USA zu ignorieren. Die Hauptsache ist, daß Reagans Washington bei der Ausarbeitung seiner Empfehlungen am wenigsten an die Erhaltung des Friedens denkt. Im Gegenteil, es erpreßt die Araber. Kein anderer als Alexander Haig hat die PLO, gegen die Israel den Hauptschlag richten will, zur „terroristischen Organisation“ erklärt und damit diesen Schlag von vornherein sanktioniert. Und tun die USA nicht alles, um die Einheit der arabischen Völker, die sich dem israelischen Militarismus widersetzen, zu untergraben?

Heute ist es besonders wichtig, diese Einheit zu stärken. Und auch die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren. Sonst könnte aus der „kriegsähnlichen Situation“ im Nahen Osten eine „Kriegssituation“ werden.

Dmitri WOLSKI

WASHINGTONS MUSKELSPIEL

Washington ist darauf aus, die Spannungen in Mittelamerika zu verstärken. Vor kurzem erlaubte es sich wiederum eine feindselige Gebärde gegen Nicaragua. Als Nikaraguas Botschafter Francisco Fiallos Navarro dem US-Präsidenten im Februar sein Beglaubigungsschreiben überreichte, zog es der letztere vor — statt sich im Rahmen des Protokolls zu halten —, den Botschafter in Ideologie und Politik zu unterweisen und sich demnach grob in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen.

Reagan bezeichnete Nicaragua in seiner Rede als einen Träger „fremder Einflüsse und Philosophien“ in der westlichen Hemisphäre. Es geht also um Ansichten, die den US-Behörden nicht passen. Die Nikaraguaner werden für die Hilfe gescholten, die sie den Patrioten El Salvadors in ihrem Kampf gegen die US-freundliche Duarte-Junta erweisen, und für die Konsolidierung ihrer Streitkräfte für den Fall einer Auslandsintervention, die dem Land von den USA droht.

Tomás Borge, Mitglied der Nationalen Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und Innenminister Nikaraguas erklärte, dies mache deutlich, daß „das Weiße Haus keine freundliche Annäherung an Nicaragua anstrebe und eine aggressive Politik betreibe.“ Dies beweisen auch die tagtäglichen Maßnahmen der US-Behörden, die darauf abzielen, sozialökonomische Umgestaltungen in Nicaragua zu vereiteln und die Lage im Lande zu destabilisieren.

Die Zeitung „San Francisco Examiner“ warnte Ende v. J., die Reagan-Administration habe „operative Sonderpläne“ zum Sturz der nikaraguanischen Regierung entworfen, die u. a. die Unterstützung unter CIA-Leitung ausgebildeter Somoza-Banden vorsehen. Zuerst beabsichtigte man, in Nicaragua einen bewaffneten Putsch zu inspirieren, damit die USA danach über das Land eine Meeres- und Luftblockade verhängen. In den zwei ersten Monaten d. J. deckten die nikaraguanischen

Sicherheitsorgane und die sandinistische Volksarmee einige Verschwörungen auf.

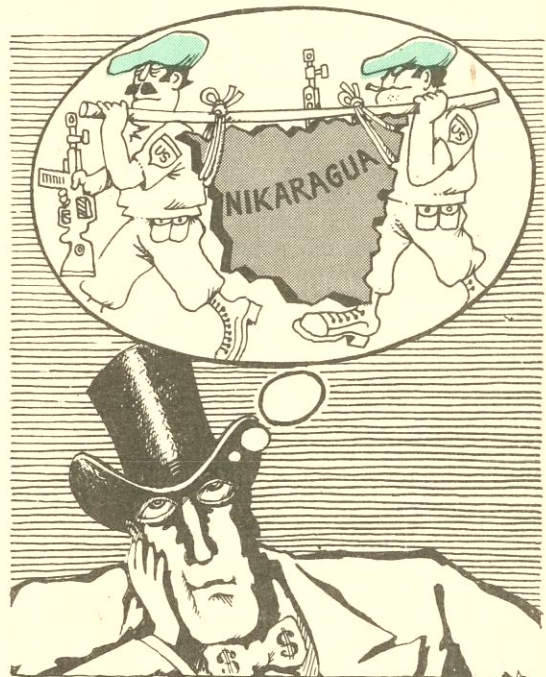
Anfang Januar war es z. B. eine mit der CIA verbundene Verschwörung, die Diversionsakte in Großbetrieben, unter anderem in dem einzigen Erdölverarbeitungskomplex des Landes, und Attentate auf führende Persönlichkeiten Nikaraguas vorsah. Der Anführer der Verschwörer, William Baltodano, ein Mitglied des sogenannten Nikaraguanischen demokratischen Bundes, berichtete auf einer Pressekonferenz in Managua, daß daran eine Reihe von Funktionären der rechten Parteien und einige Vertreter diplomatischer Missionen Managuas teilnahmen, die durch US-Spionagedienste angeworben wurden.

Mitte Februar wurde noch eine Gruppe aus demselben in Honduras dislozierten Wespennest gestellt, die ebenfalls auf Diversionen und Morde aus war und diese als Resultat der Unzufriedenheit der Bevölkerung arrangieren wollte.

Die US-Experten für Wühlarbeit haben es besonders auf die nikaraguanische Atlantikküste abgesehen. In ferner Vergangenheit suchten dort Neger von den karibischen Inseln Zuflucht, die sich vor den englischen Kolonialisten verstecken mußten. Sie mischten sich mit den Weißen und bildeten mit der Zeit eine besondere Bevölkerungsgruppe — die Miskito — mit ihren Bräuchen und ihrer Kultur. Somoza überließ die Bodenschätze der Küste den Auslandsgesellschaften, die sich um die Entwicklung dieser Region überhaupt nicht kümmerten. Es gab dort weder Straßen noch Schulen oder

Krankenhäuser. Die einzigen „Aufklärer“ waren Missionare und Schamanen. Die Einwohner nahmen bis in die letzte Zeit fast keinen Anteil am politischen Leben. In der Vergangenheit kam dort eine Idee der Lostrennung von Nicaragua und Schaffung eines selbständigen Staates auf. Nun bemühen sich die CIA und die Konterrevolution, die separatistische Bewegung wiederzubeleben.

1980 wurden von der Reaktion in Bluefields, dem administrativen Zentrum des Zelaya-Departements, Unruhen inspiriert, die separatistischen Ausschreitungen wurden jedoch zurückgewiesen. 1981 wirkte



Zeichnung: N. Stscherbakov

dort Steadman Fagoth Mueller aus Somozas Leibwache und CIA-Agent, der sich als dicker Freund der Miskito und Vertreter ihrer Interessen auführte. Als er dann bloßgestellt wurde, floh er mit einer kleinen Gruppe von ihm betrogener Menschen nach Honduras.

Im November vorigen Jahres begannen konterrevolutionäre Gruppen Überfälle auf Nicaragua von Honduras aus. Sie töten Soldaten, entführen Bewohner, um sie dann zu foltern und die Bevölkerung in Panik zu versetzen. Im Norden des Zelaya-Departements errichteten die Konter-

revolutionäre sogar einige militärische Übungslager.

Zuletzt wurde die Operation „Rote Weihnachten“ geplant. Laut Drehbuch war ein Miskito-Aufstand zu provozieren, die Lostrennung der Atlantikküste von Nicaragua bekanntzugeben und die US-Administration um Hilfe anzugehen. Damit hätte Washington einen Vorwand gehabt, dorthin die „Grünen Barette“ oder die Eingreiftruppe zu entsenden.

Aber die Patrioten Nikaraguas waren wachsam. Wie die nikaraguanische Presseagentur Nueva Anfang Februar meldete, zerschlug die sandinistische Volksarmee die Konterrevolutionäre und stellte die Kontrolle über ganz Zelaya her. Um die konterrevolutionären Überfälle aus Honduras besser zurückzuschlagen, waren die nikaraguanischen Behörden gezwungen, die Miskito-Gemeinde aus dem Grenzgebiet am Rio Coco in eine andere Zone, südlich von Puerto Cabezas, umzusiedeln, wo sie auch bessere Lebensverhältnisse haben als früher.

Trotzdem macht sich Washington jedoch nach wie vor einen heißen Kopf. Es schenkt in den letzten Monaten dem geheimen Krieg gegen Nicaragua noch größere Beachtung. Der „Daily Telegraph“ bezeugt, daß die Initiative dabei von Reagan ausgeht, der die Geheimaktionen zum Sturz der Regierung Nikaraguas sanktionierte und dafür 19 Mio Dollar spendierte. Vorgesehen ist die Unterstützung der rechten Opposition innerhalb des Landes und die Ausbildung von Diversanten aus den Überresten von Somozas Leibgarde.

Die USA wollen auch auf militärische Provokationen nicht verzichten. Die TV-Gesellschaft CBS strahlt aus, die USA „protzen mit ihren Kriegsmarine-Muskeln“ in der Nähe von Nicaragua und El Salvador. Für den März ist eine große Übung in der Florida-Bucht anberaumt, an der etwa 30 US-Kriegsschiffe teilnehmen sollen.

Die Völker Lateinamerikas lehnen das US-Diktat ab. Mexikos Präsident López Portillo schlug am 21. Februar auf einer Massenkundgebung in Managua der US-Administration vor, zuallererst auf Drohungen oder Ge-

waltanwendung Nicaragua gegenüber zu verzichten, die „gefährlich, unwürdig und unnütz“ seien. Er äußerte den Wunsch, daß in Honduras stationierte Somoza-Banden entwaffnet und nicht mehr in Lagern auf USA-Boden gedrückt werden.

Weiter schlug er vor, ein System von Nichtangriffspakten zwischen Nicaragua und den USA sowie Nicaragua und den Nachbarländern auszuarbeiten, das in Mittelamerika den Frieden garantieren würde.

Die Regierung Nikaraguas hat guten Willen gezeigt. Daniel Ortega, Mitglied der Nationalen Führung der FSLN und Koordinator des Regierungsrats der Nationalen Wiedergeburt, veröffentlichte auf derselben Kundgebung Vorschläge zur Regelung der Lage in Mittelamerika. Ohne auf die Entfaltung des Revolutionsprozesses im neuen Nicaragua zu verzichten, bekundeten seine Führer die Bereitschaft, mit den Nachbarländern Honduras und Kostarika Verträge über Nichtangriff und gegenseitige Sicherheit zu unterzeichnen und mit den USA freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten: auf der Grundlage der Nichteinmischung und der gegenseitigen Achtung.

Die Völker Lateinamerikas begrüßen diese friedlichen Initiativen.

Für die Vorschläge López Portillos äußerte sich als eines der ersten Länder Kuba. Fidel Castro versicherte dem mexikanischen Präsidenten, daß Mexiko bei den Bemühungen um die Auflockerung der Spannungen in der Region und die Lösung der Probleme der meisten lateinamerikanischen Länder in ihrem Interesse mit Kubas Unterstützung rechnen kann.

Die Initiative López Portillos und der Führung Nikaraguas fand jedoch kein Verständnis in Washington. Wie die kürzliche Äußerung Reagans im OAS-Hauptquartier zeugt, denken die USA nicht daran, auf ihren aggressiven Kurs in Mittelamerika und im karibischen Raum zu verzichten. Sie sind nicht gewillt, den Interessen der Völker dieser Region Rechnung zu tragen, und hecken neue Abenteuer aus, die den Frieden gefährden.

W. DOLGOW

NUTZLOSE LEKTION

Die expansionistischen Ziele der Pekinger Politik gegenüber einer ausgedehnten Region Asiens wurden seinerzeit kurz, doch präzise von Mao Zedong formuliert: „Wir müssen mit allen Mitteln Südostasien erhalten.“ Indochina wurde die Rolle eines Aufmarschgebietes für eine Expansion nach Süden zugewiesen. Im September 1963 sagte Zhou Enlai in Kanton: „Wir hoffen, daß die Partei der Werktätigen Vietnams“ (jetzt KPV) „helfen wird, einen Weg in Südostasien zu bahnen.“ Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. An der Schwelle der „besonderen Interessenzonen“ Chinas entstand ein souveräner sozialistischer Staat, der kein Spielzeug in den Händen der Pekinger Expansionisten sein wollte. Gerade das ist der Grund einer ganzen Reihe feindseliger Aktionen der chinesischen Führung gegenüber Vietnam, deren Höhepunkt die offene Aggression im Februar 1979 war.

Die chinesische Aggression war keineswegs eine „Bestrafung“ der SRV für deren Hilfe an das kampucheanische Volk bei der Zerschlagung der Pol-Pot-Armee. Peking trug sich schon lange mit dem Plan eines Zweifrontenkrieges gegen Vietnam. Die erste Front wurde an der Süd-West-Grenze der SRV von der Armee der Pekinger Marionette Pol Pot gebildet. Die zweite, die Hauptfront, sollte von China an der Nordgrenze Vietnams eröffnet werden.

Das Pol-Pot-Regime brach 7 Monate eher zusammen, als Peking vermutet hatte, wie der jetzige chinesische Verteidigungsminister Geng Biao berichtete. Nur kurz hielten sich die Interventionen in den Nordprovinzen Vietnams, wobei sie auf den heldenhaften Widerstand des vietnamesischen Volkes stießen. Die eingesteckte Abluhr und die weltweite Welle der Empörung zwangen Peking am 5. März, den Beginn des Abzugs seiner Truppen bekanntzugeben.

Die drei Staaten Indochinas streben, ausgehend von ihrer gemeinsamen Linie zur Gewährleistung von Frieden und Stabilität in der Region und die langjährige Freundschaft mit dem chinesischen Volk schätzend, nach einer Wiederherstellung normaler Beziehungen zu China. Auf ihrer Konferenz in Vientiane wiederholten sie ihren Vorschlag vom 28. Januar 1981 für die Unterzeichnung von Verträgen über friedliche Koexistenz mit der VR China. Kampuchea und Laos unterstützten den Vorschlag Vietnams für eine schnellstmögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der SR Vietnam und der VR China. Doch Peking stellt sich taub.

J. KUSMITSCHOW

25 JAHRE MIT 2 MONATEN

Sergej KULIK

Das erste Land des Tropischen Afrika, das das Joch des Kolonialismus abschüttelte, war Ghana. Vor genau 25 Jahren, am 6. März 1957, erzielte das Volk der britischen Besitzung Goldküste nach einem langen und hartnäckigen Kampf die Unabhängigkeit und gab seiner Heimat den Namen des mittelalterlichen westafrikanischen Staates wieder. Der erste Präsident der Republik Ghana, der hervorragende afrikanische Politiker Kwame Nkrumah, sagte, als er die Freiheitsfackel in Accra entzündete, diese Flamme werde ein Symbol für alle afrikanischen Freiheitskämpfer werden. Tag für Tag und Jahr für Jahr werde sie an den heißen Wunsch der afrikanischen Völker nach völliger Befreiung und Unabhängigkeit erinnern.

Diese Worte erwiesen sich als prophetisch. Die Unabhängigkeit Ghanas war eine Art Vorläufer des Jahres 1960 — des Afrika-Jahres —, als auf der Karte des Kontinents mehr als 25 selbständige Staaten erschienen. Heute sind es 50. Der 25. Jahrestag der Unabhängigkeit Ghanas ist auch die 25. Wiederkehr des Anfangs vom Ende des Kolonialismus im Tropischen Afrika.

Ghana begann, die Grundlage einer nationalen Wirtschaft zu errichten, und nahm dabei Kurs auf die Entwicklung des staatlichen Sektors und die Beschränkung der Allmacht des westlichen Kapitals, auf Gründung von Genossenschaften und Staatsgütern auf dem Land, auf die staatliche Kontrolle über den Außenhandel, den Verzicht auf einseitige Bindungen an den Westen und die Herstellung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Selbst die Gegner des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs Ghanas geben zu, daß das Land unter Kwame Nkrumah beeindruckende Erfolge erzielt hat. Das „Wall Street Journal“ schreibt: „K. Nkrumah, der die fast allgemeine Gunst besaß, war bemüht, Ghana nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern.“ Zu diesem Zweck war er bestrebt, im Lande selbst viele Güter herzustellen, die früher importiert wurden. Die dem Staat gehörenden Betriebe begannen bald

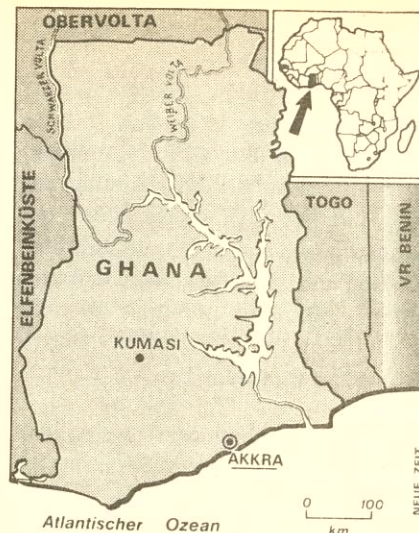
mit der Verarbeitung von Baumwolle, der Fertigung von Kleidung, dem Konservieren von Nahrungsmitteln und dem Walzen von Stahl. In Ghana wurden eine eigene Flotte und eine Luftfahrtgesellschaft gegründet, wurden Straßen und Brücken, staatliche Kliniken und Wohnhäuser sowie Schulen mit unentgeltlicher Ausbildung errichtet.

Der fortschrittliche Kurs Ghanas wurde im Westen übel aufgenommen. Im Februar 1966 vollzogen reaktionäre Kräfte, unter Ausnutzung der Tatsache, daß Nkrumah eine Auslandsreise unternahm, in Accra einen Staatsstreich. Die Schlüsselrolle bei seiner Organisation spielte der US-Geheimdienst. Wie der einstige CIA-Agent John Stockwell aussagte, gab die CIA-Mannschaft in Accra den Putschteilnehmern seinerzeit freigebige Finanzhilfe, unterhielt zu ihnen engste Kontakte und koordinierte ihr Vorgehen.

CIA-Agenten errichteten in Accra ein Regime, das den neokolonialistischen Herren hörig war. Doch das neue, volksfeindliche Regime war nicht stabil, und konnte es nicht sein. Seit 1966 gab es in Ghana fünf Militärputsche, wechselten drei Zivilregierungen. Das Ergebnis dieses „Chaos“ auf höchster Ebene war recht traurig: völliger wirtschaftlicher Ruin. Besonders hart war die Situation in Ghana unter Präsident Limann, der Ende 1981 abgesetzt wurde.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Eingeständnis des „Wall Street Journal“: „Die Nutzung all dessen, das unter Nkrumah geschaffen wurde, hatte fast aufgehört.“ Überhaupt wurde alles, was in Ghana in den ersten Jahren der wahren unabhängigen Entwicklung an Positivem erreicht wurde, zunichte gemacht. Die Ursache? Völlige Verantwortungslosigkeit der Regierenden, die die eigene Bereicherung und den Dienst an den westlichen Monopolen, die sie gekauft hatten, über die Interessen der Nation stellten.

Hier die wichtigsten Ergebnisse der neokolonialistischen Wirtschaftsführung. Die Auslandsschulden Ghanas betragen, nach Schätzungen der „New York Times“, 1,6 Md. Dollar. Die Lebenshaltungskosten machten Ende 1981 das



9fache gegenüber denen des Jahres 1977 aus, und die Inflationsrate stieg jährlich um 100%. Ein Werktätiger in Ghana konnte sich praktisch kaum durchschlagen, da ein Laib Brot in der Hauptstadt 6 Dollar kostete, das Anderthalbfache des Minimums eines Tagesverdiensts.

Die Westpresse versuchte, die Ereignisse vom 31. Dezember 1981 in Ghana als üblichen Staatsstreich hinzustellen. Jerry Rawlings, der Chef des Provisorischen Nationalverteidigungsrats (PNDC), der vor Neujahr die Macht übernahm, erklärte jedoch: „Das ist kein Staatsstreich, sondern eine Revolution.“ Ziel der vom Nationalen Verteidigungsrat verkündeten Umgestaltungen ist die grundlegende Wandlung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen.

Einer der ersten Schritte der neuen Führung war es, der Korruption in Ghana den Kampf anzusagen. Am 17. Februar wurde in Accra ein Gesetz über die Bildung eines Nationalkomitees zur Untersuchung von Bestechungen, Betrug und Mißbrauch der Dienststellung zur eigenen Bereicherung veröffentlicht. Das Komitee ist befugt, gesetzwidrige Handlungen von Personen zu verfolgen, die hohe staatliche Ämter innehatten.

Ferner wurde ein Sonderkomitee zur Untersuchung des Zustands der nationalen Wirtschaft gegründet. Es überprüft den Staatshaushalt für das Finanzjahr 1981/82, legt Wege zur Bekämpfung der Inflation fest und entwickelt Empfehlungen zur Beseitigung des Defizits in der Zahlungsbilanz.

Um die unter der früheren Regierung wuchernde Korruption zu durchkreuzen, unternimmt die neue Führung Ghanas Schritte zur Einpegelung der Preise für Waren des täglichen Bedarfs. Auf Anweisung

des PNDC wird das geltende System der Preisbildung überprüft. Geplant ist eine Preissenkung für verschiedene Nahrungsmittel und Industriewaren. Vom 22. Februar an sollen einige wichtige Güter nur über Handelsorganisationen in den Verkauf gelangen, die eine besondere Erlaubnis besitzen. Zur Bekämpfung von Schiebern wurde in der Stadt Kumasi ein Schwarzmarkt beseitigt. Man hat sich das Ziel gesetzt, die Selbstversorgung des Landes mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen. Das Landwirtschaftsministerium hat ein Programm zur stärkeren Herstellung von Nahrungsmitteln ausgearbeitet. Die Führer des PNDC erklären ferner, sie würden den Kampf gegen das Analphabetentum unter den Bauern und für die Erhöhung ihres kulturellen Niveaus aufnehmen.

AFP meldet, die im Interesse des Volkes durchgeführten Maßnahmen der neuen Führung brächten allmählich eine Wandlung im Bewußtsein der Bevölkerung. Viele Ghanaer sind der Aufforderung des PNDC nachgekommen, an der Ernte der Hauptexportkultur des Landes, Kakao, teilzunehmen. Erneuert wurde die „Selbsthilfe“, die bereits unter Kwame Nkrumah in Ghana entstanden war. Die Bauern begannen, unentgeltlich Straßen zu reparieren, freiwillig Schulen und medizinische Einrichtungen zu bauen.

Eine große Rolle bei der Gesundung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens beginnen die jetzt im ganzen Land gegründeten Volksverteidigungskomitees (PDC) zu spielen. In den Direktiven des PNDC über die Prinzipien der Tätigkeit dieser Komitees heißt es: „Die PDC sollen für die vollständige Einbeziehung des Volkes in die Verwaltung des Landes und für die Schaffung einer Demokratie neuen Typs in Ghana sorgen.“ Sie ersetzen nicht die Gewerkschaften, die Bezirksräte und die Komitees für Entwicklung von Stadt und Land, werden aber die Tätigkeit dieser Organe „als Wächter über die nationalen Interessen“ kontrollieren und es dem PNDC ermöglichen, „den Puls des Landes zu spüren“. In dem Dokument wird darauf hingewiesen, daß die Förderung des Kampfes gegen Korruption und Bestechung, die Regelung der Industrie- und Agrarproduktion sowie die örtliche Durchsetzung demokratischer Umgestaltungen unter die Kompetenz des PDC fällt.

Betont werden muß die Bedeutung, die der Beteiligung der Bauern am PDC beigemessen wird. In den Direktiven des PNDC heißt es, bis in die jüngste Zeit „waren die Be-

wohner der Landbezirke, die den größten Teil des Reichtums des Landes produzieren, völlig von der Beteiligung an der Leitung des Staates ausgeschlossen. Die Bildung neuer Organe und die aktive Beteiligung an ihnen läßt die Bauern zu einem Bollwerk der Revolution werden. Gleichzeitig damit wollen wir Demokratie für das Volk, für die Unterdrückten. Deshalb dürfen Großgrundbesitzer, aber auch Pfandleiher und Stammesführer den Komitees nicht angehören.“

Der imperialistische Westen nahm die Veränderungen in Ghana mit unverhüllter Feindseligkeit auf. „Die Kreise im Westen, die unter dem vorigen Regime Korruption und Ausbeutung unterstützten, versuchen Ghana jetzt in die internationale Isolierung, darunter die wirtschaftliche, zu treiben“, bemerkte der „Daily Graphic“. Dem PNDC fielen Geheimdokumente in die Hände, aus denen hervorgeht, daß die USA und Großbritannien Pläne für eine bewaffnete Aggression gegen Ghana mit Hilfe von Söldnern entwickelten. London hat eine tausendköpfige Truppe aus Soldaten und Offizieren der sogenannten „Sonderluftlandedienste“ aufgestellt, die in Ulster traurige Berühmtheit erlangte.

Der US-Botschafter in Accra, Smith, beeilte sich mit einem Dementi, wurde jedoch vom „Daily Graphic“ gefragt: „Haben die USA die Weltöffentlichkeit früher nicht betrogen?“ Der Plan einer imperialistischen Aggression gegen Ghana sei Ausdruck der Gesamtpolitik der Reagan-Administration gegenüber den Entwicklungsländern. Die Zeitung ruft die Bevölkerung zu erhöhter Wachsamkeit auf und spricht sich für die militärische Ausbildung aller Einwohner aus.

Das heutige Ghana steht erst an der Schwelle neuer, bedeutender Umgestaltungen. Doch in den zwei Monaten der Amtszeit der neuen Führung wurde besonders deutlich, daß das Volk Ghanas seine Zukunft nicht im Schoß des Neokolonialismus, sondern im sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt sieht. „Ich möchte, daß meine Kinder in einem Ghana aufwachsen, dessen Volk stolz darauf sein kann, daß es das erste Volk in Schwarzafrika war, das sich vom Kolonialjoch befreite“, erklärte Jerry Rawlings, „in einem Ghana, in dem es keinen Platz für Korruption, Elend und Gier der Regierenden gibt“. Es besteht kein Zweifel daran, daß die meisten Ghanaer diese Bestrebungen teilen.

NZ

KOMMENTAR

AFRIKAS KURS

In Addis Abeba fand vom 23. bis 28. Februar die 38. Session des Ministerrats der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) statt. Auf der ersten Tagung teilte der OAU-Generalsekretär die Aufnahme der Arabischen Demokratischen Sahara-Republik (ADSR) als Vollmitglied mit. Er erklärte, dieser Beschluß stehe im Einklang mit der OAU-Satzung, da sich die meisten OAU-Mitglieder für die Aufnahme der ADSR ausgesprochen hatten.

Doch die Delegation Marokkos verließ aus Protest den Sitzungssaal. Dann unterbrachen auch einige andere Delegationen ihre Teilnahme an der Session. In der OAU wird Bedauern darüber geäußert, da so die afrikanische Einheit Schaden nimmt. Und diese Einheit brauchen die Afrikaner jetzt besonders.

Auf der Session wurde die US-Afrika-Politik scharf kritisiert. Man konstatierte die verstärkte Zusammenarbeit Washingtons mit Pretoria, die faktische Unterstützung der USA für das Apartheid-Regime und deren Streben, sich in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten einzumischen, um die dort bestehenden Konflikte zu verschärfen — insbesondere im Tschad. Man verurteilte ferner, daß die USA und die RSA-Rassisten konterrevolutionäre Banden und Söldner einsetzen, um die Lage in den Frontstaaten zu destabilisieren.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Sessionsteilnehmer der Frage der künftigen Unabhängigkeit Namibias, insbesondere den diesbezüglichen Vorschlägen der westlichen Länder der „Kontaktgruppe“. Diese Vorschläge wurden abgelehnt, wobei konstatiert wurde, daß sie im Widerspruch zur Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrates stehen, offenbar die Privilegien der weißen Minderheit sichern, die Befreiungsorganisation SWAPO isolieren und in Namibia ein neokolonialistisches Regime errichten sollen.

Die Session des OAU-Ministerrats hat gezeigt, daß die westlichen Länder unter Führung der USA Afrika nicht eine Lösung der Probleme des Kontinents aufzwingen können, die im Interesse der Rassisten und Imperialisten liegen und den Hoffnungen der afrikanischen Völker nicht Rechnung tragen würde.

L. SKURATOW

SINNLOSES AUFMÖBELN

Charles Wick, Direktor der Kommunikationsagentur (ICA), die sich mit Auslandspropaganda beschäftigt, unternahm eine Blitzreise durch westeuropäische Hauptstädte. In den 23 Tagen sprach er mit Außenministern und Direktoren von Nachrichtenagenturen. Eiliges Thema war die mangelnde Wirksamkeit der westlichen Propagandamaschinerie.

Diese Frage wurde auch in München auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Wehrkunde, einer privaten bundesdeutschen Organisation, erörtert, die sich auf strategische Probleme spezialisiert hat. In der bayrischen Hauptstadt versammelten sich Pentagon-Chef Weinberger, sein bundesdeutscher Amtskollege Apel, der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa Rogers, NATO-Generalsekretär Luns und andere NATO-Militärexperten sowie US-amerikanische und europäische Parlamentarier. Zu den Teilnehmern sprach auch der parlamentarische Stellvertreter des britischen Verteidigungsministers, Pat-

tie. Während Wick seine Gesprächspartner bearbeitete, die NATO-Propaganda zu verbessern, verkündete Pat-

tie, die Bewegung der Friedensfreunde, die eine Bevölkerungsmehrheit in den Bündnisländern erfaßt hat, sei gegen die NATO gerichtet. Die Schlußfolgerungen der Münchner Diskussionen: Die NATO „hat den Krieg der Begriffe verloren“, indem sie der westeuropäischen Antikriegsbewegung mit Schlagworten wie „europäischer Kriegsschauplatz“, „Nuklearmittel für den Kriegsschauplatz“, „eurostrategische Raketen“ und anderen beikommen wollte. Autorität und Ansehen des Bündnisses, so meinte man in München, seien wesentlich gesunken.

Das läßt sich nicht leugnen. Die Ursache dafür liegt aber nicht im Gebrauch der jeweiligen Begriffe, wie das die Teilnehmer an der Münchner Tagung hinstellen wollen, sondern in der Politik. Keinerlei lexikalische Feinheiten, keinerlei Blitzreisen des ICA-Direktors und ähnliches Aufmöbeln können den Westeuropäern den militaristischen Kurs Washingtons und der NATO schmackhaft machen.

M. TSCHERNOUSSOW



Pentagon-Generale unter sich:
„Unser Gas gelangt auch ohne Rohre nach Europa...“
Zeichnung: N. Rybalko

GESETZ IST GESETZ

Jaswant Singh Mann konnte schließlich sein Kind doch noch sehen. Die britischen Behörden erlaubten ihm großmütig

die Einreise nach England, um seine Frau und das Baby zu betrachten. Dann aber: Ab durch die Mitte. So wollte es die Anweisung Innenministers Timothy Raisons.

Nein, der Minister ist kein Monster, er will den Mann gar nicht von Frau

und Kind sich nur zu Folge ein nien leben land geb das Recht Mann an Wohnort er im Au Mrs. M diesen Fr nate alte mit ihrer Heimatlar England. Jugend v Birmingham einer Re heiratete dann nach Sie hoffte Familie zu kam eben Daß sol Europäische rechtskon sprechen, London v Parlament Für die den ist R Recht. Un letzunger rechte ir schen Lä Geschrei Menschei hängt ma die groß

MÖRDERKANDIDAT

„Wir glauben nicht, daß die Armee kontrolliert werden müßte. Die Streitkräfte werden bei ihrem Vorgehen von allen Menschenrechtsrestriktionen befreit und zur Invasion in Nicaragua ermuntert werden.“

„Wir werden die Partisanen innerhalb von drei Monaten nach Einberufung der neuen verfassunggebenden Versammlung vernichten.“

„Napalm ist unabdingbar.“

„Zivilisten werden getötet werden, im Krieg war das immer so...“

„Wir verhaften die christlichen Demokraten... um sie wegen Verrats zu verurteilen...“

Diese Erklärungen stammen vom Chef der salvadorianischen Extremi-

sten, Major D'Aubuisson. Er gab sie vor den auf den 28. März angesetzten „Wahlen“ ab. Die Offenbarungen des Majors vermitteln eine Vorstellung von dem Programm der vor einigen Wochen gegründeten neuen Nationalrepublikanischen Union.

D'Aubuisson ist Hauptanwärter auf den Präsidentensessel. Diese Wahl löst bei vielen, darunter auch bei dem ehemaligen US-Botschafter in El Salvador, White, Zweifel aus. Vor dem Kongreß nannte er D'Aubuisson einen „pathologischen Mörder“.

Die Liste der Verdienste des Kandidaten Nr. 1 ist bezeichnend. Teilnahme an Putschversuchen, Kontakte zu Terrororganisationen. Als Chef der politischen Polizei hatte er sich

durch seine Vorliebe für raffinierte Folterungen ausgezeichnet. Im März 1980 organisierte er persönlich die Ermordung des Erzbischofs von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, der die Patrioten in Schutz genommen hatte. Die „New York Times“ schätzt D'Aubuissons Chancen so ein, daß er „keine schlechten Abstimmungsergebnisse erreichen wird“. Gründe für diese Schlußfolgerung gibt es mehr als genügend. Der Major wird von allen unterstützt, denen das „Befriedungsprogramm“ gefällt, das von den Anhängern D'Aubuissons als „Frieden auf Kosten von 100 000 Toten“ bezeichnet wird: Großgrundbesitzer, Geschäftsleute der Hauptstadt, viele Militärs. Vor allem aber die Washingtoner Regisseure der Wahlfarce in El Salvador.

A. WLADIMIROV

WERT

geber der Söldner-
oldiers of Fortune",
n, ist anscheinend
it reicher Phantasie.
m eine so glänzen-
gekommen. Er woll-
ziellen Washington
ise" für den Einsatz
durch die Sowjet-
s, Kampuchea und
eranzuschaffen.
weisen, bemühen sich
Haus und das Pen-
jahrelang. Erfolglos.
ge des Internationa-
kuzes suchten und
cht. Auch UNO-Ex-
en nichts entdecken.
h keine Baumrinden,
oder Wasserproben
vergifteten Regio-
eweise mußten her-
her nehmen!

Brown in die Bre-
kündete: Jeder, der

eine chemische Granate in den
Westen bringt, die von „kommu-
nistischen Kräften in Südostasien“
eingesetzt wurde, erhält eine an-
ständige Belohnung. Sogar in
Gold.

Vielleicht ist sich wirklich
jemand für diese hoffnungslose
Sache nicht zu schade, und be-
sorgt den so ersehnten „Beweis“.
Zwar könnte die Sache schief
gehen. Denn in Afghanistan wur-
den bereits Granaten mit CS-Gas
gefunden, die von den Banditen
eingesetzt wurden. Allerdings
sind diese Granaten nicht made
in USSR, sondern in USA. Man
könnte sogar einen Tip geben,
wo zu suchen wäre, z. B. in Viet-
nam. Der Boden dieses Landes
bietet mehr als genügend Bewei-
se für den Einsatz von C-Waffen.
Durch die US-Armee.

D. POGORSHELSKI

nen. Er hält
Gesetz, dem
Großbritan-
ber im Aus-
Frau nicht
den eigenen
n ständigen
nolen, wenn
lebt.

gehört zu
Als 9 Mo-
oy kam sie
ie aus ihrem
ndien nach
dheit und
chte sie in

Während
ach Indien
und kehrte
land zurück.
ort mit der
en. Aber es
rs.

Gesetze der
Menschen-
on wider-
aran mußte
uropäischen
nert werden.
chen Behör-
nicht gleich
ebliche Ver-

Menschen-
n sozialisti-
kann man
eben. Die
e in England
ber nicht an-
cke.

V. KSENIN

ÜBERPRÜFT

Die Drusen, arabische Bewohner der
von Israel okkupierten Golan-Höhen,
veröffentlichten eine Erklärung, in der
die israelischen Expansionsmethoden
enthüllt werden.

Vor schon einem Jahr, schreiben die
Verfasser, entfesselten die Okkupa-
tionsbehörden die Kampagne zur Vor-
bereitung der Annexion und beglückten
alle, die es wünschten, mit der israeli-
schen Staatsbürgerschaft. Die Drusen
wünschten nicht. Sie widersetzten sich
einmütig dem Druck. Die Israelis ver-
sprachten daraufhin eine „Überprü-
fung der Politik“. Tatsächlich wurde
„überprüft“... Am 14. Dezember v. J.
verabschiedete die Knesset das Gesetz
über Annexion der Golan-Höhen, und
man ging an dessen Ausführung.

Von nun an wurden die Drusen of-
fen mit der Forderung erpreßt, die is-
raelische Staatsbürgerschaft anzuneh-
men. Die Behörden registrieren keine
Neugeborenen, wenn sie von den Eltern
nicht als israelische Bürger eingetra-
gen werden, und geben zwangsweise
israelische Papiere an Jugendliche im
Alter von 16 Jahren aus. Wer sich wei-
gert, wird bestraft.

Tel Aviv in seinem Element: Zunächst
die „legitime“ Besetzung fremden Bo-
dens, der ja für die Sicherheitsinter-
essen lebenswichtig ist. Nun die zwangs-
weise Eingliederung der dortigen Ein-
wohner in die israelische Staatsbürger-
schaft.

A. STEPANOW

VERSPÄTETE „EINSICHT“

Der einstige US-Präsident Carter hielt in Palm Beach (US-Staat Flo-
rida) eine Rede, in der er den Kurs der jetzigen Administration heftig
kritisierte. Jimmy waren keine Ausdrücke für seine Nachfolger im Weißen
Haus zu schade.

Der Ex-Präsident ist darüber beunruhigt, daß die Politik der Reagan-
Regierung nur auf Einschüchterung anderer Länder beruht. Man könne
der übrigen Welt nicht ständig mit militärischer Stärke drohen, wie das
die USA heute täten, erklärte Carter.

Goldene Worte. Besonders, wenn man den Antrag Reagans berück-
sichtigt, die Militärausgaben im Finanzjahr 1983 auf 263 Md. Dollar zu
steigern.

Offensichtlich die eigene Rolle bei der Nichtratifizierung von SALT-2
durch die USA vergessend, verurteilte Carter in höchsten Tönen Reagans
Weigerung, mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Rü-
stungen zu verhandeln. Seiner Ansicht nach haben alle amerikanischen
Präsidenten seit 35 Jahren Anstrengungen unternommen, um die Kern-
waffen zu reduzieren, jetzt aber sei dieser Prozeß infolge der Haltung
Reagans völlig unterbrochen.

Wieder ein wahrer Gedanke, wenn man mal vom ersten Teil der Er-
klärung absieht.

Was ist eigentlich über Carter gekommen? Als er Chef des Weißen
Hauses war, ließen sich solche Worte von ihm nicht vernehmen. Allem
Anschein nach hielt er die jetzige Rede zum Fenster hinaus für seine
Landsleute, die über die steigenden Rüstungslasten und die starken Kür-
zungen der Sozialbewilligungen verärgert sind.

Es drängt sich die Frage auf, ob man in Amerika erst ein „Einstiger“
werden muß, um die Stimmung der Amerikaner zu empfinden?

G. ARIEWITSCH

MIT HILFE
VON „RAZOR CUT“

Diese südafrikanischen Polizi-
sten haben wichtiges zu tun. Sie
durchschnüffeln Haus für Haus
in den Vororten Johannesburgs
nach „Urhebern“ einer Demon-
stration gegen die Apartheid-
Politik.

Solche Strafaktionen sind nichts
Außergewöhnliches. Die weiße
Minderheit bewaffnet sich. Die
gängigste Ware auf dem südafri-
kanischen Markt sind Gewehre,
MPis, Bazookas und nun auch
Stacheldraht, der als „Razor cut“
bezeichnet wird. Im Unterschied
zum bisher handelsüblichen ist er
im Abstand von 2 Zentimetern mit
scharfen Klingen besetzt. Mein
Stacheldraht, rühmt sich David
Owen, der die Produktion in der
RSA in Gang gebracht hat, kann
einen Menschen nicht nur verlet-

zen, sondern ihn auch töten. Die-
ser Stacheldraht wird nach An-
gaben der in Durban erscheinenden
„Sunday Tribune“ nach
NATO-Normen hergestellt.

Owens Stacheldraht wurde zur
Abwehrwaffe erklärt, die ange-
sichts eines „Totalangriffs“ auf
die RSA als „Panzersperre“ die-
ne.

Die in jüngster Zeit in der RSA
häufig auftauchenden Besucher
aus Washington freuen sich
trotzdem über die „Liberalisie-
rung“ des Regimes. Sie verkün-
den der Welt begeistert, daß die
Aufschrift „Nur für Weiße“ all-
mählich verschwinde und in ei-
nigen Stadien schwarze Sportler
zugelassen werden. „Razor cut“,
mit dessen Hilfe die Rassisten mit
Unzufriedenen aufräumen, gilt
ihnen offenbar als Attribut die-
ser „Liberalisierung“.

M. SARIPOW

Foto: AP-TASS



ZUR HALTUNG DER IKP-FÜHRUNG

Die Weltpresse, darunter Organe der kommunistischen und Arbeiterparteien, bringen weiterhin Beiträge über die Standpunkte, die in den Erklärungen der Führung der Italienischen Kommunistischen Partei und in den Dokumenten des Plenums des ZK der IKP vom Januar 1982 dargelegt waren.

Im Organ des ZK der KP Vietnams „Nhan Dhan“ lesen wir: Angesichts der Ereignisse im benachbarten Bruderland hat die UdSSR das Volk Polens nicht im Stich gelassen, vielmehr ihm allseitige Hilfe erwiesen, eine wertvolle, unelgenützige Hilfe, beruhend auf dem Prinzip des proletarischen Internationalismus. Leider gibt es in Westeuropa Menschen, die sich zwar Kommunisten oder Sozialisten nennen, aber die wirkliche Sachlage verzerren sowie den Imperialisten und der internationalen Reaktion in ihrer gehässigen Kampagne gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder sekundieren. Diese Menschen verlieren kein Wort über die offene, unverfrorene Einmischung des Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Polens, reden aber von einer „Verantwortung der UdSSR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten“, die sich angeblich „in die inneren Angelegenheiten der PVAP einmischen“. Sie beschuldigen die UdSSR sogar härter, als es Reagan und Haig tun, und nennen sich trotzdem weiter Kommunisten.

Sie haben den Terminus „sowjetisches Modell“ erfunden, um die historische Rolle des realen Sozialismus herabzumindern, der in mehreren Ländern aufgebaut worden ist und dessen typischer Vertreter der Sowjetstaat ist. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat beredt bewiesen, daß die UdSSR und die gesamte sozialistische Ländergemeinschaft feste Positionen haben. Das Bestehen der UdSSR und die Hilfe dieser sozialistischen Großmacht waren und bleiben stets ein objektiver Faktor der Siege der gerechten Revolutionen.

Aus seinen eigenen Erfahrungen im Laufe dreier Kriege gegen die Aggressoren, fährt die „Nhan Dhan“ fort, weiß unser Volk um Rolle und Charakter der Hilfe, die von der KPdSU, vom Sowjetstaat und Sowjetvolk auf der Basis des proletarischen Internationalismus erwiesen wird. Die Solidarität und gewaltige Hilfe der Sowjetunion und der anderen Bruderländer ist ein entscheidender Faktor der Siege Vietnams beim sozialistischen Aufbau und beim Schutz des sozialistischen Vaterlandes. Die Kommunisten und das Volk

Vietnams schätzen diese Hilfe hoch ein und sind stets dankbar dafür.

Die UdSSR wird nicht nur im Zusammenhang mit Polen attackiert. Es werden wirklichkeitsfremde und äußerst feindselige Erdichtungen über die Hauptfrage der Gegenwart — den Kampf für die Wahrung des Friedens — kolportiert. In Reden und Dokumenten werden die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder in gleichem Atem wie die USA und die übrigen NATO-Länder genannt; man versucht sogar den anderen einzureden, die Entspannung sei durch Schuld der UdSSR eingeschränkt worden. Das ist von A bis Z erlogen.

Solche Leute entstehen die Außenpolitik der UdSSR, verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, die besagt, daß alle Früchte der Entspannung vor allem den unermüdlichen Anstrengungen der UdSSR zu verdanken sind. Sie predigen ein „Außerhalb-der-Blöcke-Stehen“, treten aber im Grunde den Bemühungen der UdSSR darum entgegen, den Export der Konterrevolution und eine Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Imperialisten zu verhindern.

Sie versichern, die riesige Bedeutung der Oktoberrevolution und des Fortschritts, den sie der Menschheit brachte, nicht bagatellisieren zu wollen. Doch solche Versicherungen können nicht über den wahren Charakter ihrer Thesen hinwegtäuschen, die gerade in der Herabminderung der Rolle der UdSSR und des realen Sozialismus bestehen. Ihre subjektive Meinung über das Scheitern des „sowjetischen Modells“, über die sogenannte Krise Osteuropas bedeutet, daß sie das Bestehen des Sozialismus leugnen bzw. behaupten, er sei in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern noch nicht aufgebaut worden. Sie suchen nach einem anderen Muster und finden es offenbar in einer anderen Welt, ohne Klassen und Klassenkampf — einer irrealen Welt. Dabei beteuern sie, einen Weg gefunden zu haben, der besser sei als Sozialismus und Kapitalismus. Aber für einen solchen Weg gibt es keine einzige reale Bestätigung.

Wer brachte die größten Opfer auf dem Altar der Menschheit, wer muß die enorme Verantwortung tragen: den Weltfrieden schützen, die aggressiven, militanten Pläne des USA-Imperialismus verhindern und dem NATO-Block entgegenzutreten? Selbstverständlich nicht die Prediger leerer Theorien, sondern das Sowjetvolk, dessen Opfer nicht zu ermessen sind. Wenn nicht die Not-

wendigkeit gewesen wäre, den gewaltigen internationalistischen Pflichten nachzukommen, hätten die Sowjetbürger einen Lebensstandard, der den heutigen um ein Mehrfaches übersteigen würde. Einige träumen von einer Gesellschaft, in der seit ihrer Entstehung alles makellos sei. Eine solche Gesellschaft ist utopisch. Die Revolution ist ein langwieriger historischer Prozeß, äußerst kompliziert, voller Schwierigkeiten und unvermeidlicher Fehler. Es sind gerade die hier erwähnten Alleswisser, die Fehler begingen und begangen, aber es nicht zugeben.

Das Organ des ZK der BKP „Rabotni-schesko delo“ schreibt: Jede kommunistische Partei hat das Recht, alle Fragen, die sie als notwendig und nützlich für ihren Kampf erachtet, zu erörtern und Beschlüsse dazu zu fassen. Aber die Analyse, die die italienischen Genossen geliefert haben, ist irrig, ihre Einschätzungen und Schlüsse sind zutiefst falsch und historisch fehlerhaft. Der erste Punkt, in dem die bulgarischen Kommunisten der IKP-Führung absolut nicht zustimmen können, ist die faktische Leugnung des real bestehenden Sozialismus in der UdSSR, in Bulgarien und den anderen sozialistischen Ländern. Jetzt werden nicht mehr die einen oder anderen Erscheinungen unserer Wirklichkeit kritisiert, sondern die in unseren Ländern gesammelten historischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und der sozialistische Charakter unserer Gesellschaft völlig negiert. Eine solche IKP-Position kann sehr schwere negative Folgen haben, sowohl für diese Partei selbst als auch für die Geschlossenheit der fortschrittlichen Kräfte der Erde und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, für die Entfaltung des revolutionären Prozesses.

Die historische Wahrheit besteht darin, daß der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der sozialistischen Revolutionen in anderen Ländern und der Aufbau der realen sozialistischen Gesellschaft die größte historische Errungenschaft des gegenwärtigen revolutionären Prozesses und der Hauptfaktor seiner heutigen und späteren Entwicklung in der Welt insgesamt und in jedem einzelnen Lande sind. Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eröffnete der Menschheit den Weg für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die UdSSR spielte die entscheidende Rolle bei der Zerschlagung des Faschismus im zweiten Weltkrieg, sie ret-

tete die Menschheit vor der Nazibarbarie und schuf so die Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus in weiteren Ländern.

Der reale Sozialismus veränderte das internationale Kräfteverhältnis von Grund auf. Er wurde zum Hauptfaktor der weltweiten Entwicklung und trug entscheidend zur Niederlage der imperialistischen Politik des kalten Krieges, zum Zusammenbruch des Kolonialsystems und zur Verhütung des Nuklearkrieges bei.

Die in ihrem Wesen liquidatorische Einschätzung des realen Sozialismus durch die IKP-Führung zeugt davon, daß sie die Rolle der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder in der heutigen Welt absolut nicht versteht. Wie zudem die Materialien des letzten ZK-Plenums der IKP verdeutlichen, kennt sie die Wirklichkeit in den Ländern des realen Sozialismus nicht oder nur oberflächlich.

Uns ist die Logik unbegreiflich, nach der die IKP-Führung zu der äußerst fehlerhaften Einschätzung des realen Sozialismus gekommen ist. Sie kann nur Ergebnis einer Analyse sein, bei der zumindest ein grober methodologischer und ein grober politischer Fehler zugelassen wurden. Der politische Fehler besteht darin, daß solche Urteile in einer sehr schwierigen internationalen Situation dem Sozialismus einen Schlag versetzen. Unser Haupteinwand besteht darin, daß in den Materialien des jüngsten ZK-Plenums der IKP allgemeine Schlüsse über den realen Sozialismus ohne tiefe und konkrete Kenntnis seiner Realität, ohne die bei solchen Schlüssen unerläßliche allseitige marxistisch-leninistische Analyse der Wirklichkeit gezogen werden.

Es muß erwähnt werden, daß die italienischen Genossen in den letzten Jahren kein so reges Interesse für ein ständiges, systematisches und tiefes Studium der Erfahrungen und Probleme des sozialistischen Aufbaus zeigen. Auffällig ist ferner der ungenügende bzw. fehlende Wunsch, die Entwicklungsfähigkeit des realen Sozialismus als Gesellschaftsordnung in Betracht zu ziehen. Die reale sozialistische Gesellschaft, die in der UdSSR aufgebaut ist sowie in den anderen sozialistischen Ländern gesiegt hat und aufgebaut wird, ist nicht etwas Unbewegliches und Starres, sie befindet sich im Prozeß ständiger Veränderungen und Wandlungen und entwickelt sich nach den Gesetzen ihrer eigenen Dialektik.

Der zweite Punkt, der ernsthafte Einwände hervorruft, ist das Urteil der IKP-Führung über die Ereignisse in Polen. Wir können die Besorgnis der italienischen Genossen über die dortige Lage verstehen, aber nicht ihren Schlüssen über Wesen und Entwicklung der Krise in der VR Polen, nicht ihren Empfehlungen zur Überwindung dieser Krise zustimmen.

In den Materialien des ZK-Plenums der IKP treffen wir auf die völlige Ignorierung der Einschätzungen der polnischen Partei- und Staatsführung; mehr noch, wir hören daraus einen mit den Prinzipien der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung unvereinbaren lehrhaften Ton heraus.

Die italienischen Genossen, die äußerst empfindlich nicht nur auf eine Einmischung, sondern auch schon auf jede Kritik an ihnen reagieren, halten es für durchaus zulässig, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen und die Führung des Landes, die PVAP und das polnische Volk darüber zu belehren, welchen Sozialismus sie aufbauen sollen und wie; sie erlauben es sich, ihnen ihr eigenes „Modell“ des Sozialismus aufzuzwingen.

Zugleich sprechen sie den sozialistischen Ländern das Recht ab, ihre solidarische Haltung der PVAP und dem polnischen Volk gegenüber zu bekunden, mit denen sie nicht nur die proletarische Solidarität, sondern auch Bündnisverträge verbinden. Die IKP-Führung stellt ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens als „Solidaritätsaktionen und Hilfe für Polens Volk und Nation“, die Solidarität und Unterstützung seitens der sozialistischen Ländergemeinschaft dagegen als „Druck“ und „Einmischung“ dar.

Der dritte Punkt, in dem wir mit den italienischen Genossen auseinandergehen, ist, wie sie die gegenwärtige Weltlage beurteilen.

Die Behauptung, die USA und die UdSSR, die NATO und der Warschauer Vertrag seien gleichermaßen verantwortlich für die Zuspitzung der Weltlage, widerspricht den Tatsachen, ist falsch und entbehrt jeder Grundlage.

Die sowjetische Außenpolitik wird der imperialistischen USA-Politik gleichgesetzt. Darüber hinaus werden weitgehende Schlüsse gezogen. Es ist paradox, aber faktisch fordert die IKP-Führung die revolutionären und demokratischen Kräfte Westeuropas und der anderen Teile der Welt auf, sich von der Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zu distanzieren. Eine solche Linie kann nur zur Entfremdung und Schwächung der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Welt führen.

In diesem Zusammenhang müssen wir besorgt auf die in den Materialien des Plenums direkt vertretene These hinweisen, als selbständige, von den Bewegungen der Sozialisten, fortschrittlichen Kräfte und der nationalen Befreiungskräfte getrennte Bewegung sei die kommunistische Bewegung überholt. Es fragt sich, ob eine solche Fragestellung, eine solche Entfernung von den kommunistischen und eine solche Annäherung an die sozialistischen und

sozialdemokratischen Parteien für die IKP selbst nicht gefährlich sind.

Die BKP ihrerseits wird auch weiterhin für die Stärkung und Weiterentwicklung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung, für gleichberechtigte Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien, für den kameradschaftlichen kommunistischen Dialog bei der Klärung komplizierter Gegenwartsfragen eintreten.

Die IKP-Führung unternahm einen neuen Ausfall gegen die UdSSR und den realen Sozialismus, im Grunde eröffnete sie eine neue Front dagegen, und dies zu einer Zeit, da der Imperialismus Kurs auf offene Konfrontation mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft auf politischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet steuert. Das geschah zu einer Zeit, da die Gefährlichkeit eines solchen Kurses nicht nur unsere Freunde, sondern auch realdenkende Politiker des Westens sehen, da ein aktives und koordiniertes Handeln aller Kommunisten, Demokraten und Kämpfer für Frieden, Entspannung und Abrüstung not tut, betont die Zeitung abschließend.

William Kashtan, Generalsekretär der KP Kanadas, sagte auf ihrem XXV. Parteitag:

Heute ist der ideologische Kampf einer der wichtigsten Abschnitte des Klassenkampfes, des Kampfes für die Festigung der Demokratie. Der Imperialismus richtet seine ideologische Offensive in erster Linie gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten, gegen die kommunistischen und Arbeiterparteien. Das bestätigt die hysterische Kampagne des US-Imperialismus gegen Volkspolen.

Vor die Wahl gestellt, es auf einen Bürgerkrieg ankommen zu lassen oder aber Maßnahmen dagegen zu treffen, entschloß sich die PVAP für Schritte zum Schutz der Revolution. Eine Wiederherstellung des Kapitalismus durch die Konterrevolution hätte den Frieden nicht nur in Polen, sondern auch in Europa und möglicherweise in der ganzen Welt gefährdet. In dieser Situation wurde auf Initiative der PVAP und der Regierung der Militärrat für die Nationale Rettung geschaffen und der Ausnahmezustand verhängt. Für Polen war es das kleinere Übel. Es gab keinen anderen Weg, den Bürgerkrieg zu verhindern. Der Ausnahmezustand ist keine ständige, sondern eine provisorische Maßnahme und wird aufgehoben, sobald sich die Situation stabilisiert. Dem wirken aber die reaktionären Kräfte des USA-Imperialismus mit ihrer Destabilisierungspolitik entgegen. Das verdeutlicht die Politik der Wirtschaftssanktionen, die die Reagan-Administration auch von ihren Alliierten erzwingen will.

In der heutigen komplizierten Situa-

tion, in der die internationale Solidarität so notwendig ist, ahmen Vertreter einiger kommunistischer Parteien die Linie von Reagan und Co. nach.

Präsident Reagan redet von einer „Krise des Kommunismus“ und einige Führer der IKP von einer „Krise des Sowjetsystems“. Sie erklären, der Marxismus-Leninismus habe Bankrott gemacht, obwohl bekannt ist, daß die Schwierigkeiten in Polen gerade auf eine Abweichung von den Gesetzen des sozialistischen Aufbaus und keineswegs auf einen Bankrott des Marxismus-Leninismus zurückzuführen sind. Im Grunde haben sie die große revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus verurteilt und sind von ihr abgewichen.

Wie man sieht, sind die Ereignisse in Polen für sie nur ein Vorwand für die Abkehr vom Marxismus-Leninismus, vom schweren und komplizierten Kampf für den Frieden und Sozialismus, von der Anerkennung der Tatsache, daß das sozialistische Weltssystem die höchste Errungenschaft des sozialen Fortschritts in unserem Jahrhundert ist. Die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus behalten voll und ganz ihre Gültigkeit, werden jedoch ständig durch neue Ereignisse, Erfahrungen und Kampfstadien weiterentwickelt und bereichert.

Unsere Partei stand, betonte W. Kashtan, schon immer fest auf der Position der Anerkennung dessen, daß der real bestehende Sozialismus in der UdSSR von historischer Bedeutung und ein Markstein auf dem Wege des sozialen Fortschritts, des Sozialismus und der Sache des Weltfriedens ist. Schon das Bestehen der UdSSR verstärkt die kommunistische Bewegung, sie ist das Hauptbollwerk des Weltfriedens und schafft günstige Voraussetzungen für den Kampf der Werktätigen zum Schutz ihrer Interessen und der Sache des Sozialismus. Als Kampfvanguardie der Werktätigen schöpft die KP Kanadas ihren Arbeitselan aus der Tatsache, daß der Sozialismus heute ein Weltssystem darstellt, das durch seine wachsende Stärke und aktive Rolle beim Schutz des Friedens und sozialen Fortschritts die weltweite Entwicklung entscheidend beeinflusst.

Luis Gorvalán, Generalsekretär der KP Chiles, schreibt in der kolumbianischen Zeitung „La Voz Proletaria“ über die Position der KP Chiles.

Wir chilenischen Kommunisten, die wir am eigenen Leibe erfahren mußten, was der Sieg der Konterrevolution mit sich bringt, sind höchst erfreut über die jetzige Wende in Polen. Die Maßnahmen der polnischen Regierung zur nationalen Rettung ermöglichten es, die heranreifende Katastrophe zu vermeiden, und werden zur weiteren Stärkung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie in diesem Land sowie zur Ausmerzung erfolgter Fehler führen.

Es sei daran erinnert, daß die Konterrevolution in Chile aus Washington dirigiert wurde und unter dem Banner des „Schutzes von Freiheit und Demokratie“ und nicht unter dem des Faschismus aufmarschierte. Der Staatsstreich ertränkte die Freiheiten des Volkes in einem Meer von Blut und merzte alle Spuren von Demokratie aus. Die verfassungsmäßige, demokratische Ordnung wurde durch faschistische Willkür ersetzt.

Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist etwas Großartiges und ist natürlich nicht frei von verschiedenartigen Schwierigkeiten, kann es auch nicht sein. Die Fehler der polnischen Führung machte sich der Klassenfeind zunutze. Mehrmals wurde der Versuch gemacht, politische Lösungen auf der unerschütterlichen Grundlage zu finden, daß Polen ein sozialistisches Land und Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft ist. Anfangs erkannten die Führer von „Solidarność“ verbal diese Voraussetzung an, machten jedoch in der Tat jedesmal den guten Willen der Behörden zunichte und trieben das Land ins wirtschaftliche und politische Chaos. So entstand eine Lage, in der die Geduld des Volkes erschöpft war und man den Abenteurern ihr Handwerk legen mußte, ehe sie das Land in den Abgrund eines brudermörderischen Blutvergießens stürzen konnten.

Wir chilenischen Kommunisten möchten die von uns bereits geäußerte Ansicht bekräftigen, daß man sich im Klassenkampf auf nationaler und internationaler Ebene auf die eine oder die andere Seite der Barrikade stellen muß. Wir sind auf der Seite des sozialistischen Polen.

Alvaro Cunhal, Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP), verwies in einem Interview für die Zeitung „Diário de Lisboa“ darauf, daß in Polen ernste Fehler begangen worden waren, die auch von der PVAP zugegeben werden.

Er erklärte: Die PKP bedauert, daß die polnischen Kommunisten eine solche Lage zugelassen haben. Das wird uns aber nicht dazu bringen, die Konterrevolution zu unterstützen. Wir erachten es als unzulässig für eine kommunistische Arbeiterpartei, auf Seiten jener zu handeln, die eine Kampagne gegen den Sozialismus, für die Wiederherstellung des Kapitalismus aufgezogen haben.

Ferner kommentierte A. Cunhal die tiefen Differenzen zwischen der PKP und den Kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens. Sie betreffen nicht nur allgemeine ideologische Fragen, sondern auch Fragen der internationalen Beziehungen. Die IKP- und die KPS-Führung sondern sich völlig vom sozialistischen Lager ab, indem

sie behaupten, in den sozialistischen Ländern gäbe es keinen Sozialismus. Sie schlagen einen Weg vor, der jedoch keine Garantie dafür bietet, daß in Italien und Spanien der Sozialismus je aufgebaut sein wird. Wir sind bereit, jedes Projekt zu billigen, wenn es auf den Erfahrungen der weltweiten revolutionären Bewegung und des sozialistischen Aufbaus beruht und nicht auf lebensfremden Phantasien und Spekulationen. In Portugal z. B. muß der Weg des sozialistischen Aufbaus anders sein als in der CSSR, in Polen, Jugoslawien, Kuba, Rumänien, der UdSSR usw. Das wird der portugiesische Weg sein, aber basierend auf den allgemeingültigen Gesetzen der sozialen Entwicklung, auf der unerläßlichen wissenschaftlichen Analyse der Wirklichkeit und der Erfahrungen anderer Revolutionen im Hinblick auf die Rolle des Staates. Wir setzen unser Projekt nicht der Wirklichkeit der sozialistischen Länder, sondern den kapitalistischen Zuständen entgegen. Der Sozialismus in Portugal wird portugiesisch sein, doch wollen wir, daß es auch wirklich Sozialismus ist, sagte A. Cunhal abschließend.

Das Organ des ZK der KP Griechenlands „Rizospastis“ analysiert in einem Beitrag die Politik der IKP-Führung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen. Darin heißt es u. a.: Die Haltung einer Partei wie der IKP, deren Kampf gegen den Faschismus, für die Demokratie bekannt ist und die eine wichtige Rolle in der kommunistischen Weltbewegung spielt, erweckt durchaus zu Recht das Interesse und die Aufmerksamkeit von Kommunisten und Linken in der ganzen Welt. Begreiflich sind in diesem Zusammenhang das Befremden und Staunen über die neuen Standpunkte der IKP-Führung. Natürlich mangelte es auch nicht an positiven Reaktionen darauf bei all jenen, die aus verschiedenen Gründen die kommunistische Weltbewegung unterminiert und gespalten sehen möchten.

Der Ausnahmezustand in Polen lieferte der IKP-Führung den Vorwand für ausgiebige Kritik an allen Ländern des realen Sozialismus, für eine Revision des Standpunktes der IKP selbst zu den sozialistischen Errungenschaften, die die Oktoberrevolution einleitete, und dafür, die Rolle der kommunistischen Weltbewegung in Zweifel zu ziehen.

Es ist offensichtlich, daß die IKP-Führung die Entwicklung in Polen benutzen wollte, um eine neue politische Linie auszuarbeiten. Zu diesem Zweck interpretierten die IKP-Führer diese Entwicklung subjektiv.

Nach der Gründung von „Solidar-

ność" hob die IKP-Führung ganz besonders hervor, daß die Existenz von Partei und Staat unabhängiger Gewerkschaften sehr positiv sei. Wie lange jedoch dauerte diese „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaft von jedem politischen Zentrum?

War die „Solidarność-Gewerkschaft, die in der Bewegung der Arbeitermasse entstand, 1980 noch autonom, so wäre ihre Autonomie 1981 schon schwieriger zu erlassen. Von dieser Metamorphose von „Solidarność“ schweigt die IKP-Führung, ebenso davon, daß auf dem „Solidarność“-Kongreß durch und durch antikommunistische Reden geschwungen wurden. In der Führung und den Zentralen von „Solidarność“ gab es immer weniger Arbeiter. Die herrschende Rolle spielten allmählich Vertreter der Intelligenz, die die Arbeiterklasse zu eigenen Zwecken benutzten. War es denn ein Zufall, daß der „Solidarność“-Einfluß auf die Arbeiterklasse, wie Wałęsa selbst zugab, ständig abnahm?

Warum wird all das verschwiegen? Bekanntlich verurteilt die IKP-Führung die Extremisten von „Solidarność“. Doch kommt es nicht darauf an, vielmehr darauf, daß diese Extremisten keineswegs unbekannt waren. Sie hatten das Sagen in der „Solidarność“-Führung, sie gaben den Ton an, sie prägten die Tätigkeit der Gewerkschaft. Die IKP-Führung versucht, die Kritik an den Extremisten durch eine an den „Dogmatikern“ der polnischen Partei „wettzumachen“. Sie entstellt die Politik der PVAP und setzt sich über die schon im August 1980 erschienenen Veröffentlichungen der Extremisten hinweg.

Die polnischen Kommunisten brachten die Kraft auf, um gegen die Schwierigkeiten anzukämpfen, und leiteten einen Dialog mit „Solidarność“ ein. Das hätte den Weg für eine normale politische Entwicklung im Lande eröffnet. Wer war daran interessiert, diesen Prozeß zu unterbrechen? Die polnischen Kommunisten oder die von imperialistischen Zentralen angestachelten „Solidarność“-Führer?

Hier erhebt sich auch eine weitere Frage: Warum erwähnt die IKP-Führung die Einmischung der imperialistischen Zentralen in die Angelegenheiten Polens mit keinem einzigen Wort? Niemand bestritt, daß die polnische Krise ursprünglich von inneren Problemen ausgelöst wurde. Aber niemand kann im Ernst die imperialistische Einmischung abstreiten. Außerdem müssen wir sagen, daß eine Analyse der polnischen Frage unter Gegenüberstellung von Gesellschaft und Staat, wobei „Solidarność“ die erste und die Kommunisten den zweiten vertreten, gegen die traditionelle theoretische Konzeption der IKP und

die von Gramsci und Togliatti begründete Analyse verstößt.

Vor allem aber ist die Kritik der IKP-Führung an der Position der UdSSR zu den Ereignissen in Polen unbegreiflich. Die USA-Imperialisten wollen den Geist des kalten Krieges wiederbeleben und unterstellten der UdSSR also eine „Einmischung“. Warum hält aber die IKP-Führung die geäußerte Meinung der sowjetischen Führer über die Entwicklung in Polen für eine Einmischung? Wenn der sowjetische Standpunkt über die polnischen Ereignisse ihrer Meinung nach Druckausübung und Einmischung ist, warum ist dann der Standpunkt der IKP-Führung nicht ebenfalls eine solche?

Bekanntlich verurteilt die IKP-Führung die Maßnahmen der USA-Administration und der europäischen Regierungen gegen Polen und die UdSSR. Aber hat sie durch ihre Position, noch mehr aber durch ihre unbegründeten Äußerungen über die sowjetische „Einmischung“ nicht zur Schaffung einer Atmosphäre beigetragen, die solche Maßnahmen begünstigt? Wir betrachten es nicht als Zufall, daß die italienische Regierung ähnliche Maßnahmen fördert.

Die IKP-Führung behauptet, der Ausnahmezustand in Polen gefährde den Frieden, vergißt aber, daß der Bürgerkrieg in Polen eine direkte Gefahr für den Frieden gewesen wäre. Von einer solchen Gefahr zeugten die Beschlüsse von Radom, die Ereignisse in Bydgoszcz u. a.

Die Position der IKP ändert sich. Immer häufiger wird zu Problemen der Demokratie ein bürgerlich-liberaler Standpunkt vertreten, die klassengebundene, marxistische Analyse aber stumpf ab. Betrachtet man das Problem des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, so wäre eine Rückkehr zu den Formen und Institutionen der bürgerlichen Demokratie auf keinen Fall die Lösung dieses Problems. Es gilt im Gegenteil, möglichst weit von diesen Formen und Institutionen abzugehen, keine Rückkehr zu dulden, denn sonst verliert die eigentliche Idee des Sozialismus faktisch ihren Klassencharakter. „Haravqhi“, das Organ der Fortschrittspartei des werktätigen Volkes von Zypern (AKEL), veröffentlichte folgende Erklärung des Politbüros des ZK der AKEL:

Während die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ihre Klassensolidarität mit der PVAP bekundet, stellen unsere Partei und das werktätige Volk Zyperns mit Bedauern und Befremden fest, daß die IKP-Führung im Grunde der Position Reagans nahesteht, indem sie behauptet, die Sowjetunion mische sich in die Angelegenheiten Polens ein. Die IKP-Führung solidarisiert sich mit der im-

perialistischen Propaganda, die sich gegen die Maßnahmen der PVAP und der polnischen Regierung wendet. Unter dem Vorwand der Ereignisse in Polen geht die IKP-Führung noch weiter und vergreift sich am realen Sozialismus, indem sie behauptet, der Sozialismus, der die Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung und jeder Unterdrückung befreit hat und heute in der Avantgarde der Völker in ihrem Kampf für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt marschiert, sei dabei, zu scheitern.

Die Position der IKP-Führung läßt jedes Klassenherangehen vermissen, und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß dies den Plänen des Imperialismus und der Konterrevolution dient.

In der von der finnischen „Kansan Uutiset“ veröffentlichten Ansprache Aarne Saarinsens, Vorsitzender der KP Finnlands, auf einem ZK-Plenum der KPFI heißt es: Die KPdSU drängt uns ihr Modell des Sozialismus nicht auf. In den letzten Jahren gab es keinen einzigen konkreten Beweis dafür. Wir können und müssen unser eigenes Modell bzw. unsere Vorstellung vom finnischen Sozialismus nach eigenem Vermögen entwickeln. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir den Sozialismus, der bisher realisiert worden ist, nun kritisieren würden. Für ihn sind die entsprechenden Völker selbst verantwortlich.

Wir dagegen tragen die Verantwortung dafür, daß die kommunistische Bewegung geschlossen gegen den Imperialismus und seine ahumane Politik, die zur Vernichtung der Menschheit führt, auftritt und sich für politische Entspannung, Abrüstung und einen stabilen Frieden einsetzt.

Ich halte eine offene und heftige Polemik zwischen den kommunistischen Parteien für unklug, weil sie die potentielle Stärke dieser Bewegung im Kampf gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr schwächt, jene Kräfte dagegen, die gegen Entspannung und Abrüstung, die einzige gesunde Alternative, sind, stimuliert.

Taisto Sinisalo, stellvertretender Vorsitzender der KP Finnlands, erklärte in der Zeitung „Tiedonantaja“:

Zu den wichtigen Fragen des ideologischen Kampfes gehört die über den Einfluß der sozialistischen Ideen an sich und daneben die Frage über die Verfassung des realen Sozialismus und seinen Einfluß auf das Bewußtsein der Menschen.

Unsere Gegner sind sehr rührig. Für Kampagnen gegen den Sozialismus werden unbeschränkte Mittel zur Verfügung gestellt. Das ist logisch: Je größer die Schwierigkeiten des Kapitalismus, je aussichtsloser die Entwicklung der kapitalistischen Welt, um

so mehr muß die Bourgeoisie die Gesetzmäßigkeit des Sozialismus und seine Erfolge abstreiten.

Freilich hat der Sozialismus seine Schwierigkeiten. Ein konkretes Beispiel ist Polen. Aber der Sozialismus hat auch seine großen historischen Errungenschaften und gegenwärtig bedeutende Erfolge in Wirtschaft und Politik. Diese positiven Momente sind in Wirklichkeit gewichtiger als anfallende Probleme.

Leider erhöhen sich unsere Schwierigkeiten auf diesem Abschnitt der ideologischen Arbeit durch die Prinzipienlosigkeit und Fehler in der Position einiger Bruderparteien. Besonders problematisch ist in dieser Hinsicht die Linie, die die IKP offen gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder verfolgt. Das ist nicht der Weg der KP Finnlands. Wir lassen uns nicht in eine gegen den Sozialismus gerichtete Front einbeziehen.

Die Erfahrungen unseres Landes und unserer Partei lehren uns etwas ganz anderes. Heute verlangen sie von uns eine intensivere Propaganda der Errungenschaften der UdSSR. Sie verlangen von uns eine bewußte Festigung der Zusammenarbeit mit den Bruderparteien in den sozialistischen Ländern, vor allem mit der KPdSU. In diesem Jahr verlangen sie von uns eine breitangelegte Tätigkeit anlässlich des 60jährigen Jubiläums der Bildung der UdSSR als das wichtigste Ereignis. Und natürlich verlangen sie von uns, jeden Antisowjetismus in unseren Reihen auszumerzen.

Die Vorbereitung einer programmatischen Konferenz der Partei, die verstärkte ideologische Propaganda in den Massen, die Entfaltung der Studien, besonders des Studiums der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, sind unsere wichtigsten Aufgaben bei der Ausarbeitung der Mittel und Wege zu einem neuen Aufschwung in der Partei.

Glocondo Dias, Generalsekretär des ZK der Brasilianischen KP, betonte in einem Interview für die Zeitung „Estado de São Paulo“ die Notwendigkeit

und Gesetzmäßigkeit der Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die Kräfte, die in Polen antisozialistische Aktivitäten aufzogen.

General Jaruzelski kam nicht etwa durch einen Militärputsch an die Macht. Alles, was in Polen in den letzten Wochen getan wurde, ergibt sich aus seiner Verfassung. Die außer Rand und Band geratenen antisozialistischen „Solidarność“-Elemente wollten die Gewerkschaften zu einer Handhabe der politischen Opposition herabwürdigen. Sie schürten antikomunistische Stimmungen und spekulierten auf nationalistisches Empfinden.

Lange konnte das nicht so weitergehen, und die polnische Führung traf Maßnahmen, um Ordnung im eigenen Haus zu schaffen. Natürlich gab es Schwierigkeiten und Elemente der Krise in Polen, betonte G. Dias. Ich gehöre nicht zu denen, die die ganze Schuld auf die Umtriebe des Imperialismus abwälzen. Es gab sehr wohl Fehler politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art.

Hinsichtlich der USA-Reaktion auf die Maßnahmen der polnischen Regierung unterstrich G. Dias das völlige Scheitern der USA-Politik der Sanktionen gegenüber Polen und der UdSSR. Europa hat diese Politik nicht unterstützt. Die europäischen Völker wollen keine Kriege, sie haben genug darunter gelitten. Deshalb macht der Imperialismus so viel Propagandalärm um Polen, was die polnische Frage nur noch kompliziert. Aber die UdSSR kann aus Sicherheitsgründen nicht gleichgültig den Ereignissen zusehen, hat sie doch eine gemeinsame Grenze mit der VR Polen, die im Zentrum des sozialistischen Systems liegt. Nicht vergessen werden darf auch, daß 640 000 sowjetische Soldaten ihr Leben gaben, um Polen von den Hitlerhorden zu befreien.

Die polnischen Kommunisten, sagte G. Dias weiter, treffen energische Maßnahmen zur Überwindung der heutigen Schwierigkeiten des Landes. Sie wirken auf die Wiederherstellung der wich-

tigsten Werte des Sozialismus, auf die Einhaltung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die Durchführung tiefgreifender Wirtschaftsreformen, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die Festigung der Gesetzmäßigkeit und der öffentlichen Ordnung hin.

Von den Fortschrittskräften der ganzen Welt, in erster Linie der sozialistischen Länder, unterstützt, arbeiten die polnischen Kommunisten unermüdlich daran, die ihnen erwachsenen Schwierigkeiten zu überwinden, die Errungenschaften des Sozialismus zu schützen und mit der Konterrevolution Schluß zu machen.

Polen wird aus der jetzigen Krisensituation als ein noch stärkeres sozialistisches Land hervorgehen, betonte G. Dias.

In einem Artikel des **Generalsekretärs der KP Venezuelas, Jesús Faria**, in der Wochenschrift „Tribuna popular“ heißt es:

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Zerrüttung und Krise in Polen als Folge der politischen Streiks im Laufe von 16 Monaten hat der Imperialismus eine weitere weltweite Propagandakampagne eingeleitet.

Kaltblütig sieht er den Verbrechen der Konterrevolution zu. Seine Hilfe wächst sogar, je größer die Zahl solcher Verbrechen wird. Davon zeugt der Fall der menschenfeindlichen Junta in El Salvador. Ebenso stand es in Chile. So war es immer und überall, so wird es überall sein, wo auch immer eine Volksbewegung siegt. Die Imperialisten wissen ja, daß es um das Problem der Klassen geht.

Die gesellschaftlichen Klassen, von denen die Werktätigen unterdrückt werden, geizen nicht mit Beifall, wenn die IKP der KPdSU die Verantwortung für die Ereignisse in Polen in die Schuhe schiebt.

Aber der proletarische Internationalismus verpflichtet uns zur Solidarität mit den kommunistischen Bruderparteien in guten und erst recht in schlechten Zeiten. Die Kommunisten können ihren Genossen nicht in einem Augen-

USA—MAROKKO

NISTENDE „FALKEN“

Der Marokko-Besuch des US-Staatssekretärs Alexander Haig am 11. und 12. Februar fesselte die Aufmerksamkeit politischer Kommentatoren. Formell besprach Haig mit Marokkos Führern Probleme, die mit der künftigen Reise Königs Hassan des II. nach den USA in Zusammenhang stehen. Praktisch ging es jedoch um eine neue wichtige Etappe bei der Erweiterung der militärisch-strategischen Zusammenarbeit zwischen Marokko und Washington. Auf der Pressekonferenz in Marrakesh sagte Haig denn auch ohne Um-

schweife, daß seine Gespräche „in der Hauptsache strategische Probleme betrafen“ und daß die Seiten sich auf die Zweckmäßigkeit geeinigt haben, eine „gemischte militärische Kommission“ zu bilden. Er gestand auch, daß die Amerikaner in außerordentlichen Verhältnissen die Möglichkeit haben wollen, „amerikanische Truppen zu Vorzugsbedingungen durch Marokkos Territorium zu befördern“. Die „New York Times“ schreibt, daß die marokkanischen Führer auf Haigs Bitte, den USA die Benutzung von wenigstens zwei

Stützpunkten in Marokko zu erlauben, günstig reagierten.

Haig war nicht der erste Falke, der in Marokko nach „Transitnestern“ Ausschau hielt. Im Januar kam US-Verteidigungsminister Weinberger nach Rabat, und noch früher waren dort der Assistent des US-Verteidigungsministers für Fragen der internationalen Sicherheit, Francis West, der stellvertretende CIA-Direktor, Vizeadmiral Robert Inman u. a. Spitzenpolitiker. All diese Besuche führten zur Prägung der Grundlagen der US-marokkanischen Allianz, deren gefährliche Umrisse sich nun immer bestimmter abzeichnen.

blick Solidarität und Unterstützung verweigern, wenn jene sie mehr denn je brauchen. Noch unbegreiflicher wäre eine so oder anders gestaltete Teilnahme an der massierten Aggression der Bourgeoisie der Welt gegen das polnische Volk nur deshalb, weil dieses Maßnahmen zur Abwendung des Bürgerkrieges ergriff.

Wir Kommunisten dürfen nicht mit dem Klassenfeind deshalb paktieren, weil die polnischen Genossen die Pläne der Wiederherstellung der alten Gesellschaft durchkreuzt haben. Gewisse Leute würden vielleicht sagen, nicht alle bei „Solidarność“ hätten sich auf solche Pläne orientiert. Möglich, aber, die Pläne der imperialistischen Agenten — und sie deichselten schließlich die ganze Sache — gingen in diese Richtung. Wenn die Verantwortung für die Ereignisse in Polen der UdSSR zugeschrieben wird, ist das Wasser auf die Mühle der Bourgeoisie.

Die kolossalen Erfolge der Sowjetmacht im sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Bereich sind nicht abzustreiten, genauso wie die Erfahrungen der UdSSR. Eine solche Negation hätte schlimme Folgen für die kommunistische Bewegung. Verständlich daher, daß im kapitalistischen Lager gejubelt wird, wenn es zu einem „Bruch“ zwischen der einen oder anderen kommunistischen Partei und der KPdSU kommt. Jede revolutionäre Erfahrung ist gemeinsames Gut der Proletarier jedes Landes.

Manuel Mora Valverde, Generalsekretär des ZK der Partei der Volksavantgarde von Kostarika, erklärte einem TASS-Korrespondenten gegenüber:

Die IKP handelt nicht wie eine marxistisch-leninistische, sondern wie eine reformistische Partei. Sie versteht nicht — oder tut so, als verstünde sie nicht —, daß die Entwicklung in Polen nicht getrennt von den Vorbereitungen des USA-Imperialismus zum dritten Weltkrieg betrachtet werden darf.

Wäre die Lage in Europa normal, so könnte die politische Krise in Polen als eine Krise betrachtet werden, die eben

hur Polen angeht. Aber da die Lage in Europa wegen der Kriegsvorbereitungen nicht als normal angesprochen werden kann, geht die polnische Krise nicht nur Polen selbst, sondern auch das gesamte sozialistische Lager an.

Die Stationierung auf die UdSSR gerichteter Raketen mit Kernladungen auf dem BRD-Territorium, die Verstärkung der Streitkräfte der NATO-Länder, der Beginn der Produktion der Neutronenbombe und die Vorbereitung auf ihre Stationierung in Europa, die Anlegung neuer Militärstützpunkte und ultramoderner Militärflugplätze, der Verzicht auf die Verhandlungen über eine Reduzierung der Rüstungen, die Annäherung an China zwecks gemeinsamer Ausfälle gegen die UdSSR, die Erreichung der Kontrolle über Polen zu dem eindeutigen Zweck, es vom Warschauer Vertrag loszutrennen und später in ein Aufmarschgebiet mitten im sozialistischen Lager zu verwandeln: So sieht in groben Zügen der imperialistische Plan aus.

Niemand kann heute bezweifeln, daß in Polen die Wiedererrichtung des demokratischen Regimes und die Wiedereinführung der gewerkschaftlichen Rechte nicht in Frage gestellt wird. Es geht darum, ob die polnischen Kommunisten abwarten und den Imperialismus gewähren lassen sollten und dürfen.

Oscar Arevalo, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Argentiniens, kritisiert in der argentinischen Jugendzeitschrift „*Aquí y Ahora*“ scharf die aggressive Politik des USA-Imperialismus, der die Menschheit der Gefahr eines atomaren Holocausts aussetzt. Während sich die antisowjetische und antisozialistische Propaganda in der bürgerlichen Presse intensiviert, erlauben sich einige italienische Kommunisten Ausfälle gegen die UdSSR, allerdings von der Position eines „dritten Weges“ aus.

Wir verurteilen den Standpunkt einiger führender Funktionäre der IKP und der KPS, die sich Eurokommunisten nennen, als wollten sie betonen, daß sie einen anderen Standpunkt als die Kom-

munisten haben. Dieser politische Wirrwarr ist vor langer Zeit entstanden und hat tiefe Wurzeln.

Die Position des „dritten Weges“, die in Opposition zu „den einen wie auch den anderen“ steht, ist nur für die Aggressoren, den Imperialismus und die Konterrevolution von Vorteil. Von dieser Position ausgehend wird eine prinzipienlose Kritik am Sozialismus, an den Erfahrungen eines mehr als 60jährigen Aufbaus und Kampfes, vor allem in der UdSSR, geübt. Man scheut auch nicht die gemeinste Verleumdung, die man der bürgerlichen Propaganda abgeguckt hat. Man bewundert das eigene „Modell“ und versucht, anderen Bewunderung dafür abzurufen. Kein Wunder, daß die Troztkisten und Maoisten solche Äußerungen begrüßen.

Wer in der Tat die Interessen der Werktätigen und des eigenen Volkes vertreten will, kann sich auf diese Weise nicht irren, muß vielmehr einen solchen Wirrwarr verhindern. Wir lehnen derlei Lügen ab. Wir werden auch weiter unter dem Banner des Marxismus-Leninismus für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt und Sozialismus kämpfen.

Auch das Organ des ZK der KP Chinas, die Zeitung „*Renmin ribao*“, steuerte ihr Scherflein zur Polemik bei. Bereitwillig überließ sie der „Unità“ ihre Spalten und präparierte ihre Materialien auf eine Weise, die die UdSSR und ihre Außenpolitik in äußerst negativem Licht darstellen.

Am 20. Februar veröffentlichte die „*Renmin ribao*“ einen Artikel mit einer ganzen Reihe von ähnlichen Thesen, wie sie in den Dokumenten der IKP, in Äußerungen von deren Führern und in der „Unità“ enthalten sind. Warum diese Ähnlichkeit, das ist eine Frage für sich. Aber die Tatsache solcher Übereinstimmungen mit den Standpunkten der „*Renmin ribao*“, die sich offen zu den imperialistischen Kräften schlägt, um gegen die UdSSR und die Entspannung aufzutreten, müßte den italienischen Kommunisten zu denken geben.

Die US-Strategen wollen offensichtlich die günstige geographische Lage Marokkos an der Atlantik- und der Mittelmeerküste dazu nutzen, ihre Stellungen in Nordwestafrika auszubauen.

Die militärisch-strategische Zusammenarbeit mit der Reagan-Administration, die überall den Kurs der Aggression und Konfrontation steuert, kann Marokko auch gegen den Willen seiner Führer in eine gefährliche Situation versetzen. Die Umwandlung dieses Landes in einen Umschlagplatz für die Eingreiftruppe entspricht nicht den Anforderungen des Friedens und der Sicherheit des Maghreb sowie den nationalen

Interessen Marokkos.

Die Festigung der militärischen Bindungen Rabats und Washingtons muß natürlich die friedliche Öffentlichkeit und alle arabischen Patrioten inner- und außerhalb Marokkos aufmerken lassen: besonders jetzt, da die Reagan-Administration immer unverhohlener die expansionistische Politik und die aggressiven Aktionen Israels unterstützt. Die arabischen Patrioten müssen natürlich einsehen, daß die nun zustandekommende militärisch-politische Allianz Marokko—USA vor dem Hintergrund des US-israelischen Abkommens über „strategische Zusammenarbeit“ direkt gegen den Kampf

der arabischen Völker gerichtet ist und den Status Marokkos als nicht-paktgebundenes Land in Frage stellt. Da man das auch in Rabat versteht, sucht man die militärisch-strategischen Aspekte der Bindungen zu Washington mit dem Gerede über „Transitvergünstigungen“ zu tarnen.

Es finden sich in Rabat auch Leute, die Marokkos Annäherung an Washington mit der „sowjetischen Bedrohung“ erklären, worüber man in Übersee sehr zufrieden ist. Nur trübt dies die traditionell freundschaftlichen sowjetisch-marokkanischen Beziehungen, die die Führer Marokkos wiederholt befürworteten.

K. ANDREJEW

DAS SÜD-SÜD-TREFFEN

Von unserem Sonderberichterstatte
Leonid SHEGALOW

Die Vertreter von 44 Entwicklungsländern hielten vom 22. bis 24. Februar in Neu-Delhi eine Konferenz ab, offiziell bezeichnet als Konsultationen. Sie erörterten zwei Fragen: erstens die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern; ebendeshalb wurde die Konferenz in der indischen Hauptstadt inoffiziell Süd-Süd-Dialog genannt. Zweitens wurden Fragen der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten erörtert. Die Konferenz wurde im Rahmen der Tätigkeit der „Gruppe der 77“ einberufen, die gegenwärtig bereits über 100 Entwicklungsländer und nichtpaktgebundene Staaten vereint.

Nach dem Gipfeltreffen von Vertretern einer Reihe von Entwicklungsländern und westlicher Staaten in Cancún (Mexiko) im Oktober 1981 torpedierten die letzteren eine Beschleunigung der globalen Verhandlungen für eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf direkter, demokratischer Grundlage. Überdies vollzogen die USA und einige ihrer Verbündeten eine jähe Wendung in Richtung auf eine Verstärkung der Ungleichheit in den Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten. Die Reagan-Administration machte ihre Zustimmung, weiter in den internationalen Finanzinstitutionen mitzuwirken, von deren Diensten viele Entwicklungsländer Gebrauch machen, von Vorbedingungen abhängig, die es, wie sich die indische Zeitung „Hindustan Times“ ausdrückte, der US-Regierung als Hauptgeber dieser Banken und Fonds ermöglichen würden, den „Empfängern Ländern deren Sozial- und Wirtschaftspolitik zu diktieren“.

All das widerspiegelt den Gesamtkurs der kapitalistischen Staaten, die ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Kosten der Länder der dritten Welt verringern wollen. Einige Entwicklungsländer versuchten, die Ausfuhr von Lebensmitteln und Industriewaren auszuweiten, doch stießen sie dabei auf protektionistische Zollbarrieren oder andere Hindernisse... Infolgedessen stagniert der Export der Entwicklungsländer, während die Weltmarktpreise für deren traditionelle Ausfuhrwaren sinken.

Die Rückständigkeit der Entwicklungsländer wird also konserviert und die Armut von drei Vierteln der Weltbevölkerung verschlimmert. Ei-

ne halbe Milliarde Menschen aber hungern, und eine Milliarde hat nicht genug zu essen! Unterdes ziehen ca. 600 Multis alljährlich bis zu 100 Md. Dollar, d. h. mehr als die gesamte staatliche „Hilfe“ des Westens und die privaten Kapitalinvestitionen zusammengefasst, aus den jungen Nationalstaaten ab. Nehmen sich vor diesem Hintergrund die Behauptungen der westlichen Propaganda vom „missionarischen“ Wirken der Multis in der dritten Welt nicht geradezu zynisch aus?

In letzter Zeit versteht man in vielen Entwicklungsländern besser, daß deren engere Zusammenarbeit und Einheit entscheidend zur Überwindung der Rückständigkeit beitragen kann. Die Konzeption der kollektiven Selbsthilfe wird zu einer hochwichtigen Komponente der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Bei der Eröffnung der Konferenz, die im Neu-Delhi Palast der Wissenschaft „Vigyan Bhavan“ tagte, betonte deren Initiatorin, Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi, besonders die überaus große Bedeutung gemeinsamer Bemühungen

der Entwicklungsländer um eine neue internationale Wirtschaftsordnung, die auf den Prinzipien der Gleichheit und der Gerechtigkeit basiert. Die Vertiefung dieser Zusammenarbeit, sagte sie, ist jetzt besonders notwendig, da sich die Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft verstärkt haben und die führenden kapitalistischen Staaten verschiedene Maßnahmen ergreifen, die gerade Entwicklungsländer am stärksten treffen. Indira Gandhi schlug vor, die Beziehungen zwischen den meisten Staaten der dritten Welt und jenen Entwicklungsländern zu regeln, die dank objektiver Bedingungen, insbesondere großer Einnahmen aus dem Ölexport, einen bedeutenderen Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der jungen Staaten leisten könnten.

In der Diskussion wurde besorgt konstatiert, daß der Nord-Süd-Dialog nach dem Treffen von Cancún festgefahren ist. Die Hauptursachen für die jetzigen Schwierigkeiten vieler junger Staaten liegen, wie deren Vertreter aufzeigten, in der diskriminierenden Außenwirtschaftspolitik der USA und ihrer Verbündeten.

In den Wandelgängen wurde betont, daß Washington alles tat, um auch die Konsultationen von Neu-Delhi zu vereiteln. Hierbei verwies man insbesondere auf die Nichtteil-

KEIN ROBIN HOOD

Im Januar d. J. sprach in Tokio der Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), A. Clausen, und erklärte, die Einrichtung sei kein Robin Hood im internationalen Finanzwesen. Sie beschäftigte sich nicht mit der Umverteilung der Reichtümer von einer Staatengruppe zur anderen. Mit der ersten Gruppe muß Clausen die kapitalistischen Industriestaaten, vor allem die USA, und bei der anderen Gruppe die Entwicklungsländer gemeint haben.

Es ist natürlich eine Zumutung, die IBRD mit dem legendären Helden des englischen Mittelalters, dessen Name zum Symbol der Uneigennützigkeit und Selbstaufopferung für die Unterdrückten wurde, gleichzusetzen.

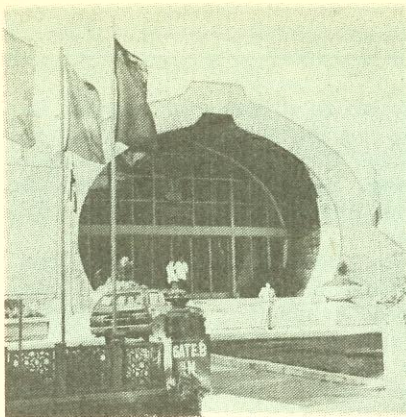
Der besondere Akzent, der darauf gelegt wurde, die Bank habe keinen Wohltätigkeitscharakter, galt Indien, als Clausen seine Erklärung auf dem Weg nach Delhi zu den Verhandlungen mit der Regierung I. Gandhi abgab.

Als Verhandlungston wurde keineswegs Dur angeschlagen. Der IBRD-Präsident informierte Neu-Delhi über die strengeren Kreditbedingungen für

die Entwicklungsländer, u. a. für Indien. Indien soll von der Internationalen Entwicklungsassoziation (IDA), ein unter den günstigeren Bedingungen Kredite gewährendes IBRD-Organ, anstatt der versprochenen 1,6 Md. Dollar lediglich ca. 0,8 Md. Dollar erhalten. So Clausen. Das dadurch entstehende Defizit darf „großzügig“ bei den anderen IBRD-Ämtern ausgeglichen werden. Die Gänsefüßchen drängen sich deswegen auf, weil diese Anleihen im Gegensatz zu denen der IDA nur unter harten kommerziellen Bedingungen bis 13% Jahreszinsen ohne Stundungsrecht bei Rückzahlung gewährt werden.

Die günstigeren Anleihen hatte die indische Regierung für einige Infrastruktur- und Landwirtschaftsprogramme vorgesehen. Nun müssen viele Projekte und Programme eingefroren und bei den übriggebliebenen die Realisierungsfristen der Investitionen verlängert werden, schreibt die Zeitung „Amrita Bazar Patrika“ (Kalkutta).

Es wird hier festgestellt, daß sich das
„NEUE ZEIT“ 10-82



Der „Vigyan Bhavan“ — Wissenschaftspalast in Neu-Delhi

Foto: I. Kowaljow

nahme Saudi-Arabiens. Bestimmt ja Er-Riad in vielem die Politik der Gruppe erdölexportierender Entwicklungsländer, die in der OPEC zusammengeschlossen sind. Unterdes ist bekannt, daß allein 1980 mehr als 100 Md. Dollar aus dem Gewinn einiger Länder dieser Gruppe in die Wirtschaft der USA und Westeuropas investiert wurden. Ein Teil dieser Gelder könnte nach Meinung der Delegierten einen Entwicklungsfonds im Interesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der jungen Staaten

bilden. Doch die Frage der Schaffung eines solchen Fonds, die schon seit langem von den Entwicklungsländern diskutiert wird, konnte auch in Neu-Delhi nicht gelöst werden.

Die Delegierten verschiedener Länder äußerten ernste Besorgnis über die Versuche der USA, eine weitere Runde des Wettrüstens einzuleiten, auch die Entwicklungsländer in den Rüstungswettlauf zu ziehen und die Hilfe für deren sozialökonomische Entwicklung durch Waffenlieferungen zu ersetzen.

In den Reden einiger Konferenzteilnehmer sah man, wie bekannt wurde, den Versuch, in den Gesamtbegriff des „reichen Nordens“ auch die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Osteuropas einzubeziehen. Die Vertreter der SRV, Kubas und einiger anderer Länder des Südens erteilten solchen Versuchen die gebührende Abfuhr. Geht es ja nicht nur darum, daß soziale Begriffe durch Himmelsrichtungen ersetzt werden. Mit dieser Konzeption sollen alle Industrieländer — die sozialistischen wie die kapitalistischen —, unabhängig von den grundlegenden Unterschieden in ihrer Haltung gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung als auch im Charakter ihrer Beziehungen zu den jungen Staaten, über einen Kamm geschoren werden.

Das Treffen von Neu-Delhi war konsultativ. Offizielle Resolutionen

wurden nicht angenommen. Die Ergebnisse der Diskussion faßte der Konferenzvorsitzende, der indische Delegationsleiter G. Parthasarathy, in einem Schlußwort, der „Charta von Neu-Delhi“, zusammen.

In ihr ist von der Entschlossenheit der Entwicklungsländer die Rede, dem derzeitigen ungerechten System der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, einem Erbe aus der Zeit der kolonialen Ausbeutung, ein Ende zu setzen. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit Indiens Vorschlag für die Einsetzung einer Experten-Koordinierungsgruppe zur Selbstversorgung der Entwicklungsländer mit Agrarprodukten zu prüfen. Auch der indische Vorschlag zur Schaffung eines multilateralen Finanzgremiums der jungen Staaten aus freiwilligen Beiträgen zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde gebilligt.

Die Entwicklungsländer werden gemeinsam auf allen internationalen Foren die westlichen Länder zu veranlassen suchen, nicht immer neue Handelsschranken zu errichten. Sie werden politische Anstrengungen unternehmen, um die Versuche der kapitalistischen Länder zu vereiteln, die internationalen Finanzrichtungen dafür zu mißbrauchen, diskriminierende Tendenzen bei der Entwicklungshilfe zu verankern.

politische Credo der IBRD unter dem Druck der USA gewandelt hat, weil diese darin die erste Geige spielen. Im Rahmen der „Reaganomie“ verringerte Washington seinen IDA-Beitrag und erklärte, die Kreditaufnehmer sollen ihre Kontakte mit der IBRD auf der üblichen kommerziellen Plattform gestalten. Der „Indian Express“ meinte sarkastisch dazu, die US-Administration habe keine Mittel für die Entwicklungsländer, finde aber im Handumdrehen 3 Md. Dollar für ein Umrüstungsprogramm Pakistans. Als Korrespondenten I. Gandhi fragten, ob sie im IBRD-Beschluß nicht eine ökonomische Offensive der USA auf Indien sehe, antwortete die Ministerpräsidentin: „Urteilen Sie selbst...“

Und die indische Presse hat ein eindeutiges Verdikt ausgesprochen. Die IBRD und ihre Drahtzieher sind nie der Wohltätigkeit nachgegangen. Die „Amrita Bazar Patrika“ schreibt, „solche Staaten wie die USA verdienen ihre Prozente an dem Geld, das sie der Bank zur Verfügung stellen“. Außerdem werden die Kredite von den Entwicklungs-

ländern für Importe an Industriewaren und Ausrüstungen aus den entwickelten kapitalistischen Staaten eingesetzt, „woraus der Westen wiederum einen nicht geringen Nutzen zieht“.

Die neue Prioritätensetzung auf die „harten“ Kredite durch die IBRD hat auch ein tiefgehendes politisches Ziel. Eine der IBRD-Einrichtungen, an die nun die Entwicklungsländer gebunden werden sollen, ist die Internationale Finanzkorporation. Wie die Delhieser Wochenzeitschrift „Link“ behauptet, soll dieses Organ ein Vermittler zwischen dem Privatsektor der Entwicklungsländer und den multinationalen Unternehmen des Westens, d. h. ein Instrument des Neokolonialismus, sein. Es soll die Orientierung und Entwicklung der jungen Nationalstaaten beeinflussen und die Ausbeutung durch den Westen verewigen.

So sehen wir, daß die IBRD gar nicht daran denkt, die Vermögensrechte der

„Armen“ und „Reichen“ in der Art und Weise von Robin Hood unparteiisch zu handhaben; sie will die bestehende ökonomische Diskriminierung festigen. Der angesehene Wissenschaftler aus Kalkutta, B. Chattopadhyay, der im Februar zu einem Wirtschaftsseminar nach Delhi kam, sagte im Gespräch mit mir, die USA-hörige IBRD gehe von den Zielen der „ausländischen Hilfe“ aus: von der ideologischen und ökonomischen Versklavung der Kreditaufnehmer, um deren Übergang zu einer radikaleren Innen- und Außenpolitik zu verhindern.

Die IBRD soll also nur die Rolle eines Ventils spielen. Darüber soll ein sich anstauender Druck, der in den Entwicklungsländern als Ergebnis der ungleichberechtigten handelsökonomischen Beziehungen mit den imperialistischen Staaten entsteht, abgelassen werden.

Eigenbericht

Neu-Delhi

EINE GEFÄHRLICHE UND UNSICHERE PLATTFORM

Viktor WASSILJEV

Vor 10 Jahren unterzeichneten USA-Präsident Richard Nixon und Chinas Ministerpräsident Zhou Enlai in Shanghai ein Kommuniqué, das ihre Sicht auf die gegenseitigen Beziehungen und mehrere internationale Probleme darlegte.

Die Weltöffentlichkeit nahm dieses Kommuniqué hoffnungsvoll und zugleich mit Befürchtungen auf. Die Hoffnungen bezogen sich darauf, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten, die sich lange Jahre im Zustand scharfer Konfrontation befanden, sich positiv auf die Verbesserung des internationalen Klimas auswirken könne. Die Befürchtungen entsprangen aus dem Wesen der aggressiven USA-Politik selbst, die damals den verbrecherischen Krieg in Vietnam fortsetzten, sowie aus dem abenteuerlichen Kurs Maos, der einen neuen Weltkrieg nicht nur als unvermeidlich, sondern auch als wünschenswert bezeichnet hatte. Wie die vergangenen Jahre zeigten, wurden die Hoffnungen betrogen, während die Befürchtungen prompt eintrafen. Die amerikanisch-chinesische Annäherung wurde zu einem Faktor der Destabilisierung der Weltlage, der Verschärfung der internationalen Spannungen und der Erhöhung der Kriegsgefahr.

Mit der Normalisierung der Beziehungen verband jede Seite ihre eigenen Ziele. Washington wollte vor allem die sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten, die Feindseligkeit der Peking-Führung gegenüber der Sowjetunion ausnutzen und die „chinesische Karte“ ausspielen. Henry Kissinger, damals Sicherheitsberater des Präsidenten, meinte in einem Memorandum für Richard Nixon, daß die USA mit ihrer China-Politik die Sowjetunion gefügiger machen sollten. In diesem Sinne sprach er von einem „großen Gewinn“, den man durch die Initiative gegenüber Peking einstreichen könne.

Peking rechnete seinerseits damit, die Vereinigten Staaten zur Verschlechterung der Beziehungen mit der Sowjetunion veranlassen zu können, um selbst, dem mythischen weisen Affen gleich, auf dem Berge sitzend den Kampf der Tiger zu beobachten. Nicht geringe Hoffnungen setzte es auf die Erlangung von

Ausrüstungen, Technologien, Krediten und Waffen aus den USA. Um diese Ziele zu erreichen, war Mao sogar bereit, die Befreiung Taiwans aufzuschieben. In einem Gespräch mit Nixon, das hinter den roten Mauern des Kaiserpalasts stattfand, erklärte er, mit der Rückkehr Taiwans könne man „sogar 100 Jahre“ warten. „Warum sollen wir uns beeilen?“, fragte Mao rhetorisch. „Diese Frage ist unwichtig. Wichtig ist die Frage der internationalen Situation.“

Das Shanghaier Kommuniqué verbarg jedoch diesen Hintergrund der amerikanisch-chinesischen Annäherung. Die grundlegenden, in geheimen Verhandlungen erzielten Vereinbarungen blieben geheim. Das Kommuniqué stellte nur einige Positionen dar, zu denen beide Seiten gleicher Meinung waren. Insbesondere hieß es, die USA und die VR China würden ihre Beziehungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten, wogegen früher Mao scharf auftrat und die sowjetische Außenpolitik angriff. Nixon verkündete die Bereitschaft, die Beziehungen in Handel, Technik und Wissenschaft zu entwickeln, was den Wünschen Peking entsprach. Als Antwort darauf bekräftigte Zhou Enlai die Fortsetzung des Kampfes gegen den „Hegemonismus“, womit der antisowjetische Kurs der maoistischen Führung gemeint war.

Einen wichtigen Platz nahm im Kommuniqué die Taiwan-Frage ein, trotz der Versicherungen Maos über weitere 100 Jahre Geduld, was er öffentlich zu sagen nicht wagte. Die chinesische Seite verkündete, die Taiwan-Frage sei „das wichtigste Problem, das der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten entgegensteht“. Peking widerspreche entschieden jeder Tätigkeit, die sich die Schaffung „eines Chinas und eines Taiwans“ oder von „zwei Chinas“ zum Ziel setze. Taiwan sei Provinz der VR China und seine Befreiung eine innere Angelegenheit Chinas. Die amerikanische Seite erklärte in diesem Zusammenhang, sie „bezweifle nicht“, daß es nur ein China gebe und daß Taiwan Teil Chinas sei.

Nach diesen Erklärungen zu urteilen, beeilten sich beide Seiten, sich zu mehreren internationalen Pro-

blemen zu einigen und in erster Linie eine Blockbildung auf antisowjetischer Grundlage zu erreichen. Man nahm an, das Taiwan-Problem in aller Ruhe in Zukunft lösen zu können.

Zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit, die die amerikanisch-chinesische Annäherung besorgt verfolgte, wurde in das Kommuniqué die These hineingeschrieben, die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China fördere „die Entspannung in Asien und in der ganzen Welt“.

Wie das Leben zeigte, war diese Behauptung nichts weiter als ein gewöhnlicher Propagandatrick. Die amerikanisch-chinesische Allianz barg von Beginn an eine Gefahr für den Frieden in sich. Die sogenannten strategischen Interessen, mit denen die Blockbildung auf antisowjetischer Plattform gemeint war, entpuppten sich als Aktionen, die auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, auf die Torpedierung der Entspannung und die Rückkehr der internationalen Gemeinschaft in die Schützengräben des kalten Krieges zielen.

Washington und Peking unterstützten das blutige Regime in Chile. Sie unterstützten die reaktionären Gruppierungen in Angola, die die legitime Regierung der jungen Republik zu stürzen versuchten. Wohlwollend verhielten sich die USA und China zur Aggression Somalias gegen Äthiopien. In der UNO traten sie gemeinsam gegen alle sowjetischen Initiativen auf, die eine Vereinbarung über den Verzicht auf Gewaltanwendung und -androhung zwischen den Staaten, das Verbot aller Kernwaffentests, die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung anstrebten.

Mit dem Segen Washingtons organisierte die chinesische Führung eine Aggression gegen das sozialistische Vietnam. In einem vor kurzem in der Zeitung „Nhan Dhan“ veröffentlichten Artikel schreibt das Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Vorsitzende des Staatsrats der SRV, Truong Chinh: „Der Krieg Chinas gegen Vietnam erlaubte, die Wahrheit zu finden: Er beleuchtete hell den von der chinesischen Führung gesteuerten Kurs auf Antikommunismus und Blockbildung mit dem Imperialismus, das Bestreben, das ‚Vertrauen‘ der Vereinigten Staaten und anderer imperialistischer, kriegstreiberischer Kräfte zu erringen und sich der Hilfe der Vereinigten Staaten und anderer imperialistischer Mächte zu versichern, um das Programm der ‚vier Moder-

nisierungen' zu beschleunigen und den Traum von der schnellen Verwandlung Chinas in eine Supermacht und 'Zentrum der Welt' zu realisieren. Das ist im Grunde der Traum von der Weltherrschaft. Die chinesische Führung tritt freiwillig in der Rolle der Stoßkraft der USA in Asien bei der Realisierung der Strategie des amerikanischen Imperialismus auf, die auf den Kampf gegen die revolutionären Bewegungen in aller Welt gerichtet ist und im Grunde China in den 'östlichen NATO-Block' — so nennt die chinesische Führung nicht selten ohne Gewissensbisse ihr Land — verwandelte."

Auf die gestiegene Gefahr des amerikanisch-chinesischen Komplots für das Schicksal der Völker Indochinas und ganz Asiens wurde die Weltöffentlichkeit durch die Konferenz der Außenminister Laos', Kampuchea und Vietnams hingewiesen, die im Februar in Vientiane stattfand. Bekanntlich unternimmt Peking, das die Verantwortung für die Bluttaten der Pol-Pot-Leute trägt, verzweifelte Anstrengungen, um die Reste dieser Banden zu sammeln. Es trainiert sie, rüstet sie aus und schickt sie von Thailand aus nach Kampuchea, um das Khmer-Volk beim Aufbau eines neuen Lebens zu stören.

Auch für die Organisation des nichterklärten Kriegs gegen das unabhängige Afghanistan tragen die Washingtoner Administration und die Pekinger Führung direkte Verantwortung. Sie sabotieren die Annahme der Vorschläge der DRA-Regierung und der Sowjetunion für eine politische Regelung der Lage um Afghanistan, die die Einstellung aller feindseligen Handlungen gegen Regierung und Volk dieses Landes garantieren und es erlauben würde, das begrenzte sowjetische Truppenkontingent von dort abzuziehen.

Der Sinn des gemeinsamen Vorgehens Washingtons und Pekings gegenüber Afghanistan wie auch Kampuchea besteht offenbar darin, die Spannungsherde dort, die die internationale Atmosphäre vergiften und als Deckmantel für eine gesteigerte amerikanisch-chinesische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder Asiens dienen sollen, solange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Die sogenannten parallelen Aktionen der USA und Chinas sind auf das Anfachen des Wettrüstens gerichtet. Während die US-Administration neue land- und seegestützte Raketenysteme produzieren läßt und astronomische Summen für Mi-

litärzwecke ausgibt, forcieren die chinesischen Führer die Modernisierung ihrer Armee und stocken ihr atomares Raketenpotential auf.

Peking unterstützt die Position seines Seniorpartners bei den Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA in Genf über die Atomwaffen mittlerer Reichweite in Europa. Die amerikanische Seite tritt für ihre „Null-Lösung“ ein. Peking erklärt seine Unterstützung dafür und beschwört die Reagan-Administration, auf keinen Fall zurückzuweichen.

Auf den ersten Blick entsteht eine paradoxe Situation. Solange die SALT-Verhandlungen liefen, war Peking unbeirrt dagegen. Es redete Washington ein: Alle amerikanischen Nöte kommen daher, daß frühere Administrationen sich auf die Entspannung und sogar auf den Abschluß einiger Abkommen über die Einschränkung strategischer Rüstungen mit der Sowjetunion einließen. Der von Ronald Reagan gesteuerte harte Kurs erfreute seine chinesischen Partner. „Die Politik des Wettrüstens und der Vorbereitung auf Gewaltanwendung in Krisenfällen“, begeisterte sich die

Zeitschrift „Sixiang Zhanxian“, „löste eine Politik ab, die von Verhandlungen über Rüstungseinschränkungen mit der Sowjetunion abhing.“ Jetzt aber unterstützt Peking plötzlich die Reagansche „Null-Lösung“, die angeblich den Weg zur Lösung des Problems zeige.

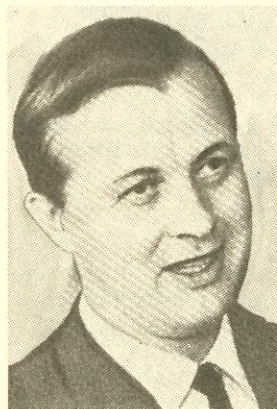
An der chinesischen Position ist aber nichts Paradoxes. Peking war und ist Gegner jeder Vereinbarung, die zur Einstellung des Wettrüstens und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West führt. Es ist sich nur bewußt, daß die amerikanische „Null-Variante“ völlig irreal ist, weil sie voraussetzt, daß die Sowjetunion einseitig ihre Raketen reduziert — und das nicht nur in Europa, sondern auch in den östlichen Teilen der UdSSR, die keinerlei Beziehung zum Problem der Kernwaffen in Europa haben.

Was die von der Sowjetunion vorgeschlagene wirkliche „Null-Lösung“ angeht, laut der aus Europa alle Kernwaffen entfernt werden sollen, mittlerer Reichweite wie taktische, so lehnen Washington und Peking sie unisono ab, ohne irgendwie überzeugend zu argumentieren.

Wie wir sehen, ist der Beitrag zur Entspannung, von dem das Shang-

BIOGRAPHISCHES

MINISTERPRÄSIDENT FINNLANDS KALEVI SORSA



Geboren am 21.12.1930 als Sohn eines Straßenbau-meisters. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Finnlands (SPFi).

Von 1959 bis 1965 UNESCO-Angestellter in Paris. Arbeitete von 1965 bis 1969 als Generalsekretär des finnischen UNESCO-Komitees sowie als Vizechef der internationalen Abteilung des Bildungsministeriums.

1969 wählte ihn ein

SPFi-Kongreß zum Sekretär der Partei. Seit 1975 ist er Parteivorsitzender.

Als Parlamentsabgeordneter seit 1970 war er 1970—1972 und 1976 bis 1977 Vorsitzender des außerpolitischen Ausschusses. 1972 und 1975 gehörte er der Regierung als Vize-Ministerpräsident und als Außenminister an.

Von September 1972 bis Juni 1975 war er Ministerpräsident. Ein zweites Mal leitete er die Regierung von Mai 1977 bis Mai 1979.

Er ist Vizenvorsitzender der Sozialistischen internationalen und Vorsitzender der Konsultativgruppe für Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Mehrmals besuchte er die Sowjetunion: im Dezember 1972 als Ministerpräsident (gemeinsam mit Präsident Kekkonen zur

Feier des 50. Jahrestags der Gründung der UdSSR) und im Dezember 1974 als Sekretär der SPFi (als Mitglied einer vom ZK der KPdSU eingeladenen SPFi-Delegation). Im Januar 1976 stattete er auf Einladung der Sowjetregierung einen offiziellen Besuch als Außenminister ab.

Im April 1978 leitete er die Regierungsdelegation Finnlands zu den Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft und gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Finnland von 1948.

Im Oktober 1979 und im Februar 1982 weilte er in Moskau an der Spitze der SI-Konsultativgruppe für Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle und wurde von Leonid Breschnew empfangen.

haier Kommuniké sprach, verschwunden. Im Gegenteil, Washington und Peking ermuntern einander zu Aktionen, die den Frieden und die Sicherheit der Völker bedrohen.

Gleichzeitig haben die USA und China in mehreren Fragen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Es gelingt ihnen nicht, die Taiwan-Frage gütlich zu lösen. Mehr noch, in letzter Zeit hat sie sich ernsthaft verschärft. Das hängt mit dem Beschluß der Reagan-Administration zusammen, weiterhin Taiwan Waffen und Ersatzteile zu verkaufen und die Montage der „F-5E“-Jäger in taiwanschen Fabriken fortzusetzen.

Es ist anzunehmen, daß Peking einen derart unangenehmen Schritt Washingtons nicht erwartete. Deng Xiaoping nannte den Beschluß Washingtons eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“.

In Übersee nahm man den Zorn Pekings und seine Aufrufe an Washington, in den bilateralen Beziehungen von gemeinsamen „strategischen Interessen“ auszugehen, unterschiedlich auf. Die einen meinten, „das von früheren Administrationen errichtete Fundament der Partnerschaft mit der VR China könne zerbrechen“ und schlugen vor, Taiwan sausen zu lassen. Andere fordern, „den alten Freund nicht allein zu lassen“. Dabei wird auf die „Unvorhersagbarkeit“ des Pekinger Kurses, auf eine Verschärfung der innerpolitischen Instabilität in China im Zusammenhang mit der von Deng angezettelten Massensäuberung des Partei- und Staatsapparats verwiesen. In diesem Zusammenhang empfindet man, den „Taiwan-Hebel“ in den Händen der USA zu belassen. Es wird ebenfalls vorgeschlagen, die Schärfe der öffentlichen Reaktionen Dengs und anderer Pekinger Führer nicht zu beachten: Für jene wäre ein offizielles Einverständnis mit der verstärkten Bewaffnung Taiwans „politischer Selbstmord“. Die „Washington Post“ nannte allein den Gedanken an einen Verzicht auf Taiwan, das nicht umsonst „unversenkbarer Flugzeugträger“ heißt, Irrsinn.

Die seit der Unterzeichnung des Shanghaier Kommunikés vergangenen zehn Jahre erlauben bestimmte Schlüsse. Die Zeit zeigte, daß es eine unsichere Sache ist, Beziehungen auf Versuchen aufzubauen, sie zum Schaden des Partners zu nutzen. Klar ist auch: Die Blockbildung Washingtons und Pekings auf der gegenwärtigen Plattform untergräbt den Frieden und bedroht die Sicherheit der Völker und vor allem in Asien.

Präzedenzfall Grönland

„Machtvoll und wild ist diese Natur, wie eine uralte Saga aus Eis und Stein — doch bisweilen voller weicher und zärtlicher Stimmungen wie Poesie“ — so beschrieb 1888 Fridtjof Nansen, ein 26jähriger norwegischer Wissenschaftler und Kustos des Museums Bergen, Grönland. Der später weltberühmt gewordene Polarforscher hatte bereits damals verstanden, womit die westliche Zivilisation die Urbevölkerung „beglückte“: „Dieses von der Natur mit reichen Gaben bedachte Volk, das glücklich lebte... stand auf einem sehr hohen moralischen Niveau. Doch unsere Zivilisation, unsere Missionen und die von uns eingeführten Wa-



„Grönland raus aus der EG“ — solche Aufkleber und Plakate zirkulierten vor dem Referendum.

ren führten zu einem so traurigen Fall seiner materiellen Lage, seiner Moral und gesellschaftlichen Ordnung, daß das ganze Volk dem Untergang geweiht scheint...“

Bis zum Beginn des 18. Jh. gehörte Grönland zu Norwegen. 1721 begann die Kolonisierung durch Dänemark. 1953 wurde der Kolonialstatus Grönlands aufgehoben, und es wurde eine Provinz des Königreiches Dänemark. Doch den Einwohnern der größten Insel der Erde wurden die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung vorbehalten. Die Regierung Dänemarks verfügte faktisch unkontrolliert über die grönländischen Naturreichtümer.

Die Grönländer, von jeher Fischer und Jäger, verteidigten leidenschaftlich ihre eigene Kultur und Sprache, die Bräuche und ihre Selbständigkeit. 1972, bei dem Referendum in

Dänemark über den EG-Beitritt, votierten die meisten Grönländer dagegen. Doch als Teil Dänemarks mußte Grönland dem „Mutterland“ folgen. (Übrigens beschlossen die Färöer, ein anderes dänisches Territorium mit innerer Autonomie, aus berechtigten Befürchtungen, nicht der Gemeinschaft beizutreten.)

Zu jener Zeit hatte man in Grönland große Lagerstätten wertvoller Rohstoffe — Uran, Kohle, Eisen, Zink, Molybdän u. a. — entdeckt. Nach dem Beitritt zur Gemeinschaft wandte sich Dänemark zusammen mit den anderen Partnern den nationalen Reichtümern Grönlands zu, deren erbarmungslose Ausplünderung begann.

Das Auslandskapital drang immer mehr in Grönland vor, die Wirtschaft wurde immer stärker aus Kopenhagen und Brüssel gegängelt, die Gewinne aber blieben nicht auf der Insel. Nach westlichen Presseangaben waren gegen Ende v. J. ca. 85% aller Industriebetriebe, Handelsorganisationen, Institutionen und Werkstätten Grönlands in den Händen dänischer und ausländischer Konzerne.

Die EG-Mitgliedschaft schadete der Wirtschaft der Insel sehr, u. a. der Fischerei, die 60% der Erwerbstätigen ernährt. Fischereifahrzeuge der EG-Länder begannen mit dem Raubbau an Fischreichtümern in den Gewässern Grönlands.

In den letzten Jahren hat die Inselbevölkerung den Kampf für ihre Lebensinteressen, für das Selbstbestimmungsrecht über die eigenen Naturressourcen, für die Selbständigkeit aufgenommen. Mitte Januar 1979 erhielt Grönland die Selbstverwaltung. Doch Dänemark behielt sich die Kompetenzen in Verteidigung und Außenpolitik vor. Die Förderung der Bodenschätze blieb unter Kontrolle eines dänisch-grönländischen Konsortiums.

Auf der Insel wurden ein Landsting, eine neue Legislative, und die Landsstyre, die Regierung, gewählt. Die regierende Siumut-Partei zeigte sich sogleich unzufrieden über die Regierungsvollmachten und erklärte ihre negative Einstellung zur EG. Der auf der Siumut-Konferenz im Oktober 1980 gefaßte Beschluß für ein Referendum über den EG-Austritt wurde im März 1981 vom grönländischen Parlament gebilligt.

Die Massenorganisation „Anisa“ („Laßt uns heraus“) wurde gebildet,

„FEST-82“ IN BELGRAD

In der jugoslawischen Hauptstadt ging ein weiteres internationales Filmfestival zu Ende: FEST-82. Es ist keine Wettbewerbsveranstaltung und Sieger gibt es nicht. Wie es im Statut des Belgrader Festivals heißt, geht es nur darum, „die Zuschauer mit international preisgekrönten Spielfilmen des Vorjahres bekannt zu machen“.

Was bot man den Kinogängern in diesem Jahr an? Während des Festivals wurden 57 Filme aus 15 Ländern gezeigt, die überwiegende Mehrheit von ihnen kam, wie in früheren Jahren, aus den USA. Im offiziellen Programm standen 20 US-Streifen.

Machen wir uns mit ihnen bekannt.

Die Stars des US-Kinos Henry Fonda, Jane Fonda und Katharine Hepburn stellten das psychologische Werk „On Golden Pond“ vor. Diese humanistische, zur gegenseitigen Verständigung zwischen den Menschen auffordernde Arbeit ruft beim Zuschauer Sympathie hervor. Sie berichtet über eine bewegende, ein langes Leben aufrechterhaltene Liebe zweier Menschen, über ihre auch im hohen Alter nicht ersterbende geistige Nähe und über die komplizierten Beziehungen zwischen den Generationen.

Das Werk des Regisseurs Walter Hill „Southern Comfort“ schildert einen Trupp von US-Nationalgardi-

sten bei militärischen Übungen in den sumpfigen Wäldern Louisianas. Zuerst schießen die frechen und selbstzufriedenen Gardisten aus Langeweile auf die Einheimischen und zerstören deren Hütten. Vom straflosen Ausgang überzeugt, führen sie sich im eigenen Lande wie Mörder auf. Im Dickicht des Dschungels verliert der Trupp die Orientierung und degradiert moralisch. In den abgerissenen, fast um den Verstand gekommenen Menschen sind die überheblichen Gardisten nicht wiederzuerkennen.

Jedoch kann man die meisten der präsentierten US-Filme kaum zu den besten Streifen der Welt zählen. „Violence Street“, „S.O.B.“, „Der Postbote klingelt immer zweimal“ oder „Blow out“ und andere sind in künstlerischer und geistiger Hinsicht niveaulos. Viele von ihnen lassen die akuten Probleme der amerikanischen Wirklichkeit beiseite, zeigen die die Welt bewegenden sozialen und politischen Probleme verzerrt.

Nach Ansicht vieler Kritiker wurde der Film des talentierten ungarischen Regisseurs István Szabó „Mephisto“ zu einem der besten Werke des Festivals. Der Film schildert den zweifellos begabten, aber schwachsinnigen und ruhm-süchtigen Theaterschauspieler Hendrik Höfgen. Er liebt das Theater, aber sein Ziel ist der Ruhm, der Erfolg um jeden Preis. Um jedoch

eine breite Vorbereitung auf das Referendum begann. Die „Anisa“ verurteilte entschieden die antinationale EG-Fischereipolitik. Unterstützt wurde sie dabei von den Gewerkschaften.

Am 23. Februar fand das Referendum statt. 52% der Stimmen wurden gegen die EG abgegeben. DPA dazu: „Grönland sagt Brüssel adieu“. In der Meldung hieß es, daß die Rekordzahl von 74,9 Prozent der Wähler an der Abstimmung teilnahm.

Die Väter des Römischen Vertrages sahen einst keinen Artikel für den Austritt eines Gemeinschaftsmitgliedes vor. Jetzt werden sie sich offenbar damit befassen müssen. Bislang aber wurden die Referendumsergebnisse zur Prüfung und Bestätigung an die Parlamente und Regierungen Grönlands und Dänemarks weitergeleitet. Der dänische Ministerpräsident Anker Jørgensen erklärte, seine Regierung werde einen EG-Austritt Grönlands nicht behindern und dessen Haltung bei den Verhandlungen mit der Gemeinschaft unterstützen.

Die EG hat also zu ihrem 25. Jahrestag ein feines Geschenk erhalten. Die Kommentatoren verweisen darauf, daß Großbritannien dem Beispiel Grönlands folgen könnte. Hat ja die jetzt in der Opposition stehende britische Labour Party wiederholt gesagt, sie sei für einen EG-Austritt. Erklärungen, man wolle sein Verhältnis zur EG revidieren, sind auch in Griechenland zu vernehmen. Der grönländische Präzedenzfall hat die in Europa grassierende Unzufriedenheit mit der EG-Politik deutlich gemacht.

N. GORBUNOW

BIOGRAPHISCHES

AUSSENMINISTER FINNLANDS PER STENBÄCK



Geboren am 12.8.1941 in Espoo. In den 60er Jahren studierte er an der Helsingfors Universität und war gleichzeitig als Journalist tätig: redigierte eine Studentenzeitung und war Re-

dakteur im Radio und den Zeitungen „Ulkopoliitikka“ und „Nya Argus“.

1967–1970 war Stenbäck Vorsitzender der Jugendorganisation der Schwedischen Volkspartei Finnlands. Später wurde er zum Vizevorsitzenden und 1977 zum Vorsitzenden dieser Partei gewählt.

Seit 1970 ist er Abgeordneter des finnischen Parlaments. Er beteiligt sich an der Arbeit mehrerer Organisationen der schwedischen nationalen Minderheit in Finnland. Er gehört zum Verwaltungsrat der

staatlichen Gesellschaft „Valmet“.

Im Mai 1979 gehört er als Bildungsminister zur Koivisto-Regierung. Am 19.2. 1982 wurde er zum Außenminister in der Regierung Kalevi Sorsas ernannt.

Per Stenbäck weilte mehrfach in der Sowjetunion und war im Sommer 1980 bei den XXII. Olympischen Spielen zugegen.

Im November 1979 wählte ihn der XII. Kongreß der Gesellschaft „Finnland-Sowjetunion“ zum Mitglied der Zentralen Leitung.

im faschistischen Deutschland erfolgreich zu werden, zur Schauspielerei zu gehören und die Rolle zu erhalten, von der er sein ganzes Leben geträumt hat — die Rolle des Mephistopheles im „Faust“ — braucht Höfgen nicht nur Talent. Er muß sein Gewissen, seine Seele an den nazistischen „Diabolo“ verkaufen, auf seine Prinzipien verzichten und eine Marionette in den Händen eines der faschistischen Machthaber werden. Gehorsam erfüllt der Schauspieler den Willen seines hochgestellten Gönners, wofür ihm der Erfolg gesichert ist. Der Filmautor stellt das Problem der moralischen Verantwortung des Menschen und fragt: Auf wessen Seite muß ein wahrer Künstler stehen, wo ist sein Platz im Leben?

Ich möchte noch auf einen anderen Film eingehen, in dem das Echo des Krieges ertönt — die Arbeit der italienischen Regisseurin Lilliana Cavani „Die Haut“, das zweifellos beste Werk des Festivals. Dazu trägt ein hervorragendes Schauspielergespann viel bei: Marcello Mastroianni als Verbindungssoffizier Malaparte unter dem amerikanischen kommandierenden General Clark, dargestellt von Burt Lancaster. Der Film handelt von den US-Truppen in Neapel des Jahres 1943, die die von Italienern schon selbst befreite Stadt eingenommen haben. Die US-Krieger benehmen sich zügellos. Grob und selbstherrlich machen sie sich über die von Hunger und Elend an den Rand der Verzweiflung getriebene Bevölkerung lustig.

Wer sind sie, die überseeischen Eindringlinge? Befreier oder Eroberer? Was wissen sie vom Krieg, von den Leiden der Italiener, über das Land, seine Kultur und Geschichte?

Wie die jugoslawische Presse schrieb, ist der Film Cavanis „voller Symbolik und Metaphern, läßt vieles denken.“ Von den Ereignissen vergangener Jahre handelnd, erinnert er uns gleichsam an die amerikanische Präsenz im heutigen Italien. „Die Haut“ zwingt zum Nachdenken über ein brandaktuelles Thema — die Verwandlung Italiens (und nicht nur Italiens) in einen Militärstützpunkt der USA in Westeuropa.

Mehrere westliche Filme schildern ernsthaft und tief die Zukunft der Menschen, ihr mißliches Schicksal, ihre unerfüllten Hoffnungen, ihren harten Existenzkampf. Nehmen wir die junge Kellnerin Anita, die in einem kleinen Pariser Restaurant arbeitet („Schnee“, Frankreich). Das gutherzige Mädchen versucht mit aller Kraft, das Leben des von Verbrechen in den illegalen Drogenhandel einbezogenen halbwüchsigen Bobby zu ändern. Jedoch ist dieser

Kampf für sie kurz und tragisch...

Mit Interesse nahmen die Belgrader Kinobesucher die auf dem „FEST-82“ vorgestellten sowjetischen Filme auf: „Teheran 43“, „Valentina“, „Die wilde Jagd des Königs Stach“ und „Einige Tage aus dem Leben Ilja Oblomows“. Auf dem Festival war eine Delegation sowjetischer Filmschöpfer anwesend, zu der auch der bekannte Kinokritiker Professor R. Jurenjew gehörte. Er formulierte seine Eindrücke so:

„Ich war auf vielen Festivals und bin nicht zum ersten Mal in Belgrad. Meiner Meinung nach hatte ‚FEST-82‘ kein hohes künstlerisches Niveau, und man kann es auch nicht ein ‚Panorama des Lebens der Völker unseres Planeten‘ nennen. Die Belgrader Leinwand zeigte mehr oder minder vollständig nur die Entwicklungsprozesse des Kinos der kapitalistischen Länder.

Man kann leider eine ziemlich lange Liste von Filmen zusammenstellen, die ohne zerschmetterte Schädel, durchgeschnittene Kehlen und nach außen quellendes Gedärm nicht auskommen. Dazu gehören ‚In einem Jahr mit dreizehn Monden‘ von R. W. Fassbinder, ‚Scanners‘ von D. Kronenberg (USA) und ‚Dressed to kill‘ des Regisseurs Brajen de Palma (USA). Einen Rekord an Grausamkeit, Gewalt und Sex stellte der westdeutsch-französische Streifen ‚Possession‘ auf, über den die jugoslawische Zeitung ‚Politika‘ schrieb, er sei die ‚Eskalation des Sadismus und des Horrors, die Ergötzung an Neurosen, zwei Stunden eines tiefen psychischen Schocks auf der Leinwand‘.

Im Repertoire des Festivals war die Filmkunst der Entwicklungsländer praktisch nicht vertreten. ‚FEST-82‘ hatte keinen Platz für die Meister des Films aus Indien, dem Nahen Osten und Afrika. Wenig Streifen aus den sozialistischen Ländern wurden gezeigt.

Ich möchte glauben“, sagte Jurenjew zum Schluß, „daß das nächste internationale Filmfestival in Belgrad ein wirklich internationales Filmfest wird, das auf die aktuellen Probleme der Welt eingeht.“

L. CHARKOW
Eigenbericht

Belgrad



Berichten Sie über Struktur und Aufgaben des Internationalen Roten Kreuzes.

L. TSCHERNENKO
Odessa, Ukrainische SSR

Das Internationale Rote Kreuz vereinigt die Liga vom Roten Kreuz, zu der nationale Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes von 128 Ländern gehören, und das internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK).

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wurde 1863 in Genf gegründet. Seine Devise ist „Barmherzigkeit auf dem Schlachtfeld“. Unter Teilnahme des IKRK wurde die erste Genfer Konvention von 1864 über die Verbesserung des Loses von Verwundeten, Kranken und Kriegsgefangenen ausgearbeitet, die den Grundstein für eine internationale Bewegung des Roten Kreuzes und das internationale humanitäre Recht legte. IKRK ist eine schweizerische Organisation, doch ihre Tätigkeit zur Hilfeleistung für Kriegsoffer und politische Gefangenen trägt internationalen Charakter. Die Organisation stützt sich in ihrer Tätigkeit auf die Genfer Konventionen von 1949 zum Schutz der Kriegsoffer, die von 151 Staaten, darunter von der Sowjetunion, unterzeichnet wurden.

Die Liga vom Roten Kreuz wurde 1919 gegründet, um in Friedenszeiten Opfern von Naturkatastrophen, Krankheiten und Hunger medizinische bzw. sanitäre Hilfe zu leisten. Das höchste Organ ist die Vollversammlung der Liga, die alle zwei Jahre einberufen wird. Die Liga hat ihren Sitz ebenfalls in Genf. Das Rote Kreuz der Sowjetunion nimmt an der Tätigkeit dieser Organisation aktiv teil und ist im Exekutivrat der Liga vertreten.

Das höchste Gremium des Roten Kreuzes ist die Internationale Konferenz, die alle 4 Jahre tagt. Im November v. J. fand in Manila die 24. ordentliche Konferenz statt. Dabei wurde neben anderen Dokumenten eine Resolution angenommen, die Israel wegen der Nichteinhaltung der Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten verurteilt.

Um ihren politischen Einfluß in Lateinamerika auszudehnen, unternimmt die Sowjetunion genauso wie die USA eine wahre Handelsoffensive auf den Kontinent. Entspricht das aber den Interessen unserer Völker, die sich um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von den Großmächten bemühen!

Roberto NEGREIRA
Caracas, Venezuela



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

Beginnen wir damit, Herr Negreira, daß der Begriff „Handelsoffensive“ nicht unserem Wortschatz entstammt. Wir sind tatsächlich bemüht, die Handelsbeziehungen zu allen Ländern, unabhängig von deren Gesellschaftsordnung, allseitig auszubauen. Dabei sind wir aber zutiefst überzeugt, daß der Handel ein Werkzeug des Friedens, nicht aber der Expansion ist, daß er nicht der Trennung der Völker, sondern ihrem Zusammenschluß und Wohl dient.

Das ist unsere Einstellung zu den Handelskontakten auch mit den lateinamerikanischen Ländern. Zu unserem Bedauern und nicht durch unsere Schuld sehen diese Kontakte vor dem allgemeinen Hintergrund des UdSSR-Außenhandels noch recht bescheiden aus. 1979 entfielen auf die Entwicklungsländer Lateinamerikas (ohne Kuba) weniger als 1% des gesamten sowjetischen Außenhandels und nur rund 6,5% des Handelsvolumens mit allen Entwicklungsländern. Sieht das nach einer „Offensive“ aus?

Unter unseren Haupthandelspartnern in Lateinamerika kann man Argentinien, Mexiko, Brasilien, Kolumbien und Bolivien nennen. Bringen ihnen die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion Vorteile? Betrachten wir das unter zwei Aspekten: dem wirtschaftlichen und dem politischen. Wenn Sie, Herr Negreira, die Abkommen über die Lieferung von z. B. sowjetischen Maschinen und Ausrüstungen an lateinamerikanische Länder kennen würden, könnten Sie sich überzeugen, daß sie vergünstigte Zahlungsbedingungen vorsehen: Fristen bis zu zehn Jahren sowie günstige Kredite (4,5–5% Jahreszinsen).

Ein anderer beachtenswerter Umstand ist, daß wir gegen unsere Industrieproduktion Waren erwerben, an deren Absatz Ihre Länder interessiert

sind. Dazu gehören Kakao- und Kaffeebohnen, Soja und Mais, Hirse und Weizen, Lein-, Tung- und andere Pflanzenöle, Bananen, Wolle, Leder, Sisal, Buntmetalle. Wir kaufen auch viele Fertig- und Halbfertigfabrikate (Schuhe, Kleidung, Kürschner- und Rohleder, Medikamente). Das begünstigt die Entwicklung der Industrie und wirkt sich positiv auf die Zahlungsbilanz der lateinamerikanischen Länder aus.

Jetzt zur politischen Seite. Unser Kurs gegenüber den Ländern Lateinamerikas wurde von Leonid Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU deutlich formuliert: „Wir unterstützen deren Bestrebungen, ihre politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu festigen, und begrüßen ihre wachsende Rolle im Weltgeschehen.“ Diesen Zielen dient auch der Handel. Mit der Lieferung von Anlagen für das Energiewesen, die Erzförderung, die Erdölgewinnung sowie von Schmiedepressen, spanabhebenden Werkzeugmaschinen, Schleppern, Baggern und LKW an die lateinamerikanischen Länder helfen wir ihnen, ihre industrielle Basis zu stärken und die wirtschaftliche Rückständigkeit zu beseitigen. Das aber ist doch die Grundlage einer echten politischen Unabhängigkeit. Geht also daraus nicht hervor, daß der Handel mit unserem Land den Lateinamerikanern Nutzen bringt?

Zum Vergleich wollen wir sehen, wie sich der Haupthandelspartner Lateinamerikas, die USA, in dieser Hinsicht verhält. Sie wissen, wie viel schon über die berühmte Preisschere geschrieben und gesprochen wurde. Die Lage bessert sich jedoch nicht. Obwohl in den letzten Jahren die Preise für die wichtigsten Rohstoffgüter der lateinamerikanischen Länder gestiegen sind, schmelzen deren Devisenreserven Jahr für Jahr, da die Preise für die von ihnen importierten US-Industriegüter auf das Vielfache steigen. Fügen Sie noch hinzu, daß die meisten lateinamerikanischen Länder ein starkes Defizit in ihrer Zahlungsbilanz zu den USA aufweisen. Es nimmt sogar noch zu, da das durchschnittliche Jahreswachstum des lateinamerikanischen Imports aus den USA in den letzten Jahren ständig das Wachstumstempo des lateinamerikanischen Exports übersteigt und 11% bzw. 4% ausmacht. Sie wissen wahrscheinlich auch von den diskriminierenden Maßnahmen Washingtons, die den Waren-

strom aus Lateinamerika auf die Märkte des nördlichen Nachbarn bremsen.

Das BRD-Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schrieb: Der amerikanische Markt sei für brasilianische Schuhe geschlossen, da sie billig seien und mit den amerikanischen Schuhen konkurrieren könnten. Zugleich putzten die Lateinamerikaner ihre Zähne mit amerikanischer Paste, tranken Coca-Cola, schrieben mit amerikanischen Kugelschreibern, arbeiteten auf amerikanischen Maschinen und würden sich mit amerikanischen Tabletten kurieren. Das werden Sie übrigens ja selbst feststellen können.

In Washington ist man natürlich beunruhigt über die Entwicklung des lateinamerikanischen Handels mit der Sowjetunion, weil er die uneingeschränkte Herrschaft der USA untergräbt. Das kann die Superprofite der US-Multis in Gefahr bringen und den politischen Einfluß der Yankees in der Region schwächen. Deshalb beeilen sich die Konzerne in ihrer von reaktionären Kreisen in Lateinamerika aufgegriffenen Propaganda zu beweisen, der Handel mit der UdSSR sei „unvorteilhaft“. Außerdem schüchtern sie die Lateinamerikaner mit der sowjetischen „Handelsoffensive“ ein und wollen sie davon überzeugen, daß die UdSSR beim Ausbau ihres Handels mit Lateinamerika nur daran denkt, wie sich „die politische Ordnung“ in den Partnerländern „aushöhlen“ läßt. Das alles ist von einer starken Portion anderer antisowjetischer und antikommunistischer Lügen begleitet.

Natürlich hinterlassen die Aktivitäten der Gegner des sowjetisch-lateinamerikanischen Handels ihre Spuren. Sie schaden in gewisser Hinsicht der Anbahnung beiderseits vorteilhafter Handelsbeziehungen. In manchen Fällen haben Länder, die mit uns Handel treiben, sogar dem Druck des Auslandskapitals nachgegeben und verschiedene Schranken gegen den Export einiger sowjetischer Güter errichtet, womit sie den Ausbau der Handelskontakte zu unserem Land künstlich aufhielten. Als Beispiel könnte Kolumbien dienen. Nicht ohne Hilfe von „General Motors“ und anderen US-Konzernen wurden die Einfuhrzölle für sowjetische Kraftfahrzeuge heraufgesetzt. Einige lateinamerikanische Länder schaffen für den Handel mit uns nicht die gleichen Bedingungen wie für die westlichen Industriestaaten.

Realistisch denkende Politiker und Geschäftsleute Lateinamerikas begreifen jedoch, daß der Handel mit der Sowjetunion den nationalen Interessen dieser Länder, sowohl heutigen wie langfristigen, entspricht. Wenn es mir nun gelungen ist, Sie, Herr Negreira, zu überzeugen, daß diese Leute recht haben, dann hatte unsere Diskussion einen Sinn.

Brave Wächter

Eine bundesdeutsche Zeitung berichtet, daß am 9. Februar Unbekannte mit dem Ruf „Wir sind die Roten Brigaden“ in eine Kaserne in Neapel eindrangen und die Waffenkammer ausräumten. Das ist in Italien keine Seltenheit. Bemerkenswert dagegen ist, daß die Waffenkammer von 12 Mann bewacht wurde. Keiner von ihnen jedoch leistete den geringsten Widerstand. Die Terroristen packten gemütlich vier schwere Maschinengewehre, 20 Bren-MGs, 2 Bazookas, 20 MPis und andere Waffen ein und verdufteten. Ist es da ein Wunder, daß die italienischen Terroristen nicht unter Waffemangel leiden?

Wie gehabt



Bei den Parlamentswahlen im Februar im Fürstentum Liechtenstein gingen wie gehabt nur Männer an die Wahlurnen. Frauen dürfen das nicht. Unter den Argumenten, mit denen die Behörden diese Diskriminierung zu rechtfertigen suchen, ist auch folgendes: Wenn Frauen das Stimmrecht erhalten, erhöht das die Möglichkeit der Wahlbeeinflussung durch Ausländer. Rund die Hälfte der Liechtensteiner Männer ist nämlich mit Frauen aus anderen Staaten verheiratet.

Abwehrwaffe Krokodil



Die „Frankfurter Rundschau“ meldet, die Israelis wollten Krokodile im Jordan aussetzen. Das dortige Fernsehen kommentiert dieses Vorhaben, die Krokodile hinderten „palästinensische Terroristen“ am Überqueren des Flusses.

Rabauken

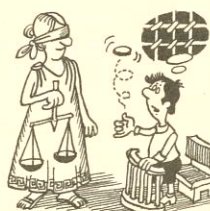
In Mainz (BRD) hat die Besitzerfirma eines Hochhauses erklärt, sie werde 273 US-Soldaten die Mietverträge kündigen. Begründung? Die besoffenen Soldaten machen Radau, zertrüppern die Fenster und hinterlassen beim Abrücken die Wohnungen mit versengten Teppichen, verdreckten Fußböden und kaputten Scheiben. Die US-Militärbehörden protestierten bei der Firma sowie bei der Bundesverwaltung, die für die Wohnraumvergabe an US-Militärs zuständig ist. Es wurde zwar eingestanden, daß es „Auseinandersetzungen“ gegeben habe, aber man sollte Skandale doch mit „friedlichen Mitteln“ beilegen.

Telefon als Bunbury

Ein Erfinder in Los Angeles bietet Bummlern, die der Kuchenrolle ihrer Ehe-

frauen entkommen wollen, an, eine von ihm konstruierte Telefonzelle zu benutzen, die verschiedene Geräuscheffekte vermittelt. Beim Wählen kann man die gewünschte Kulisse einschalten und dem Hausdrachen mitteilen, man werde in einer Werkstatt aufgehalten, weil der Wagen kaputt sei. Am anderen Ende der Leitung sind dann Hammerschläge, das Zischen eines Schweißgeräts oder aber, wenn man angeblich eine Sitzung hat, Saalgeräusche zu vernehmen. Weitere Tonkulissen sind Straßenschlachten, Polizeisirenen, Flugplatzlärm und sogar Kirchengebete. Eine ähnliche „Erfindung“ wurde übrigens schon in Japan produziert. NZ berichtete darüber in Heft 43/81.

Adler oder Zahl



Ein Richter, der über eine Haftstrafe eines 18jährigen zu befinden hatte, bot diesem an, die Haftzeit mit Münzenwerfen zu bestimmen. Kommt der Adler nach oben, gibt es 30 Tage, bei der Zahl — 20. Der junge Mann hatte Glück: Es fiel Zahl.

Zu wählerisch

Der 23jährige Luis Roberto Campel aus Valencia (Spanien) hatte einen sehr sparsamen, aber wie sich erwies, recht riskanten Trick, nach Hause zu kommen. Nach Feierabend klatzte er irgendein Auto, das er darn vor seinem Haus stehen ließ. Erwischt wurde er, weil er an seinem

Schlüsselbund zu lange nach dem Schlüssel des von ihm ausersehenen Wagens gesucht hatte.

Rekorde, Rekorde...



Die französische Fernsehanstalt Antenne 2 bedachte den 65jährigen schweizerischen Glasbläser Franz Hug mit einer extraangefertigten Medaille für folgenden Weltrekord: Während der Fernsehsendung „Unglaublich, aber wahr“ hatte Hug die von ihm selbst hergestellte größte Weinflasche der Welt vorgeführt. Sie ist 153 cm groß und faßt 111 Liter Wein. Der bisherige Rekord lag bei 93 Litern.

* * *

Der Portugiese Antonio Gomes stellte den Rekord des Brasilianers Carlos Sandrini im Dauertanzen ein. Er hatte bei 106 Stunden, fünf Minuten und 10 Sekunden gelegen. Gomes hielt sich 2,15 Minuten länger.

Unbekannter Ministerpräsident

Der ehemalige türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit wurde vor kurzem von den Militärmachthabern aus der Haft entlassen. Der SPD- und SI-Vorsitzende Willy Brandt sandte Ecevit aus diesem Anlaß ein Telegramm, in dem er ihm Glück und Erfolg wünschte. Es kam jedoch mit dem Vermerk „Adresse unbekannt“ zurück.

Zeichnungen:
V. Rosanzew